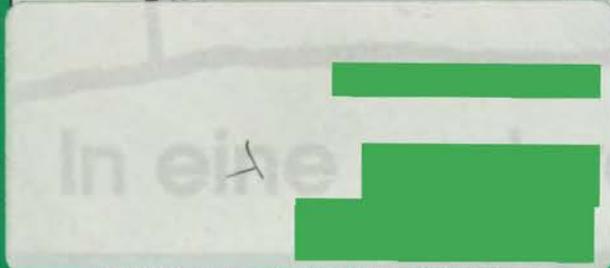
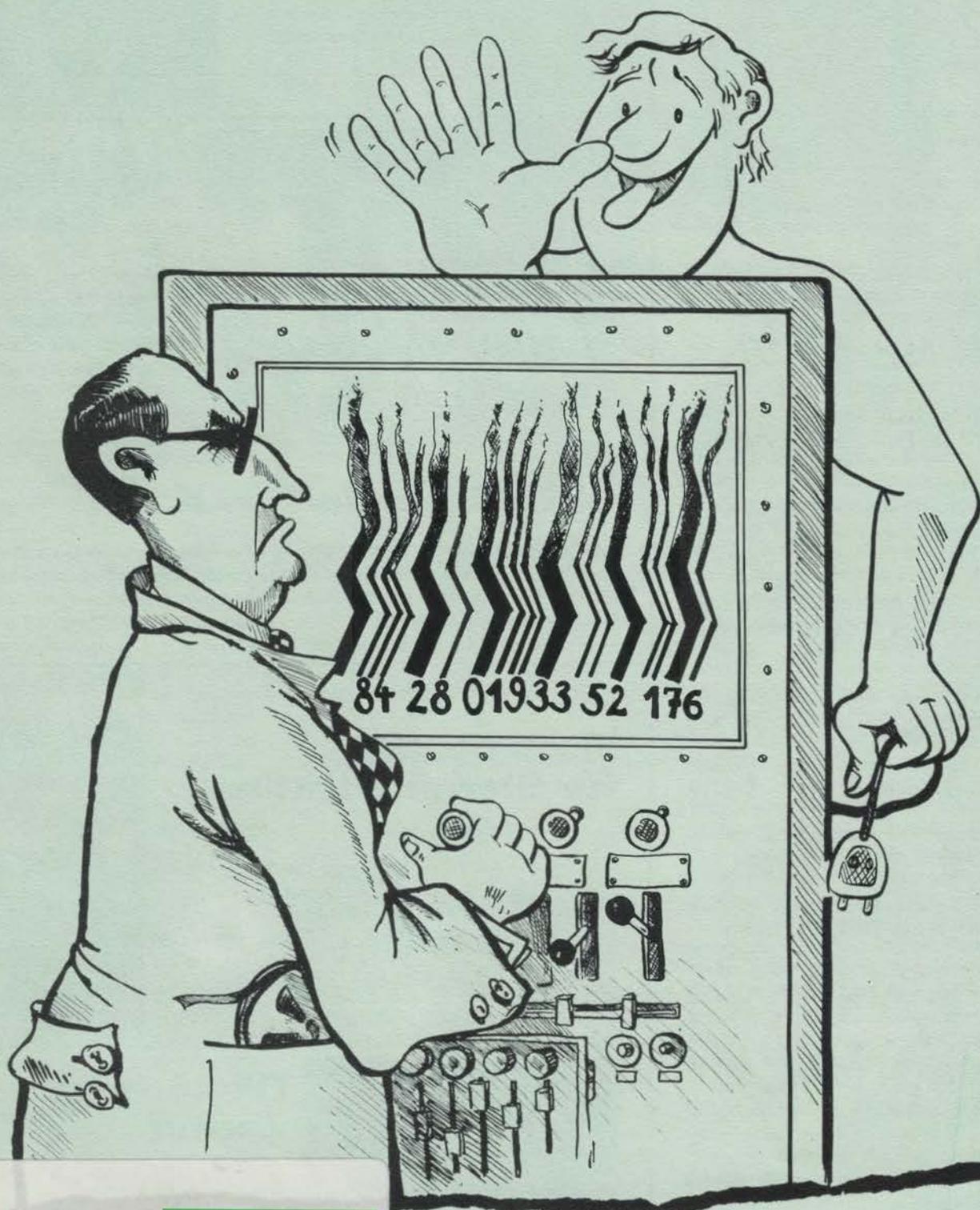


liberale drucksachen

Zeitschrift für freisinnige Politik



chichtige Zukunft



Titelbild: Ein Plakat der LD warnt vor durchsichtigen Praktiken

nachdrucksachen: Zum 10. Todestag von Karl Herrmann Flach Seite 8

Septemberwahlen: Den Bürgern in Hessen und Bremen droht eine große Koalition Seite 9

Liberalen Demokraten: Die neue Partei rechnet sich Chancen aus Seite 11

Italien: Die Liberalen nach der Wahl Seite 14

Sozialdemokraten: Interview mit Peter Glotz über den Liberalen Gesprächskreis Seite 15

Sozialliberale: Volker Perthes kommentiert den SPD - Gesprächskreis für Liberale Seite 17

Konflikte: Die Regierenden wollen die Friedensforschung an die Kandarre legen Seite 18

Gummiwuchtgeschosse: Ausrüstung für den Bürgerkrieg Seite 20

Kultur: Helga Schuchardt zu Zimmermanns Zensurpolitik Seite 21

Pressefreiheit: Die Sternredaktion erhielt die Karl-Herrmann Flach Medaille Seite 24

Bücher: Aufschlußreicher Umweltatlas und fundierte Beiträge zur Abrüstung Seite 26

Kultfilm: Das Leben des Brain Seite 28

Frauenrock: Ein Gespräch mit Ina Deter u.a. über Musik und Männer Seite 29

vorgestellt: LZ Frankfurt Seite 32

Rubriken
 drucksachen-herausgeber Seite 3
 brief-drucksachen Seite 4
 nachrichtliches in kürze Seite 6
 in eigener Sache Seite 33
 personelles Seite 34
 der-die-das-letzte Seite 35

drucksachen-inhalte

Die Großen rücken zusammen

Für SPD und CDU in Hessen steht bereits fest, daß bei einer ähnlichen Sitzverteilung im nächsten Landtag eine große Koalition die Regierung übernimmt. Auch in Bremen findet diese Vorstellung immer mehr Anhänger.

Seite 9



Newcomer

Die Liberalen Demokraten treten am 25. September in Hessen und Bremen zum ersten Mal zu einer Wahl an. Heinz Herrmann Storck beschreibt die Chancen seiner Partei, Wählerstimmen zu erhalten.

Seite 11

SPD & Liberale

Das SPD-Präsidium hat die Einrichtung eines Liberalen Gesprächskreises angekündigt. Peter Glotz erläutert in einem Interview die Stoßrichtung dieses Vorhabens. Volker Perthes kritisiert das in diesem Zusammenhang deutlich werdende Liberalismusverständnis der SPD.

Seiten 17 - 19

Flach-Medaille für Stern-Redaktion

Am Vorabend des 10. Todestages von Karl-Herrmann Flach verliehen Redaktion und Herausgeberbeirat der liberalen drucksachen ihre Karl-Herrmann Flach Medaille an die stern-Redaktion. Hiermit wurde die Standhaftigkeit der Journalisten im Konflikt um die Besetzung des Chefredakteursposten gewürdigt.

Seite 24



Die tägliche Zensur

Helga Schuchardt attackiert die Zimmermannsche Kulturpolitik als Zensur mit dem Geld. Sie nimmt den Fall 'Achterbusch' zum Anlaß, um auf allgemeine Zensurgefahren hinzuweisen.

Seite 21

William Borm:

„Schweigen bedeutet Schuld“



Das Kulissenspiel von Genf täuscht niemanden mehr. Die neuen Mordgeräte Cruise Missiles und Pershing II werden, wenn nicht noch ein Wunder geschieht, aufgestellt. Die ersteren in mehreren Ländern West-Europas, die letzteren ausschließlich in der Bundesrepublik Deutschland. Dieses "Monopol" wird verschwiegen! Arroganz oder schlechtes Gewissen? Vermutlich beides.

Die globalen Ambitionen der Weltmacht USA und als Reaktion darauf das Verhalten der anderen Supermacht UdSSR lassen keine Einmischung ihrer Satelliten zu. Der Zweite Weltkrieg endete mit einem Patt der Sieger. Wer daraus heute für die jeweils andere Seite ein "Matt" machen will, handelt ohne jedes Verantwortungsgefühl und Augenmaß. Zu viele Angehörige der amerikanischen Administration, einschließlich des Präsidenten, reden und handeln zu oft so.

Noch leisten die Regierungen der westeuropäischen Demokratien willfährig die ihnen abverlangten Handlangerdienste. Und dabei kann kein einziges der drängenden Probleme weder in Europa, noch im Ost-West- oder im Nord-Süd-Verhältnis durch Gewalt und schon gar nicht durch neue Massenvernichtungsmittel gelöst werden. Die Aufstellung weiterer Raketen wäre ein zusätzlicher Schritt in der endlosen Kette angeblicher Nachrüstungen, die wir endlich aufhalten müssen. Diese Stationierung wäre auch ein Schritt, um das weltweite imperiale Vorherrschaftsstreben der USA tatkräftig zu unterstützen. Zudem: Die Pershing II ist eine Angriffswaffe, geeignet zum Ersteinsatz, sie bedeutet die Option zur Kriegsführung und zur Europäisierung der Atomkriegsgefahr. Dem kann ich, wie so viele andere, nicht Vorschub leisten. West-Europa ist keine Atomkolonie der USA! Im Gegenteil, alle

Europäer von Irland bis hinter den Ural bilden eine unauflösbare Schicksalsgemeinschaft, d.h. entweder überleben sie gemeinsam oder sie gehen gemeinsam unter.

Vieles spricht dafür, daß wir das Ringen um die Nichtstationierung verlieren werden. Ich befürchte, daß eine nicht geringe Zahl kritischer und sensibler, vor allem jüngerer Menschen voreilig resignieren könnte, wenn nicht rechtzeitig ermutigende Perspektiven der Weiterarbeit aufgezeigt werden. Denn vieles spricht auch dafür, daß der "Erfolg" der Stationierungsbefürworter zum Pyrrhus-Sieg geraten könnte. Die Fundamente der todbringenden Raketen-Kultur werden zunehmend morbide, weil immer mehr Bürger den Wahnsinn atomarer Vernichtung begreifen. Friedensbewegung bedeutet auch ein Stück Friedenskultur, den Willen zum Leben statt der, wie auch immer konditionierten, Bereitschaft zu atomaren Zerstörung.

Die Friedensarbeit muß weitergehen, gleich ob stationiert wird oder ob die Aufstellung neuer Mordgeräte doch noch in letzter Stunde verhindert werden kann. Die Aktionen der Friedensbewegung in diesem Herbst sollten zur Weiterarbeit anstoßen, sie sollten Mut, Kraft, Phantasie und einen langen Atem vermitteln. Dies schließt das "Nein" zur Atomrüstung ein und umfaßt das Verlangen nach konkreten Schritten auf dem Weg zu einer friedensstauigeren Sicherheitspolitik. Friedensbewegung un, in dieser, fortschrittliche Liberale sind aufgefordert, qualifizierte Sicherheitskonzepte nicht nur zu entwickeln, sondern auch öffentlich darzustellen, damit sicherheitskonservative Vorstellungen und das bequeme Festhalten am Bestehenden in der Bevölkerung überwunden werden können. Diese Anstrengungen ist der Friedensbewe-

gung abzuverlangen, wenn aus Sympathie-Mehrheiten für ihre Motive dauernde Einstellungs-Mehrheiten für ihre Zielsetzungen werden sollen.

Entspannung statt gewollter Konfrontation, weg vom militärisch bestimmten Denken, Primat der Politik, Abbau von Feindbildern und Aufbau von Vertrauen: Das sind die Wege zum Frieden. Europäisierung statt Amerikanisierung der Geschichte Europas, europäische Abrüstungssouveränität statt des Aufrüstungsduopols der Supermächte: Dies sind die uns für die achtziger Jahre gestellten Aufgaben der Gestaltung.

In zwei Weltkriegen, an denen Deutschland verursachend beteiligt war, besonders am zweiten, habe ich mich nicht aktiv widersetzt. Meine Generation muß heute die eigenen Unterlassungen zugeben und ihre Erfahrungen verbreiten. Sie muß warnen, damit sich das sinnlose Morden nicht noch einmal wiederholt. Es droht die Auslöschung der Menschheit, mindestens aber unseres Kontinents. Sind wir in der Lage, diese Gefahr zu begreifen, ist unser Denkvermögen dem überhaupt gewachsen?

Aus dem Grundgesetz ist möglicherweise kein kodifizierbares Widerstandsrecht gegen die "Nachrüstung" herleitbar. Es gibt jedoch eine höherrangige, moralische Pflicht. Gewaltfreier Protest wird für Demokraten zwingend, wenn Unvernunft zur Staatsräson wird.

Die Arbeit für den Frieden wird wiederum gefährlich. Ich werde mich dessen ungeachtet Anfang September an der Blockade eines für die Stationierung vorgesehenen Atomdepots beteiligen.

Ich habe alle Folgen bedacht. Ich gehorche meinem Gewissen und dieses sagt mir, daß auch heute Schweigen Schuld bedeutet. Und ich will nicht zum dritten Mal schuldig werden.

Sich selbst erfüllende Prophezeiung

1. Am 25. September sind in Hessen und Bremen Landtagswahlen, die für den organisierten sozialen Liberalismus eine große Bedeutung haben. Die Liberalen Demokraten treten bei diesen Wahlen an und versuchen die sozial-liberale, verstreute Herde wieder zu sammeln. Schon der Zerfall der Sozialliberalen nach der Wende 1982 hat gezeigt, wie außerordentlich schwierig ein übereinstimmendes zielgerichtetes politisches Handeln dieses Lagers ist, obwohl für die unterschiedlichen Vorgehensweisen – in der FDP bleiben, zur SPD gehen, austreten ohne Engagement und schließlich Organisiertheit bei den Liberalen Demokraten – verschiedene und keineswegs nur und auch nur überwiegende politische Motive vorhanden sind. Die LIBERALEN DEMOKRATEN stehen bei diesen Wahlen also vor einer schweren Aufgabe, die gekennzeichnet ist durch personelle und finanzielle Grenzen eines wirksamen Wahlkampfes, durch einen Kampf um die Medienresonanz, durch z.B. in Bremen mannigfache Konkurrenz um das gleiche Wählerpotential und auch durch Unkenrufe der Sozialliberalen, die sich für einen anderen Weg entschieden haben und nicht einmal soviel Solidarität aufbringen, wenigstens in der Wahlkampfzeit ihre Medienwirksamkeit nicht dazu zu benutzen, ihnen politisch sehr nahestehenden Personen das Leben zusätzlich schwer zu machen.

2. Angesichts der nicht zu leugnenden Schwierigkeiten stellt sich die Frage, ob sich der hohe personelle und finanzielle Aufwand überhaupt lohnt. Diese Frage – ich gestehe es offen – ist für mich nicht bloß rethorisch, weil ich nun einmal für die LIBERALEN DEMOKRATEN für die Bremische Bürgerschaft kandidiere. Meine Bremer Parteifreunde wissen ein Lied von den zweifelnden Überlegungen nach dem Sinn des Unternehmens zu singen. Ich fühle mich daher aufgerufen, da selbst ein Skeptiker allen anderen Skeptikern wenigstens eine politisch überzeugende Begründung für den Einsatz anzubieten, die meine Skepsis beruhigt.

3. Die Wahl in Hessen und Bremen hat für mich vor allem eine bundespolitische Bedeutung. Theo Schiller hat dies mit Liberalismusvorsorge beschrieben und gemeint ist damit, daß sozial-liberale Wähler sich wieder unter einer Flagge sammeln und so nach und nach eine nicht nur programmatisch vollwertige Alternative zur FDP werden, die in einem sozialliberalen Spektrum ein wichtiger Faktor sein könnte, neue Mehrheiten gegen CDU und FDP zu bilden. Die SPD hat in der Bundesre-

publik noch nie soviel Zustimmung gefunden, daß sie allein die Regierung stellen könnte. Ihr mit Hilfe der Überläufer gestarteter Versuch, die sozialliberalen Wähler nunmehr an die SPD zu binden, wird nicht nur deswegen scheitern, weil der spontane Übertritt einiger Vorturner in neue Karrieren wenig glaubwürdig war, sondern auch, weil ein Liberaler nun einmal kein Sozialdemokrat ist und gerade Liberale, die wie ich, seit langem unter der Herrschaft der Sozialdemokraten leben, auch wissen, warum dies für einen Liberalen nicht in Betracht kommt: eine Mehrheitspartei wird nie die Sensibilität für Minderheiten haben, sondern sich allenfalls aus taktischen Gründen mal für Minderheiten einsetzen – halbherzig.

Eine Mehrheitspartei ist schon wegen ihrer Größe nur begrenzt zu politischen Innovationen fähig und dies umso weniger als z.T. die Diktatur des Mittelmaßes herrscht. Wenn es der SPD aber nicht gelingen wird, den sozial-liberalen Bereich "abzusaugen", braucht sie zwangsläufig andere Parteien, um politisch etwas bewegen zu können. Die Praxis mit den Grünen hat bisher gezeigt, daß diese Basis nicht steht. Nach meiner Überzeugung ist dies keine vorübergehende, nur an Personen hängende Unmöglichkeit. Nicht Börner oder Dohnany oder Ebermann sind die Gründe für ein Scheitern des Zu-



Hans Alberts

sammengehens, sondern die zur unterschiedlichen Grundeinstellungen über das parlamentarische System, die quasi ideologisch fundierte Gegnerschaft, die Art, wie diese Parteien Politik machen.

Eine sichere Basis für eine soziale Politik könnte von dort nicht gewonnen werden. In der Form der LIBERALEN DEMOKRATEN könnte den Sozialdemokraten ein neuer Bündnispartner erwachsen, der – würde er bei den Wahlen im September einigen Zuspruch finden – sich alsbald konsolidieren könnte.

Wir Liberale Demokraten unterscheiden uns von den Sozialdemokraten in den Inhalten, aber nicht in der Art und Weise, wie Politik gemacht werden soll. Wir könnten in einem solchen Bündnis, das durchaus nicht gleich eine Regierungskoalition sein muß, aber ein solider Unterstützungspakt sein könnte, die

Rechte der Minderheiten ebenso wahrnehmen, wie politische Ideen in die Diskussion bringen, die bei den Sozialdemokraten versanden oder wegen vielfältiger Bindungen an Interessengruppen keine Realisierungschancen haben.

4. Gerade diese bundespolitische Bedeutung, der Wunsch in Bonn solle schnellstmöglich wieder eine andere, freiheitliche Regierung installiert werden, haben mich bewogen die Strapazen eines Wahlkampfes auf mich zu nehmen, meine Skepsis zu überwinden.

Überdies rechne ich in Bremen mit einer günstigen Kostellation: die FDP ist ein ungeliebtes Kind, hat mit der Glaubwürdigkeit zu kämpfen, weil ihr die Koalitionsaussage zugunsten der SPD niemand abnimmt. Die alternative Szene ist wenig überzeugend, in sich zersplittert und selbst für grüne Wähler allenfalls das kleinere Übel, aber keine Überzeugungs- und Herzensangelegenheit. Die SPD sitzt sicher im Sattel, so daß das übliche Argument mit den weggeworfenen Stimmen nicht zieht, weil durch eine Stimmabgabe zugunsten der Liberalen Demokraten keinesfalls die Gefahr entsteht, daß nunmehr die CDU an der Regierung kommt.

Gelegentlich erscheinen die Liberalen Demokraten auch in den Medien. Alle diese Gründe lassen es als durchaus möglich erscheinen, daß in Bremen die Basis für eine Veränderung im Bund gelegt werden kann.

Prof. Hans Alberts
2800 Bremen

Als heute morgen LD zu meiner Morgenlektüre gehörte, freute ich mich zunächst an manchem geistvollen und interessanten Artikel. Die Seite mit dem Abonnements-Antrag lag schon vor mir, der Stift war schon gezückt, da fiel mein Blick auf die Seite 3. Aus ungläubigem Staunen wurde lähmendes Entsetzen und schließlich kalte Wut.

Als wie seinerzeit auf dem Bochumer Gründungskongreß der LIBERALEN DEMOKRATEN die Banner des politischen Liberalismus hochhielten, waren nach meiner Beobachtung die von Euphorie erfaßten in der Minderheit. Die meisten Anwesenden, mich selbst eingeschlossen, wußten genau, in welchem steinigten Garten sie sich zu knien anschickten.

Ich widerspreche ganz entschieden der Ansicht, man könne warten, bis sich eines guten fernen Tages unter einem günstigeren Stern die Versprengten sammeln ließen, um einen liberalen Phönix aus der Asche entstehen zu lassen, und in der Zwischenzeit könne man getrost in anderen Zirkeln ein bißchen liberal herumwerkeln oder abseits stehen – selbstverständlich auch mal zur Abwechslung grün oder sozialdemokratisch wählen etc. Nein! Der Bürger muß sofort eine wählbare liberale Alternative haben! Ich

finde es geradezu sträflich, in esoterischen Grüppchen von der Zukunft des Liberalismus zu träumen oder die große Vergangenheit zu betrauern, derweil die Sträube, Dreggers und Zimmermänner mit ihren pseudoliberalen Konsorten zum Schaden dieses unseren Landes und seiner Bürger eine "andere Republik" schaffen.

Sie, Herr Hölscher, können Ihren persönlichen Frust ruhig im Schmollwinkel pflegen, ich für meinen Teil bin der Überzeugung, mit einer fatalistischen Grundhaltung ist in der Politik kein Blumentopf zu gewinnen. Ich teile zwar Ihre Auffassung, man müsse mit den versprengten anderen Liberalen, die andere Wege gegangen sind, unbedingt Kontakt suchen und halten, aber: Während sich engagierte Liberale Demokraten in den Landtagswahlkämpfen in Hessen und Bremen abrackern, beträchtliche Opfer an Zeitaufwand und finanziellem Engagement bringen, kommt – absolut zur Unzeit – dieses vor Defätismus strotzende Elaborat mir seiner Botschaft: Bleibt ruhig zu Hause, Ihr Träumer, es ist ja doch alles für die Katz! Vielen Dank für den Arschtritt, Herr Hölscher!! War das wirklich nötig? Wessen Geschäft wird denn da betrieben?! Ich lasse Sokrates zu Wort kommen: "Ach, hättest Du geschwiegen, ein Weiser wärest Du geblieben!"

Heinrich Karl Schmitz
4630 Bochum

Prominente Liberale, wie Günter Verheugen, Ingrid Matthäus-Maier u.a. werden nicht müde, dem organisierten Liberalismus – gemeint können ja wohl nur die Liberalen Demokraten sein – jede Überlebenschance abzusprechen. So auch Friedrich Hölscher in der Juni/Juli-Ausgabe der "liberalen drucksachen".

Klar: diese Leute, die es bis zum Zeitpunkt der Wende ja immerhin schon zu etwas gebracht hatten, hätten mit den Liberalen Demokraten wieder bei Null anfangen müssen. Es ist natürlich bequem, zu privatisieren, oder, noch besser, sich bei der SPD ins gemachte Bett zu legen, und, um sich selbst nicht all zu mies dabei vorzukommen, wiederholen sie möglichst oft: "Keine Chance für den organisierten Liberalismus." Je öfter sie dies wiederholen, um so größer natürlich die Wahrscheinlichkeit, daß eintritt, was sie sagen. So etwas nennt man sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Es ist verständlich und auch verzeihlich, wenn Leute verzagen oder nach einem bequemen Ausweg suchen, wenn sie nach politischem Aufstieg plötzlich fallen und vor einem Scherbenhaufen stehen. Aber wenn sie dann selbst nicht den Mut haben, einen Neuanfang zu wagen, sollten sie nicht versuchen, auch anderen noch den Mut zu nehmen.

Es gibt auch noch eine zweite mögliche Erklärung für ihr Verhalten. In Friedrich Rückerts "Makamen des Hariri" steht:

"Wer sich auf den Markt stellt, der sei gefaßt, daß man prüfe – seines Wunsches Gradheit und Schiefe, – seines Wassers Seichtheit und Tiefe." Auch die verzagten Liberalen müssen es zulassen, daß die Gradheit und Schiefe ihre Motive geprüft wird, wenn sie sich auf den Markt stellen und lauthals dem organisierten Liberalismus jede Chance absprechen. Kö Könnte es sein, daß sie mit ihrem Gebell wollen, um sich selbst beim Hirten schwanzwedelnd und mit treuen Augen einen besonders warmen Platz zu sichern?

Friedrich Hölscher breitet seine These über drei Spalten aus und begründet sie – nur zum kleinsten Teil plausibel – in nicht einmal ganz zwei Zeilen: "Zu



Ernst-Günther
Weber

schmal ist ihr personelles und programmatisches Angebot." Zum personellen Angebot: siehe Überschrift!

Beim programmatischen kann die Behauptung leicht widerlegt werden. Die programmatischen Beschlüsse der Liberalen Demokraten können sich, trotz des erst kurzen Bestehens ihrer Partei, sicher sehen lassen. Im Gegenteil: es ist die SPD, die bisher ihre angebliche Attraktivität für Liberale in keiner Weise bestätigen konnte. In Sachen Bürgerrechte (siehe Volkszählung, maschinenlesbarer Personalausweis u.a.) schläft die SPD, und in der Umwelt- und Friedenspolitik bleibt

die Gruppe um so respektable Persönlichkeiten wie Eppler und Lafontaine in der Außenseiterposition innerhalb ihrer Partei. Und nicht zuletzt: glauben die verzagten Liberalen, und glauben die Hirten in der SPD-Führung tatsächlich, daß die SPD in den nächsten ein oder zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik einmal alleine eine absolute Mehrheit erreichen könnte?

Ernst-Günther Weber
2800 Bremen

Betrifft: Liberale Vereinigungen

Erinnern wir uns an den 28.11.1982: An diesem Tage standen auch die Liberalen Vereinigungen zu Diskussion, ursprünglich sollten sie wohl nach Gründung der Liberalen Demokraten, also der politischen Partei, aufgelöst werden. Das heißt: Ohne die Liberalen Demokraten gäbe es auch nicht die Organisation Liberale Vereinigung. Was soll also dann das Rivalitätsgehebe, das in dem Satz zum Ausdruck kam: "... während die anderen entgegengesetzten, daß da, wo gut arbeitende Liberale Vereinigungen bestünden, die Partei der Liberalen Demokraten kaum eine Chance habe." Das ist ja geradezu ein pervernes Verhältnis.

Ich habe seinerzeit für den Fortbestand der Liberalen Vereinigungen gestimmt, bin auch heute noch dafür. Es ist aber nicht in meinem Sinne, wenn sich einige mehr oder weniger Prominente in parteipolitischer Enthaltensamkeit gefallen und obendrein den Liberalen Demokraten noch müßig zu verstehen geben, ihr "programmatisches Angebot" (Friedrich Hölscher) sei zu schmal.

Man sollte es Herrn Hölscher zwecks Lektüre zusenden. Wäre schön, er würde seine Meinung revidieren bzw. näher erläutern, welche Aussagen fehlen. Er sei zur Mitarbeit herzlich eingeladen.

Dietmar Porten
4100 Duisburg 1

Von der idealen Vermummung
für die nächste Friedens-Demo



bis zur eleganten Abend-
bekleidung für's Soupé

verleihen wir alles zu günstigen Preisen!

KOSTÜMVERLEIH KALWEIT & KOWALSKI

GRENZWEG 12

4690 HERNE 1

TELEFONISCH VORMELDEN: 02323/55972 + 31843

Grenzer gegen Greenpeace

Nach Aushöhlung des Demonstrationsstrafrechtes, nach Abbau des Asylrechts, nach Volkszählung und maschinenlesbarem Personalausweis hat das Bundesinnenministerium den nächsten Clou schon in der Tasche: Innenminister Zimmermann läßt z.Zt. in seinem Haus prüfen, inwieweit der Bundesgrenzschutz auch für den Schutz deutscher Schiffe einsetzbar ist, die giftige Abfälle in den Gewässern verklappen – als so eine Art "Schutzpolizei" gegen die "Piraterie" von Greenpeace.



Greenpeace-Boot: demnächst vom Bundesgrenzschutz aufgebracht?

Firma BOSS, Peter Schröder, Schwarzweiß- und Farbbilder der Geschäftsstelle sowohl von der Außenansicht als auch von der Inneneinrichtung an. Hundt in seinem Brief an den "BOSS-Boss" Schröder: "Für eine entsprechende Rücksprache stehe ich gerne zur Verfügung. Das Ergreifen möglicherweise geheimdienstähnlicher Maßnahmen könnte ihnen damit erspart bleiben." Die Bewohner des Flach-Hauses wurden jedoch keine Bilder los. Peter Schröder in seiner Antwort: "Zur Zeit liegt bei uns keine Anfrage unseres Kunden über ein Bild ihrer Geschäftsstelle vor." Bei Bedarf werde man auf das Angebot zurückkommen. Vielleicht bietet sich nach dem 25. September eine günstige Gelegenheit.

FDP-Blockade

Erst die Polizei verhalf den Liberalen Demokraten bei einem Informationsstand auf dem Hoherodskopf zu ihrem Recht. Der LD-Kandidat im Vogelsbergkreis, Jörg Steinhäuser, wollte die Gelegenheit nutzen, anlässlich des Hoherodskopffestes der FDP die zahlreichen Besucher über die politischen Vorstellungen und das Programm der Liberalen zu informieren. Die Standgenehmigung des Landrates ignorierend hätten Mitarbeiter der FDP am liebsten den Stand der LD eigenhändig auseinandergenommen. Sie begnügten sich jedoch damit, die Wahlkämpfer um Steinhäuser mit Sonnenschirmen und dem Wahlkampfwagen der FDP abzusichern und so den Zugang für Interessierte zu blockieren. Die Polizei mußte schließlich eingreifen und dem FDP Landesvorsitzenden Gerhardt klarmachen, daß die "Wagenburg" zu entfernen sei.

Keine Anfrage

Noch vor der Eröffnung des Karl-Hermann-Flach-Hauses wurde ein Mitarbeiter der Firma BOSS – Gesellschaft für Kommunikations-Beratung, -Organisation, -Schulung und Service mbH, die ehemalige Schulungsabteilung der Friedrich-Naumann-Stiftung in "privatisierter" Form – dabei beobachtet, wie er unter z.T. lebensgefährlichen Umständen versuchte, die damals noch nicht renovierte Geschäftsstelle der Liberalen Demokraten in der Reuterstraße zu fotografieren. Die Reuterstraße ist eine der verkehrsreichsten Durchgangsstraßen von Bonn. Nach Abschluß der Renovierungsarbeiten bot der Bundesgeschäftsführer der Liberalen Demokraten, Georg Hundt, dem Chef der

nehmen zu lassen. Frau Dr. Marie Dorothea Arndt verschwieg dabei jedoch, daß Flach die Verwaltung seines politischen Nachlasses bewußt nicht seiner Schwester sondern der Familie seiner Frau übertrug. So war es nicht verwunderlich, daß bei der Feierstunde der drucksachen in Frankfurt sieben Familienmitglieder und drei ehemalige Mitarbeiter Flachs anwesend waren, die heute alle nicht mehr der FDP angehören. Einer von ihnen, der ehemalige persönliche Referent und Pressesprecher der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft der FDP NRW, Reinhard Schmidt-Küntzel, will sich in nächster Zeit um die Veröffentlichung des politischen Nachlasses seines früheren Chefs kümmern. Vieles davon dürfte



Wahlverwandte: Irmgard Adam-Schwätzer und Marie Dorothea Arndt

einigen Staub aufwirbeln, da aus zahlreichen Briefen Flachs hervorgehen soll, daß er schon damals der Politik und der Person Genschers mißtrauisch gegenüberstand.

gegen rechts

Die niedersächsischen Jungdemokraten und die Liberale Schüler-Aktion (LiSA) veranstalten am Wochenende vom 7. - 9. Oktober in Braunschweig einen Kongreß zum Thema "Gefahr von rechts", zu dem sich mit dem Journalisten Spoo (FR, Vorsitzender der Deutschen Journalisten Union) und dem HU-Vorsitzenden Jürgen Seifert qualifizierte Kenner der neofaschistischen Szene angesagt haben. Im Rahmen des Kongresses findet ein Kulturprogramm statt, bei dem u.a. der Liedermacher Heinz-Rudolf Kunze auftritt.

Anmeldung und nähere Informationen bei: Jungdemokraten/LiSA, Walter-Gieseking-Str. 21, 3000 Hannover, Telefon: 0511/812339.

Flach-Nachlaß

Anlässlich der Verleihung der Karl-Hermann-Flach-Medaille durch die liberalen drucksachen an die stern-Redaktion zeigte sich die Schwester des ehemaligen Generalsekretärs der FDP empört. Es sei Mißbrauch, den Namen ihres Bruders von den Liberalen Demokraten in Anspruch

Ruhigstellung

Ob die grüne Bundestagsabgeordnete Erika Hickel nun beruhigt ist? Auf ihre Anfrage nach Masseneinkäufen von Beruhigungsmitteln, mit denen allzu aufgeregte Bundesbürger bei einem atomaren Ernstfall ruhiggestellt werden sollen, wußte Innenstaatssekretär Siegrid Fröhlich Löbliches zu berichten: Der frühere Bundesinnenminister Baum hat preiswert eingekauft. Der Schweizer Pharmakonzern La Roche war ihm zu teuer, weil er für die Ampulle Valium weitaus mehr verlangte als der Konkurrent Ratiopharm. Dort gibt es dasselbe Mittel unter dem Namen Diazepam schon für sieben Mark pro Fünferpack. Der preisbewußte Baum kaufte daher bei La Roche nur 342.000

Ampullen. Hätte er die gesamte Psycho-Aktion mit den Schweizern abgewickelt, hätte das rund 2,5 Millionen Mark mehr gekostet. Und das wäre bei einem Atomangriff doch wirklich rausgeschmissenes Geld.

Abgeflaggt

Das Bundeshaus wird am nächsten Neujahrsmorgen erstmals in seiner Geschichte nicht im Flaggenschmuck protzen. Als markantes Zeichen, daß nicht nur die sozial Schwachen, sondern auch die Staatsorgane Sparopfer bringen, hat die Regierung auf Anregung von Postminister Schwarz-Schilling beschlossen, daß zur Einsparung von Personalkosten zum Jahreswechsel keine Flaggen mehr an öffentlichen Gebäuden gehißt werden. Innenminister Zimmermann ergriff die Gelegenheit, den Flaggenerlaß in eine neue, der Präzision seines Denkens angemessene Sprachform zu gießen. "Die Beflagung von Gebäuden", heißt es da, "kann unterbleiben, soweit es sich um Gebäudeteile handelt, die zur Beflagung nicht geeignet sind." Grundsätzlich ist an 'aufrecht stehenden Flaggenmasten' zu flaggen, aber zulässig ist es auch an "waagrecht oder schräg stehenden Flaggenstöcken". Obacht ist am Volkstrauertag geboten. Dann darf das Tuch nämlich nicht einfach auf halbe Höhe hinaufgezogen werden. Das wäre ein grober Verstoß gegen Ziffer V Absatz vier, wo es heißt: "Dies ge-

schieht derart, daß die Flagge zunächst vorgehißt und anschließend auf Halbmast gesetzt wird."

Einsatzerfahrung

Offenbar reicht es dem CSU-Bundesinnenminister nicht, nur die FDP auf rechtsstaatlichem Terrain in die Knie zu zwingen. Wegen der massiven Kritik der Gewerkschaft der Polizei (GdP), die mit 170.000 Mitgliedern etwa 80 % der bun-



Wissenslücken: Friedrich Zimmermann des deutschen Polizeibeamten repräsentiert, kontierte Zimmermann beim Demonstrationsrecht, die Funktionäre der GdP seien "lange nicht mehr im Einsatz" gewesen. Zimmermann irrte. Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Hermann Lutz, aktiver CDU-Mann, gab es ihm schriftlich: "Zimmermann sollte wissen, daß die GdP-Vorsitzenden aktiven Dienst verrichten und nicht vom Dienst freigestellt sind." Und GdP-Sprecher Adalbert Halt fügte hinzu: "Unseres Wissens hat der Bundesinnenminister noch keinen polizeilichen

Einsatz geleistet." Der Schutzpolizeidirektor der Wuppertaler Bereitschaftspolizei, als ein ausgewiesener Praktiker mit unbestrittener Einsatzerfahrung, hat inzwischen wegen des verschärften Demonstrationsrechts sein CDU-Parteibuch zurückgegeben.

Schwerpunkte

Die kommenden politischen Ereignisse bestimmen die Tagesordnung des nächsten Parteitages der Liberalen Demokraten am 29. und 30. Oktober in Düsseldorf. In der Mensa der dortigen Universität dürfte zunächst die Auswertung der Wahlergebnisse im Vordergrund der Diskussionen stehen. Insbesondere die organisatorischen Konsequenzen des Abscheidens bei den Landtagswahlen in Bremen und Hessen dürften einen breiten Raum in den Beratungen einnehmen.

Die anstehende Auseinandersetzung um die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen dürften einen weiteren Schwerpunkt des Parteitages bilden.

Für die schließlich zu treffenden Vorbereitungen auf die Europawahl im kommenden Frühjahr wird ein Grundsatzpapier zu Fragen der europäischen Gemeinschaft vorbereitet. Zu diesem Tagesordnungspunkt werden auch Gäste von anderen europäischen liberalen Parteien erwartet.

gezielt daneben

Die Liberale Internationale (LI) wird auf ihrem diesjährigen Kongreß Anfang Oktober in Stockholm über eine neue Satzung beraten. Die LI, die mit der Sozialistischen Internationalen zwar die Namensähnlichkeit, nicht aber die Bedeutung gemeinsam hat, verfügt über wichtige und weniger wichtige Mitglieder, die bisher jedoch alle den gleichen Status haben. Mit der Gleichheit soll es jetzt ein Ende nehmen. Für die neue Satzung ist eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden, in der die FDP Interessen von Gerhart Raichle vertreten werden. Dieser ist beruflich Leiter der "Gruppe Europa" der Friedrich-Naumann-Stiftung und wird im Protokoll der LI-Exekutiv-Sitzung auch zutreffend mit der Herkunftsbezeichnung FNS geführt, obwohl die FNS nicht Mitglied ist, sondern nur für die Finanzbeschaffung wichtig ist.

Zur letzten Sitzung des Exekutiv-Komitees in Toronto legte nun diese Gruppe

einen Entwurf vor, der eine Sonderregelung für ein einziges Mitglied der LI vorsieht: Die 'International Federation of Liberal and Radical Youth' (IFLRY), der Dachverband dem auch die ungeliebten Jungdemokraten angehören, soll nur noch Vertreter entsenden dürfen, "die Mitglieder einer Mitgliedsparterie oder Beobachterparterie sein müssen". Damit würde in die innere Angelegenheit der IFLRY eingegriffen, die nur noch einen Teil ihrer Mitglieder in LI-Funktionen wählen dürfte. Um das Vorhaben nicht allzu deutlich werden zu lassen, beschloß man diese geplante Neuregelung auch für die 'Liberale und demokratische Fraktion im Europaparlament'. Das würde jedoch mehr als die Hälfte dieser Gruppe von der Vertretung ausschließen, vor allem die Gruppe der französischen Giscardisten, die bei der Wahl Bangemanns zum Fraktionschef ausschlaggebend waren.

Statt also die Jungdemokraten gezielt zu bestrafen, gibt es nun eine ganze Reihe von Opfern, mit denen sich die FDP eigentlich gar nicht anlegen wollte:

IFLRY-Präsident Ottavio Lavaggi, allseits geachteter Assistent der ELD Fraktion wird in Zukunft, da seine Partei, die italienischen Republikaner, nicht LI-Mitglied ist, danach ebensowenig an Exklusivsitzen teilnehmen dürfen, wie die Kollegen vom ADA-Youth-Caucus, dem amerikanischen IFLRY-Mitglied. In den USA hat die LI gar kein Mitglied, wäre aber auf Kontakte auch dem eigenen Selbstverständnis entsprechend dringend angewiesen.

Während bei IFLRY über Konsequenzen (wahrscheinlich Austritt aus der LI) nachgedacht wird, scheinen einzelne FDP Repräsentanten nachdenklich zu werden. Genscher - Intimus und LI-Vizepräsident Witte stellte jedenfalls schon fest, daß Mitglieder der Liberalen Demokraten natürlich über die 'Deutsche Gruppe' bei der LI mitarbeiten könnten.

Auf diese Lösung waren die Jungdemokraten auch schon gekommen, erfreut so ihrem 'alten Hobby nachgehen zu können, der FDP immer noch hie und da ein Schnippchen zu schlagen'.

Auszüge aus der Rede Werner Holzers* zum Tode Karl-Hermann Flachs: „Karl-Hermann Flach hat uns Hoffnung gegeben“

(...) Angesichts des Todes begreifen wir wieder einmal, wie sehr der formende Wille eines einzelnen Menschen manche Verhältnisse ändern, Dinge in Bewegung zu bringen vermag. In einer Zeit organisierten Denkens und Handelns, die den einzelnen zu einem hilflosen Rädchen eines größeren Getriebes zu machen droht, in einer Zeit, in der die meisten sich verirrt in den Schutz ihrer Gruppen zu flüchten versuchen, hat der Publizist und der Politiker Karl-Hermann Flach immer wieder bewiesen, daß gegenwärtige, sich ereignende Geschichte mehr ist, als eine drückende Kette unveränderlicher Verhältnisse und Geschehnisse, die der einzelne zu tragen hat. So gesehen hat Karl-Hermann Flach uns allen Hoffnung auf unserem eigenen Weg mitgegeben.

Männer machen gewiß nicht allein Geschichte, wie es einst hochmütig behauptet worden ist. Dennoch können einzelne Frauen und Männer zu jenen im wahren Sinne des Wortes bewegenden werden, wenn sie sich nicht zufrieden geben mit der Fortschreibung des Bestehenden. Karl-Hermann Flach war einer dieser Menschen, die sich nie das Recht nehmen ließen, neue Dinge zu denken, andere Wege zu suchen und sich nicht in irgend etwas angeblich Unabänderliches zu fügen.

(...) Wenn er als Journalist wie als Politiker – und die Grenzen waren bei ihm fließend – mehr bewirkt hat als andere, dann scheinen mir dafür verschiedene Facetten seines Charakters entscheidend gewesen zu sein, die sich selten in einem Menschen so harmonisch miteinander verbinden. Hier war ein Mann, dem sein klarer, nüchtern analysierender Geist nie im Wege stand, wenn er für seine Vision von einer besseren, weil menschlicheren Zukunft kämpfte. Nicht Ämter, Titel oder äußere Erfolge haben seine Persönlichkeit geprägt und in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gedrängt, es war vielmehr seine selbstverständliche Glaubwürdigkeit, sein intellektueller Anstand und seine immer spürbare Toleranz. In der Frankfurter Rundschau haben wir fast zehn Jahre lang erlebt, wie stark die Fähigkeit dieses Mannes war, integrierend zu wirken und sich auf eine fast schüchterne Art den Respekt auch der Kollegen zu erwerben, die nicht immer alle seine Meinungen geteilt haben. Im politischen Leben war Karl-Hermann

Flachs Wirkung nicht anders.

Hier war ein Mann, dem alles fehlte, was den Volkstribunen ausmacht. Er war kein leidenschaftlicher Redner, kein Mann großer Worte oder gezielter Gesten. Und doch haben nicht nur seine Freunde, sondern auch seine politischen Gegner nie das hohe Maß an moralischer und politischer Integrität angezweifelt, das ihm zu eigen war und ohne das es kein glaubwürdiges Engagement und letztlich wohl auch keine bleibende Wirkung geben kann.

Etwas anderes kam hinzu: Dieser Mann, der sich verzehrt hat wie eine Kerze, die an zwei Enden brennt, hat nicht aus einem Übermaß an Kraft gelebt, sondern allein aus seinem Willen. Schwere Krankheiten haben ihm frühzeitig ein hohes Maß an Leidensfähigkeit abverlangt, die sich in ihm zu einer eigenartigen Mischung von früher, geduldiger Weisheit und zehrender jugendlicher Aktivität verbunden hat. Viele haben ihn in dieser doppelten Funktion erlebt – als den aufmerksamen Zuhörer, den bedachten Ratgeber auf der einen und den engagierten und unverblümt Mahnenden und Fordernenden auf der anderen Seite.

(...) Ich glaube fest, daß Karl-Hermann Flach niemals eine starre Grenze zwischen seiner publizistisch-schreibenden und seiner politisch-handelnden Aufgabe gesehen hat. Sein hoher Anspruch galt gleichermaßen der Zeitung wie der Politik. In beiden wollte er wirken, wollte er etwas bewirken; in beiden kämpfte er leidenschaftlich für Vernunft, für Freiheit und gegen jede Starrheit. Vielleicht war es gerade sein langer Kampf gegen die Krankheit, die ihn helllichtig gemacht hatte für das Recht des einzelnen Menschen, noch in seinem Leben ein Stück mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit zu erleben.

So wie Karl-Hermann Flach an die Kraft der Vernunft geglaubt hat, so blieb er bis zuletzt von der Reformfähigkeit unserer Gesellschaft überzeugt. „Entweder gelingt es uns, die Freiheit unserer Gesellschaft durch mehr Gleichheit und mehr Gerechtigkeit zu erhalten oder wir werden diese Freiheit zugunsten der Utopie

* gehalten am 30. August 1973 im Rahmen der Trauerfeier für Karl-Hermann Flach in der Paulskirche. Holzer ist Chefredakteur der Frankfurter Rundschau.

von der totalen Gleichheit verlieren“, sagte er einmal. Als Journalist ist Karl-Hermann Flach zum klarsten Sprecher eines neuen liberalen Denkens, einer sozialen Freiheitlichkeit in unserer Gesellschaft geworden.

In der Politik hat er versucht, diesen Gedanken zu verwirklichen. Er hat dabei nie vergessen, wie schwer der Weg vom Wort zur Wirklichkeit ist. Als er sich am 17. Juni 1973 in Darmstadt für die Verleihung der Wilhelm-Leuschner-Medaille durch die hessische Landesregierung bedankte, spürte man zwischen den Zeilen, wie sehr in weniger die Mühsal des politischen Alltags bedrückte als die Erkenntnis, daß man zu manchem Umweg gezwungen wird, wenn man neue Gedanken auch verwirklichen will.

„Im politischen Tagesgeschehen“, sagte er damals nachdenklich. „ist es unmöglich, ein Leben zu leben, das den Herausforderungen der Geschichtsbuch-Demokratie gewachsen oder von den Idealen einer Bilderbuch-Demokratie geprägt ist.“ Wer zuhören konnte, spürte hier etwas von der nüchternen Resignation des Moralisten Karl-Hermann Flach. In diesem immer bescheiden gebliebenen Mann, der im Grunde mit der Macht nichts im Sinn hatte, sperrte sich stets etwas gegen die Einsicht, daß man ohne politische Macht eben nichts bewirken kann, das Vernunft allein nicht stark genug ist zu verändern, wo Änderung notwendig ist, wenn die Gesellschaft der Menschen humaner werden soll.

Karl-Hermann Flach hat die Mühsal des Handelns trotzdem auf sich genommen und ist dabei immer ein Mann des Wortes geblieben. Sprache war für ihn nie etwas anderes als ein Werkzeug, Vernunft zu vermitteln. So hat er sie als Journalist benützt, hat sich gezwungen, komplizierte Dinge einfach zu sagen, hat andere gelehrt, klarer zu denken. Große Worte werden nicht selten leichthin ausgesprochen. Doch der Mann, um den wir heute trauern, hat es verdient, wenn wir in dieser Stunde daran erinnern, daß er im Grunde für ein großes Ziel gelebt und gearbeitet hat, dafür nämlich, daß eine größtmögliche Zahl von Menschen in Freiheit und Würde leben können. Die Freiheit des einzelnen aber fand für ihn ihre Grenze in der Freiheit des anderen einzelnen. (...)

Stimmzettel Muster

für die Wahl zum Hessischen Landtag am 25. September 1983

im Wahlkreis 29 - Wiesbaden I

NICHT MEHR ALS EINEN WAHLVORSCHLAG ANKREUZEN! KENNZEICHNUNG MEHRERER WAHLVORSCHLÄGE MACHT DEN STIMMZETTEL UNGÜLTIG!			Das Stimmzettel ist in dieser Spalte anzukreuzen X
1	Kanther, Manfred, Geschäftsführer, Jagdweg 5, 6200 Wiesbaden Ersatzbewerber: Thurn, Hans-Peter, Rektor, Fichtestraße 15, 6200 Wiesbaden Erster Bewerber der Landesliste Dr. Wallmann, Walter Oberbürgermeister	Christlich Demokratische Union Deutschlands CDU	<input type="radio"/>
2	Jordan, Jörg, Staatssekretär, Kapellenstraße 77, 6200 Wiesbaden Ersatzbewerber: Stasche, Wolfgang, Sozialsekretär, Teufelstraße 19, 6200 Wiesbaden Erster Bewerber der Landesliste Börner, Holger Ministerpräsident	Sozialdemokratische Partei Deutschlands SPD	<input type="radio"/>
3	Hussing, Rolf, Dipl.-Ingenieur, Schlichterstraße 3, 6200 Wiesbaden Ersatzbewerber: Busenbender, Ernst, Student, Bulowstraße 4, 6200 Wiesbaden Erster Bewerber der Landesliste Traber, Dirk Dipl. Soziologe	DIE GRÜNEN GRÜNE	<input type="radio"/>
4	Krüger, Ulrich, Architekt, Im Dammwald 29, 6382 Friedrichsdorf Ersatzbewerber: Schmitt, Berthold, Journalist, Stressemannstraße 19, 6240 Königstein Erster Bewerber der Landesliste Krüger, Ulrich Architekt	Liberale Demokraten LD	<input type="radio"/>
5	von Scheidt, Helmut, Dipl.-Handelslehrer, Schlichterstraße 5, 6200 Wiesbaden Ersatzbewerber: Brandt, Michael, Dipl.-Kaufmann, Wielandsstraße 19, 6200 Wiesbaden Erster Bewerber der Landesliste Dr. Gerhard, Wolfgang Regierungsdirektor	Freie Demokratische Partei F.D.P.	<input type="radio"/>
6	Weißmann, Jutta, Bürokaufmann, Kaiser-Friedrich-Ring 65, 6200 Wiesbaden Ersatzbewerber: Leitem, Rudolf, Rentner, Hirschgraben 22, 6200 Wiesbaden Erster Bewerber der Landesliste Dr. Weber, Ellen Fürsorgerin	Deutsche Kommunistische Partei DKP	<input type="radio"/>
7	Urban, Evelin, Lehrerin, Ludwigshöhstraße 59, 6100 Darmstadt Ersatzbewerber: Renting, Gustav, Pfarrer, St.-Giles-Straße 21, 6050 Offenbach Erster Bewerber der Landesliste Coppik, Manfred Rechtsanwalt	Demokratische Sozialisten DS	<input type="radio"/>
8	Dr. Buck, Martin, Zahnarzt, Neubauerstraße 12, 6200 Wiesbaden Ersatzbewerber: Stalla, Gisela, Verwaltungsangestellte, Wengartenstraße 24, 6455 Erlensee Erster Bewerber der Landesliste Zepp-LaRouche, Helga Journalistin	Europäische Arbeiterpartei EAP	<input type="radio"/>

Bei den Wahlen am 25. September in Bremen und Hessen dürften sich die Prozentpunkte der beiden großen Parteien kaum verändern. Die eigentlich interessante Wählerentscheidung wird über das Schicksal der Kleinen gefällt. Bei den letzten drei Landtagswahlen (die Hamburger Bürgerschaft ausgenommen) schafften nur noch die beiden großen Parteien den Einzug in die Landesparlamente in München, Mainz und Kiel. Für die beiden Großen steht fest:

Allein im Parlament oder zusammen in der Regierung

Der Schatzmeister der Jungen Liberalen, Flesch, spielt es als Wahlkampfstil aus der "Vormedienzeit" herunter. Gemeint sind Wahlkampfeinsätze an Informationsständen auf Marktplätzen oder in Fußgängerzonen. Seine Partei, die hessische FDP, verzichtet weitgehend auf dieses Wahlkampfmittel. Doch weniger Effektivitätsüberlegungen gaben hierbei den Ausschlag. Es fehlen schlicht und ergreifend Parteifreunde, die bereit sind, für das Anliegen ihrer Partei auf die Straße zu gehen. Trotz mehrerer dutzend Hauptamtlicher, die aus Parteibüros und diversen Stiftungen in Hessen zusammengezogen wurden, kommt keine Wahlkampfstimmung an der Parteibasis auf.

Diejenigen Liberalen, die früher Wahlkampf machten, sind auch jetzt wieder aktiv auf der Straße; diesmal allerdings für die Liberalen Demokraten. Den liberalen Newcomern gelang gleich zu Beginn des Wahlkampfes ein beachtlicher Erfolg: Sie reichten ihre von 1200 Unterschriften unterstützte Landesliste mehr als eine Woche vor der FDP ein und stehen nun auf

Platz vier auf dem Stimmzettel, als erste hinter den im Landtag vertretenen Parteien. Die FDP rutschte von Platz drei auf



Wallmanns Vorgänger Alfred Dregger bemühte sich vergebens um die Mehrheit

Platz fünf, die Motivation der verbliebenen FDP-Aktivistinnen sank auf den Nullpunkt.

Dieses Stimmungstief bei der FDP und die Wahlkampflust bei den LD verstärkten sich vierzehn Tage später, als den LD zum ersten Mal seit ihrer Gründung eine bundesweite Medienbeachtung gelang. Ihre Verfassungsklage zum Personalausweisgesetz, die bereits seit vier Wochen in der Schublade des Bundesgeschäftsführers lag, wird geschickt getimet an die Presse gegeben, als der ehemalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz, Bull, seine Kritik an der geplanten Personenkarte veröffentlicht. Der Autor der Klageschrift, Hanspeter Knirsch, gehört zu dem exklusiven Zirkel von Bundesbürgern, die bereits einmal in Karlsruhe erfolgreich die Verfassungshüter angerufen haben. Mit seiner ersten Verfassungsklage hatte er dafür gesorgt, daß vor allem die FDP in NRW Mandate in zahlreichen kommunalen Bezirksvertretungen erhielt. Zuvor war sie in den Fällen, in denen sie zwar im Bezirk über fünf Prozent, in der gesamten Stadt

aber unter dieser Grenze geblieben war, aus den Bezirksparlamenten verbannt gewesen.

Daß die FDP, nachdem sie bei den letzten sechs Landtags- und Bürgerschaftswahlen (Hessen, Bayern, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und zweimal Hamburg) die fünf-Prozent-Hürde weit verfehlte, nun am 25. September wieder ins Wiesbadener Parlament einzieht, glaubt nicht einmal mehr ernsthaft die CDU. Sollten die Grünen, trotz ihrer Blut- und Busen-Steilvorlage, die sie ihren Gegnern geliefert haben, hessische Landtagspartei bleiben, dann werden sich die beiden großen Parteien auf eine gemeinsame Regierung einigen.

Die Liberalen Demokraten dürften kaum eine Chance haben, im ersten Anlauf die Fünf-Prozent-Hürde zu nehmen. Ziel ist es, in der Berichterstattung nicht mehr unter "sonstiges" zu laufen. Zehn Monate nach Gründung der Partei ließe sich damit die Parteigründung auch gegenüber Skeptikern als Erfolg vermitteln. Die Hürde, die die Liberalen Demokraten mindestens nehmen müssen, liegt bei 1,5 % – dem unteren Limit für eine Wahlkampfkostenerstattung in Hessen. Bei den Europawahlen im nächsten Frühjahr liegt diese Grenze schon bei einem halben Prozent der abgegebenen Stimmen. Für jedes ganze Prozent gibt es dann mindestens (bei 3,50 DM pro Wahlberechtigtem)



SPD-Börner, Treber (Grüne): die rot-grüne Koalition existiert nur als Wahl-Popanz von Christ- und Freien Demokraten.

1,4 Millionen aus der Staatskasse. Mit diesem warmen Geldregen ließe sich, so die LD-Strategen, langfristig eine chancenreiche Partei aufbauen.

In Bremen ist es zweifelsfrei, daß die LD die dortige Ein-Prozent-Hürde für die Wahlkampfkostenerstattung erreichen.

Selbst die politischen Gegner tippen auf ein Ergebnis über der zwei Prozent Marke. Die Chancen der übrigen kleinen Parteien lassen sich nur schwer einschätzen. Drei grüne Listen treten an. Die FDP möchte vom Wähler ein Votum für den Einstieg in einen sozialliberalen Senat. Die SPD ist von diesem Angebot nicht sonderlich beglückt. Sie spekuliert darauf, daß die Parteienvielfalt im liberal-alternativen Spektrum dazu führt, daß etliche Stimmen bei der Endabrechnung am 25. September unter den Tisch fallen und den Sozialdemokraten trotz der zu erwartenden Stimmenverluste die absolute Mehrheit der Bürgerschaftsmandate erhalten bleibt. Die dramatische wirtschaftliche Situation der Werften soll ansonsten den Vorwand für die große Koalition in Bremen liefern. Die CDU-Kontakte nach Bonn und Brüssel sollen der SPD Gefolgschaft erklären, warum die hoffnungslos auf die Oppositionsbänke verbannte Bremer Union plötzlich regierungsfähig werden darf. Den Liberalen Demokraten steht die SPD abwartend gegenüber. Besonders in Bremen wird die beachtliche Resonanz der Linksliberalen mit leichter Verwunderung registriert. Vom Senat in Auftrag gegebene Wählerumfragen, die allerdings wegen des schlechten SPD-Abschneidens unter Verschluss gehalten werden, bestätigen, daß hier zumindest langfristig eine ernstzunehmende politische Kraft entstehen kann.

In Hessen blieb sich in dieser Frage der Ministerpräsident selbst treu und pflegte sein Dachlatten-Image: Er beschimpfte die ihm sozialliberale Wähler abspenstig machende neue Partei kurz und bündig als "Tarnorganisation der CDU."



LD-Plakat vor Bremer FDP-Zentrale: "Wahlkampflust bei den Sozialliberalen"

Keinerlei Automatik für eine konservative Mehrheit

Die Wahlen am 25. September in Bremen und Hessen werden darüber Aufschluß geben, ob es für eine sozialliberale Partei wie die Liberalen Demokraten genügend Wähler gibt. Heinz-Hermann Storck, stellvertretender Bundesvorsitzender der LD, ist optimistisch. Er sieht gute Wahlchancen für seine Partei. Er zeigt an Hand wahlstatistischer Überlegungen das Wählerpotential der neuen Partei auf, und begründet ihre Chance dieses Potential tatsächlich anzusprechen.

Die Liberalen in Hessen melden sich zurück: Die Liberalen Demokraten (LD) kandidieren bei diesen Landtagswahlen – ihrer Bedeutung und der positiven Resonanz in der Bevölkerung entsprechend – auf Listenplatz 4, also vor der FDP. Die Liberalen Demokraten werden nicht aus Kreisen der Großfinanz gesponsort, sondern (jeder Bürger kann die Einnahmen und Ausgaben kontrollieren) sie finanzieren sich aus eigener Tasche. Sie sind "die Liberalen, die Wort halten". Ihre Geradlinigkeit beim Verrat der FDP an deren sozialliberaler Wählerschaft steht dafür. Die Liberalen Demokraten garantieren somit "Liberalismus ohne Flick und Genscher". Sie nehmen als sozial-li-

berale Alternative Partei für Menschenwürde durch Selbstbestimmung und für Fortschritt durch Vernunft. Sie fordern die Demokratisierung der Gesellschaft und die Reform der Wirtschaft; denn Liberalismus darf weder als Großunternehmerphilosophie mißbraucht noch auf eine Mittelstandsideologie reduziert werden.

Grundstimmung der Sympathie

Dem konsequenten Eintreten für Liberalität, Bürgerrechte, wirtschaftliche Vernunft, vorsorgende Umweltpolitik, soziale Sicherung auch in der Krise, Minderheiten und benachteiligte Gruppen, Chan-

cengleichheit in der Bildung sowie Frieden durch Entspannung und Abrüstung begegnen die Menschen in Hessen mit einer Grundstimmung der Sympathie und der anspornenden Ermutigung. Allerdings steht dem Zuspruch zu den LD-Programminhalten die Skepsis gegenüber, ob die LD eine ernsthafte Chance haben, die 5%-Hürde zu überspringen. Deshalb sei hier eine ehrliche Analyse der Stimmver-

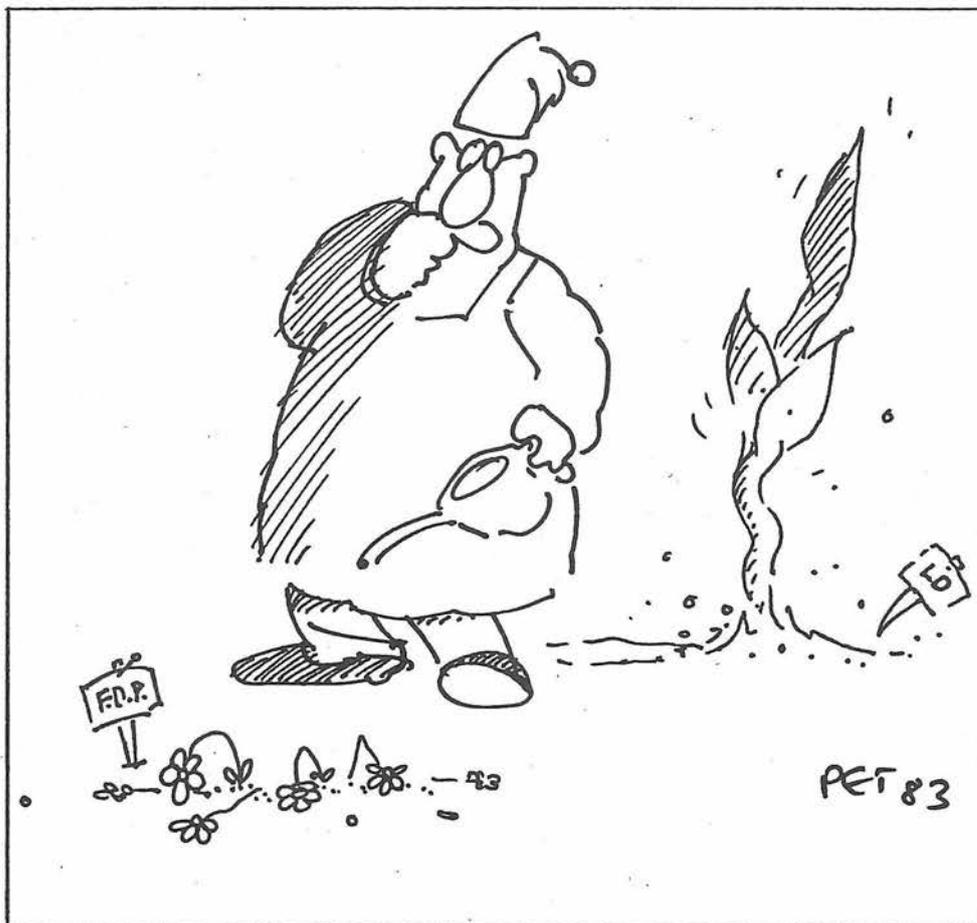


Heinz-Hermann Storck sieht reelle Chancen für die Liberalen Demokraten.

hältnisse in Hessen versucht. Danach kann zwar auch keine Garantieerklärung für einen Wahlerfolg gegeben werden, aber die Chancen sind doch größer, als gemeinhin angenommen wird:

Keine konservative Mehrheit in Hessen

Seit die FDP das Koalitionslager gewechselt hat, ist bei den Wählern eine starke Bewegung zu verzeichnen, verbunden mit der Suche nach einer neuen Orientierung. Das Parteiensystem ist im Fluß. Nun ist es bemerkenswert, daß es – der Grundstruktur nach – in der hessischen Wählerschaft keine konservative Mehrheit gibt. Wenn wir uns an die hier aussagekräftigen absoluten Wählerstimmen halten, dann gab es – wie die Tabelle ausweist – in den ganzen 70er Jahren bis einschließlich Herbst 1982 bei den Land-



neue liberale Pflanze



Plakate mit Witz: Die Liberalen Demokraten werben damit im laufenden hessischen Landtagswahlkampf.

tagswahlen und bei den Bundestagswahlen in Hessen immer eine Stimmenmehrheit von SPD/FDP gegen CDU oder (nach dem FDP-Koalitionswechsel) von SPD/Grüne gegen CDU/FDP.

Selbst 1974, als die SPD/FDP-Stimmenzahl mit 1,63 Millionen am niedrigsten war, lag die CDU mit 100.000 Stimmen zurück. Im Herbst 1982 standen 1,76 Millionen SPD/Grüne-Stimmen der

Zahl von 1,69 Millionen CDU/FDP-Stimmen gegenüber. Nur in der Bundestagswahl im März 1983 lagen CDU und FDP mit 1,886 Millionen Stimmen um 150.000 Stimmen vor SPD und Grünen. Die CDU allein hatte damals ihr höchstes je erzielt Ergebnis mit 1,61 Millionen Stimmen. Selbst wenn man bei der kommenden Landtagswahl noch rund 100.000 an die FDP gegangene Leih-

stimmen hinzurechnet, könnte die Union allein das Stimmpotential von SPD und Grünen von September 1982 und März 1983 nicht erreichen. Wahrscheinlich ist aber, daß die CDU in dieser Landtagswahl nicht wieder alle ihre Bundestagswähler mobilisieren können. Denn die Illusionen über den Bonner Regierungswechsel schmelzen momentan dahin wie Schnee vor der Sonne. Der versprochene Aufschwung kommt nicht, die Lehrstellen auch nicht, umso kräftiger dafür aber die Kürzungen von Einkommen und Übertragungen! Hinzu kommt noch der rapide außenpolitische Bedeutungsverlust durch diese Bundesregierung. Die CDU wird also Federn lassen müssen. Ein Stimmenverlust gegenüber März 1983 zwischen 50.000 und 100.000 Stimmen ist (mindestens) möglich. Nachdem die FDP in Hessen eine Dregger-Verhinderungsfunktion nicht mehr ausspielen kann und nachdem sie in Bonn in der versprochenen Zimmermann-Verhinderungsfunktion so kläglich versagt hat und weil die meisten FDP-Wähler in Hessen keine konser-

„Auf die Mobilisierung der Wähler kommt es an“

Wahlen	Σ SPD Grüne (FDP) HTD	GRÜNE		Σ SPD FDP HTD	SPD		FDP		CDU		Σ CDU (FDP) HTD	
		HTD	%		HTD	HTD	%	HTD	%	HTD		%
1974 - LT	16,3	—	—	16,3	13,9	43,2	2,39	7,4	15,3	47,3	15,3	
1976 - BT	19,4	—	—	19,4	16,3	45,7	3,01	8,5	15,9	44,8	15,9	
1978 - LT	18,0	0,69	2,0	17,4	15,1	44,3	2,25	6,6	15,7	46,0	15,7	
1980 - BT	20,9	0,65	1,8	20,3	16,5	46,4	3,77	10,6	14,5	40,6	14,5	
1982 - LT	17,6	2,78	8,0	—	14,8	42,8	1,07	3,1	15,8	45,6	16,9	
1983 - BT	17,3	2,18	6,0	—	15,1	41,6	2,76	7,6	16,1	44,3	18,9	

Abkürzungen: LT = Landtagswahl, BT = Bundestagswahl, HDT = hunderttausend

Die Aussage dieser Tabelle ist – im Hinblick auf eine Fortschrittsmehrheit in Hessen – frappierend eindeutig: Auf die Mobilisierung des eigenen Wählerpotentials kommt es an! Trotz aller poujadistischen Sprüche Alfred Dreggers gelang es nämlich der CDU Hessens bei den Bundestags- und Landtagswahlen nicht, den 1,5-Millionen-Wählerturm zu verlassen. Nur bei der Bundestagswahl 1983 war ihr dies möglich. Mit der Aufschwungparole und der Hoffnung auf wirtschaftspolitisch "alte Zeiten" gelang ihr ein merklicher Einbruch in die Arbeiter-Wählerschaft Hessens. In dem Maße, in dem sich diese erweckte Hoffnung als eitler Schwindel herausstellt, werden diese Wähler ihre Parteientscheidung überdenken. Das für die hessische CDU vernichtende Wahlergebnis von 1980 mit 1,45 Millionen Wählern war die Quittung der "hellen Hessen" für F.-J. Strauß. Die stetig ansteigende Tendenz der CDU-Wahlergebnisse bei hessischen Landtagswahlen ist – neben der Agonie der sozial-liberalen Koalitionen in Bonn und Wiesbaden – auch der Wählermeinung (laut Infas 55 %) geschuldet, aus Gründen der Machtbalance sollten hessische Landesregierungen parteipolitisch anders zusammengesetzt sein als die Bundesregierungen. Die relativ stark variierenden prozentualen Wahlergebnisse der SPD und jene der sozial-liberalen FDP resultieren demnach weniger aus Wahlerfolgen der CDU als aus der unterschiedlichen Mobilisierungsfähigkeit des eigenen Wählerpotentials, daß bei Landtagswahlen bei der SPD zwischen 1,39 und 1,51 Millionen schwankte (Stimmendifferenz 120.000 – im Gegensatz dazu die CDU: 50.000) und bei den Bundestagswahlen zwischen 1,51 und (bei Vernachlässigung der Strauß-Wahlen) 1,63 Millionen (Stimmendifferenz ebenfalls 120.000). Auffallend ist ferner die Stimmündigkeit der SPD-Wähler bei Landtagswahlen im Vergleich zu Bundestagswahlen, wohingegen (vernachlässigt wird wieder die Strauß-Wahl) die absoluten CDU-Stimmergebnisse weniger differieren. Der Beitrag der Grünen zu einer Fortschrittsmehrheit besteht vor allem darin, daß durch Wahlenthaltung demotivierte sozial-liberale Wählerpotential seit 1978 zunehmend wieder mobilisiert zu haben. Wie werden diese Wähler auf das frustrierende Ränkespiel von Wiesbaden zwischen SPD und Grünen reagieren?

Leihstimmenkampagne die FDP allenfalls auf 4,5 % hochmästen.

Wahlenthaltung bei SPD und Grünen

Es gibt somit keinerlei Automatik für eine konservative Mehrheit in Hessen, eher schon für Stimmenverlust der Union. Dennoch könnte sie an die Regierung kommen und damit beitragen zu einer 2/3-Mehrheit im Bundesrat, mit all den Konsequenzen nicht nur für Wiesbaden und Bonn, sondern auch für das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe und für das Amt des Bundespräsidenten. Eine solche Konstellation ist möglich, weil den Grünen und vor allem der SPD die Mobilisierung ihrer Wähler für eine – zu Recht so empfundene – nur rechnerische Mehrheit nicht gelingt. Denn jeweils eine zentrale politische Frage können beide Parteien nicht beantworten:

Was hat die SPD jenen Wählern politisch anzubieten, die ihr im Herbst 1982 zu einem eindrucksvollen Überraschungserfolg und im März 1983 in Hessen zu einem deutlich überdurchschnittlichen Stimmenanteil verholfen haben? Und was haben die Grünen aus dem ungewöhnlichen Vertrauensvorschuß der 8 % Wählerstimmen der letzten Landtagswahl gemacht? Haben ihre Wähler vor der Wiederwahl Anlaß zu hoffen, diese Gruppierung werde politikfähiger? Beide Fragen führen zu kritischen Beurteilungen. Die Grünen haben, bei allem guten Willen und guten Ansätzen in Einzelbereichen die an sie geknüpften Erwartungen nicht einlösen können. Zum Teil haben sie überzo-



Eine Reihe von Flugblättern erleichtert den LD-Wahlkämpfern ihre Arbeit.

gene Erwartungen geweckt, von denen sie nun kritisch eingeholt werden. Zum Teil wurden sie Opfer der eigenen Ungeschicklichkeit, stolperten über das unrealistische Parlamentarismusverständnis als "Fundamentalopposition" mit Rotation um sich selbst und z.T. wurden sie von der SPD politisch ausmanövriert. Zusammen mit der CDU den Landeshaushalt vor seiner Beratung abzulehnen ist jedenfalls politisches Harakiri. Die Wähler motiviert dies sicher nicht.

Die SPD wiederum hat mit den Grü-



Im Wahlkampf Sympathie erfahren

nen eine durch innerparteilichen Zwist erzwungene Doppelstrategie nach dem Motto "heute Zusammenarbeit, morgen in der Luft verhungern lassen" zelebriert. Perspektiven eröffnete das nicht. Und wenn Holger Börner sich auch jüngst zum "Grünen" ernannte, so weiß doch jeder, wann der Lack wieder fallen wird. Also auch hier: Taktik dominiert! Die Wähler bleiben deshalb auf mißtrauischer Distanz und überlegen sich Alternativen.

SPD und Grüne haben ihre rechnerische Mehrheit im Landtag politische nicht umsetzen können. Und keine innerparteiliche Entwicklung in beiden Formationen spricht dafür, daß sich dies nach den Wahlen ändern würde. Dies schafft die klassische Konstellation für Verdrossenheit und Wahlenthaltung. Was sollte denn auch inspirieren an der bloßen Neuauflage einer rechnerischen Fortschrittsmehrheit, die sich dann im gegenseitigen Ränkespiel blockiert? Mangelnde Wählermotivation dürfte demnach der rechnerischen Möglichkeit einer erneuten Mehrheit von SPD und Grünen den Boden entziehen.

Große Koalition

In dieser Lage verkündet die SPD das Wahlziel des Zwei-Parteien-Parlaments und für sich die absolute Parlamentsmehrheit und Alleinregierung. Diese wahlstrategische Proklamation erlaubt es der SPD-Führung, sich vor den eigenen Mitgliedern (einschließlich Jusos) und vor den Wählern um eine Koalitionsaussage herumdrücken zu können. Gleichzeitig weiß die SPD, daß die Grünen, wenn auch deutlich schwächer, wieder dem Landtag angehören dürften. So geht es der SPD in Wahrheit um folgendes: Sie will sich die Position der stärksten Partei vor (!) der CDU sichern, um in einer Großen Koalition mit der Union an der Regierung zu bleiben. Der Aufruf zur Verödung der po-

litischen Kultur in Hessen durch Konzentration auf die beiden traditionellen Großparteien – noch dazu mit Börner und Wallmann an der Spitze – ist zwar legitim, aber es müßte nicht nur jeden liberal denkenden Bürger dieses Landes auf die Barrikaden treiben.

Diese sich abzeichnende Konstellation erlaubt nur eine vorwärtsweisende Schlußfolgerung: Das Ziel der hessischen Landtagswahl muß darin bestehen, eine Mehrheit für konkrete Fortschritte in liberalen, sozialen und ökologischen Fragen zu mobilisieren – eine Mehrheit allerdings, die aktionsfähig ist. Wer einen solchen liberalen Neuanfang in Hessen will, wer WPD und Grüne an einen Tisch zwingen will, der sollte bei dieser Landtagswahl Liberale Demokraten wählen. Das links-liberale Wählerpotential in Hessen liegt zwischen 7 und 12 %. Es um mindestens 5 % auszuschöpfen, müßte dann möglich sein, wenn neben der Qualität des LD-Programms auch die oben angestellten strategischen Überlegungen überzeugen.

Liberalismusvorsorge

Und noch eins: Es muß in den nächsten Jahren gelingen, für die Bundestagswahl 1987 wieder eine bundesweit wählbare liberale Partei aufzubauen. Nur wer schon jetzt in Hessen Liberale Demokraten wählt, kann sicher sein, daß 1987 eine liberale Alternative in den Bundestag gewählt werden kann. Nur mit (!) einer liberalen Kraft kann 1987 die konservative Mehrheit wieder abgelöst werden. Darum ist Hessen der Anfang oder das Ende einer neuen Mehrheit im Jahre 1987. Nicht nur für die liberalen Mitbürger, sondern auch für fortschrittswillige Sozialdemokraten und für reformorientierte Grüne heißt es darum jetzt in Hessen, schon für 1987 Liberalismusvorsorge zu betreiben!

Giovanni Spadolini will in Italien:

Eine Neuordnung des Parteiensystems

Erstmals in ihrer Geschichte wird die italienische Republik von einem sozialistisch geführten Ministerrat regiert. Die Democrazia Cristiana, nur noch mit hauchdünnem Vorsprung vor den Kommunisten stärkste Partei, ist die große Verliererin der Parlamentswahl vom Juni 1983. Liberale und Republikaner überlegen, ob sie sich zu einer neuen bürgerlichen Zentrumspartei zusammenschließen sollen.

Giovanni Spadolini, in den Jahren 1981/82 der erste nicht-christdemokratische Regierungschef Italiens, reagierte verärgert. Der republikanische Parteisekretär, ob seiner Leibesfülle landläufig "der Schinken" genannt, hatte darauf gehofft, daß es dem Sozialisten-Führer Bettino Craxi nicht gelingen würde, eine handlungsfähige Regierung zusammenzubringen. Beste Chancen, dann selbst Ministerpräsident zu werden, hätte in einer solchen Situation Spadolini gehabt. Seine Republikanische Partei, ursprünglich in der antiklerikalen und antimonarchischen Tradition des Freiheitskämpfers Mazzini wurzelnd, ist nicht nur die älteste italienische Partei, sondern war bei den letzten Parlamentswahlen auch am erfolgreichsten. Mit einem Zuwachs von 3 auf 5,1 % der Stimmen konnte sie erstmals in ihrer Nachkriegsgeschichte mehr als fünf Wählerprozent auf sich vereinigen, obwohl es eine Sperrklausel im Wahlrecht, vergleichbar der bundesdeutschen, nicht gibt. Im neuen Kabinett besetzen die Republikaner zwei Schlüsselpositionen: Giovanni Spadolini wurde Verteidigungsminister und damit zuständig für die Vorbereitung der im sizilianischen Comiso vorgesehenen Raketen-Aufstellung, der bisherige Europa-Abgeordnete Bruno Visentini, Chef des Olivetti-Konzerns, übernahm das Finanzministerium und zeichnet verantwortlich für das Sparprogramm, das die neue Regierung verwirklichen will.

Die Republikanische Partei entspricht in ihrer inneren Struktur am ehesten der FDP Ende der 70er Jahre: einerseits aus historischer Tradition für Bildungschancen und Bürgerrechte eintretend, andererseits die politische Heimat eines beachtlichen Teils der norditalienischen Finanzwelt und Großindustrie. So vertritt Suzanna Agnelli, die Schwester des Fiat-Chefs, die Republikaner im Europäischen Parlament.

Nach dem Aufschwung durch die Wahlen hat Spadolini den Liberalen das Angebot unterbreitet, künftig in einer neuen Partei politisch zusammenzugehen. Die Liberale Partei steht in Italien immer noch weit rechts, zwischen Christdemokraten und Neofaschisten. Ihr Liberalismus erschöpft sich im Wirtschaftsliberalismus, doch vertreten die Republikaner diesen zunehmend effektiver. Nach dem

schrittweisen Abstieg zur Splitterpartei (1976 nur noch 1,3 %) haben sie sich jetzt auf 2,9 % Wähleranteile "erholt". Ähnlich wie die Republikaner haben die Liberalen ihre "Hochburgen" im Norden, die süditalienische Landaristokratie hat sich in den letzten Jahren wirkungsvolle Vertretungen gesichert. Im Kabinett Bettino Craxis stellt die Liberale Partei die Minister für Umwelt und für die Regionen. Bereits bei dieser Parlamentswahl gab es in verschiedenen Wahlbezirken gemeinsame liberal-republikanische Listen. Trotz der liberalen Angst, von dem stärker werdenden Partner erdrückt zu werden, spricht manches dafür, daß es zu dem von Spadolini forcierten Parteienzusammenschluß kommt, der für 10 % der Wähler als Alternative zur DC durchaus attraktiv werden könnte.

Der Geschichtswissenschaftler Spadolini arbeitet dabei an einem Projekt, das auch sein ungeliebter Ministerpräsident verfolgt: Neuordnung des italienischen Parteiensystems. Die Christdemokraten sicherten sich ihre Dauerherrschaft bislang durch das Fehlen einer regierungsfähigen Alternative: Den Kommunisten ermangelt es an Partnern zur Mehrheitsbildung und von den anderen Parteien werden sie immer noch als nur "semi-demokratisch" behandelt. Diesen Zustand will Craxi überwinden. Ihm schwebt eine Entwicklung wie in Frankreich vor, wo es den Sozialisten mit Francois Mitterand im Verlauf der 70er Jahre gelang, die zunächst deutlich stärkeren Kommunisten dauerhaft zu überrunden. Unter sozialistischer Führung, so Craxis Konzept der "linken Alternative", könnte dann auch die kommunistische Partei Ministersessel übernehmen, unter Ausschluß der Christdemokraten. Angesichts der vielen Konflikte in Craxis Fünf-Parteien-Koalition wird sich diese Utopie schwer verwirklichen lassen. Eine dauerhafte sozialistische Ministerpräsidentenschaft ist nicht in Sicht, kaum eine Regierung hat mehr als ein Jahr amtiert. Zugleich leiden die Sozialisten darunter, zunehmend in Skandale verwickelt und der Klientelwirtschaft verpflichtet zu sein. Die Republikaner sind – bis jetzt – die einzigen mit "sauberer Weste".

Aufsehen erregte wieder einmal die neben Republikanern und Liberalen dritte Formation, die dem liberal-radikaldemo-



Giovanni Spadolini will eine Neuordnung des italienischen Parteiensystems.

kratischen Spektrum zuzurechnen ist. Auf der Liste der Radikalen Partei wurde Prof. Antonio Negri in die Abgeordnetenkammer gewählt, früher "Chefideologe" der Roten Brigaden, heute Gegner politisch motivierten Terrors. Obwohl noch unter Anklage, dürfte Negri sein Parlamentsmandat weiter behalten, in der Bundesrepublik gewiß undenkbar. Die Radikalen, in den 50er Jahren als Abspaltung von der Liberalen Partei gegründet, befinden sich im Augenblick in einer Existenzkrise. Eine größere Gruppe hat die Partei aus Protest gegen den oft selbstherrlichen Stil des führenden Kopfes Marco Panella verlassen. Bei den Wahlen verloren die Radikalen Stimmen, weil sie einerseits zum Wahlboykott aufgerufen hatten, andererseits trotzdem kandidierten. Ihre ungewöhnlichen und mutigen Aktionen, mit denen sie durch bürgerlichen Ungehorsam verkrustete Verhältnisse anprangern, wird die italienische Politik absehbar nicht entbehren können. Denn es sieht so aus, daß die "linke Alternative" noch längere Zeit auf sich warten lassen wird, mit oder ohne Bettino Craxi.

Wie die liberalen drucksachen bereits in der März-Ausgabe berichteten, haben sich die in die SPD gewechselten Liberalen Günter Verheugen, Ingrid Matthäus-Maier und Andreas von Schoeler von Anfang an bemüht, einen an die SPD angebundenen "Arbeitskreis Sozialliberale" zu initiieren. Ihren Bemühungen ist nun durch einen Beschluß des SPD-Präsidiums ein vorläufiger Erfolg beschieden.

In einem Interview für die liberalen drucksachen erläutert der Bundesgeschäftsführer der SPD, Peter Glotz, Ausgestaltung und Ziele des Arbeitskreises.

liberale drucksachen: Herr Glotz, das Präsidium der SPD, dem sie angehören, hat vor kurzem beschlossen, einen "sozial-liberalen Gesprächskreis" ins Leben zu rufen. Was hat Sie zu dieser Entscheidung bewogen?

Peter Glotz: Dies geht auf eine Anregung zurück, die bereits vor Monaten von Günter Verheugen, Ingrid Matthäus-Maier und Andreas von Schoeler gegenüber Willy Brandt und mir geäußert wurde. Sie enthielt den Vorschlag, daß Sozialdemokraten und Vertreter des sozialen Liberalismus, wo immer auch sie sich zur Zeit orientieren, inhaltliche Gespräche miteinander führen sollen, um, beispielsweise auf dem Gebiet der Sozialpolitik, aber auch auf anderen Feldern, gemeinsam ein Stück weiterzukommen.

Es war also nicht Absicht, einen neuen Kungelclub zu begründen, auch nicht, irgendwelche organisatorischen Strukturen aufzubauen, sondern es war die Absicht, inhaltliche Arbeit zu leisten und dafür einen Kristallisationskern zu schaffen. Diesen Vorschlag hat nun das Präsidium der SPD aufgegriffen.

liberale drucksachen: Ihre Partei hat in den eigenen Reihen schon Integrations- und Einigungsprobleme genug. Schaffen Sie sich nicht mit einem sozial-liberalen Gesprächskreis ein zusätzliches Potential für innerparteiliche Unruhe? Und – vor diesem Hintergrund: Warum hat die SPD es nicht vorgezogen, die Entwicklung der neuen liberalen Partei, der Liberalen Demokraten – z.B. als potentieller Bündnis- und Koalitionspartner – zu fördern?

Peter Glotz: Da wir eben nicht eine organisatorische Struktur schaffen, gibt's auch nicht die Gefahr, daß dies als Fraktionsbildung oder als Arbeitsgemeinschaft und Gruppe in der Partei aufgefaßt wird. Inhaltliche Debatten, inhaltliche Diskussionen werden in der SPD immer begrüßt.

Was die Liberalen Demokraten betrifft, so war bei mir von Anfang an eine andere Bewertung über Parteigründungschancen in der Bundesrepublik da als bei den Liberalen Demokraten selbst. Ich habe immer daran gezweifelt, daß es möglich ist,

in diesem politischen Spektrum eine eigene, 5 % der Wähler in irgendeinem Bundesland oder im Bundesgebiet überspringende politische Gruppe zu schaffen. Im übrigen ist es meine Aufgabe und auch meine Absicht, die SPD stärker zu machen.

Und aus diesen Gründen habe ich nie etwas davon gehalten, eine eigene Gruppierung zu schaffen, sondern habe den Versuch gemacht, mit dazu beizutragen,

Welches soll die andere Qualität dieses neuen Gesprächskreises sein?

Peter Glotz: Ich will dazu noch einmal auf das Thema "Sozialpolitik" zurückkommen, das ich für eine verpaßte Chance der sozialliberalen Koalition halte.

Ich glaube, daß es eine Art unreflektiertem Selbstbestellungs-Ökonomismus auf seiten der FDP und eine Vollversorgungsphilosophie auf seiten der SPD gegeben hat. Und wenn von diesen beiden Posi-

Interview mit Peter Glotz:

„Die SPD sollte organisierendes Zentrum der Linken sein.“

daß die konzeptionellen Überlegungen, die aus dem sozialen Liberalismus der letzten Jahre seit Flach und seit Freiburg in der Bundesrepublik entwickelt worden sind, von der SPD aufgenommen werden können.

liberale drucksachen: Wie Sie wissen, gibt es seit November letzten Jahres den Bun-

tionen aus konzeptionell Sozialdemokraten und Liberale aufeinanderzu gegangen wären, wäre manches Haushaltsproblem, die zum Schluß ja vor allem die sozialliberale Koalition gesprengt haben, leichter lösbar gewesen. Die sozialliberale Koalition ist doch unter anderem daran gescheitert, daß eben nicht konzeptionell die Frage, etwa Sozialstaat in einer nicht mehr wachsenden oder nur noch gering wachsenden Wirtschaft, diskutiert worden ist, sondern daß man dann versucht hat, in schnellen Reaktionen, d.h. in Haushaltsrunden der Spitzenpolitiker, die Probleme zu lösen.

Und wenn man diese Probleme neu angehen will, was ich nach wie vor für dringend halte, ein Problem, das ich aus vielen Vier-Augen-Gesprächen mit Günter Verheugen, als er noch Generalsekretär der FDP war, kenne, dann ist es notwendig, daß die gestandenen Sozialpolitiker der Gewerkschaften und der SPD auf der einen Seite und Sozialliberale auf der anderen Seite konzeptionell und inhaltlich miteinander reden.

Nun ist aber meine Meinung, daß dies nicht in Liberalen Vereinigungen und überhaupt nicht in eigenen kleinen Parteien, die Liberale bilden, möglich ist, sondern daß dies eben nur möglich ist in einem direkten Kontakt mit Sozialdemokraten. Und das kann beispielsweise der sozial-liberale Gesprächskreis schaffen, der ja, wie gesagt, nicht ein neuer Verein werden soll mit Vorsitzendem und Kasse, sondern der einfach die Basis schaffen soll für inhaltliche, in die Zukunft weisende Gespräche.

liberale drucksachen: Also kein neuer Debattierclub, sondern Sie stellen sich



Peter Glotz: "Meine Aufgabe und Absicht ist, die SPD stärker zu machen"

desverband der Liberalen Vereinigungen; damit besteht bereits eine gemeinsame Organisationsform der fortschrittlichen Liberalen über alle Parteigrenzen hinweg. Sie wollen nun mit dem Sozial-Liberalen Gesprächskreis, der ebenfalls, wie Sie sagen, fortschrittliche Liberale innerhalb und außerhalb der SPD zusammenführen. Was wollen Sie denn nun anders machen?

diskutieren. Das heißt also, daß man in den Mittelpunkt der zukünftigen Arbeit konkrete einzelne Themen stellt und dann über diese Themen inhaltlich miteinander redet. Und wenn es dann Ergebnisse gibt, dann sollen diese Ergebnisse auch veröffentlicht und in der SPD zur Debatte gestellt werden.



Günter Verheugen ist einer der vier Moderatoren der Initiative

liberale drucksachen: Wohin sollen sich Interessenten an diesem sozial-liberalen Gesprächskreis wenden?

Peter Glotz: Sie sollen sich zunächst einmal an den Vorstand der SPD wenden, das können sie über mich hier in Bonn tun. Sie können sich aber genauso gut auch an Günter Verheugen, an Helga Schuchardt oder an Ulrich Lang wenden.

Das Präsidium der SPD hat den Vorsitzenden der baden-württembergischen SPD, Ulrich Lang, Günter Verheugen, Helga Schuchardt und mich gebeten, diese Initiative zu moderieren. Somit sind wir vorläufig alle vier als Ansprechpartner für Interessenten da.

liberale drucksachen: Gibt es schon eine Vorstellung darüber, wann diese erste Veranstaltung zur Klärung der grundsätzlichen Fragen von Form und Inhalt des sozial-liberalen Gesprächskreises stattfinden soll?

Peter Glotz: Sie wird noch im Jahr 1983 stattfinden, ich denke also im November.

liberale drucksachen: Herr Glotz, ich danke Ihnen für dieses Gespräch.

Das Interview führte Marianne Hochgeschurz.

Anmerkungen zum SPD-Gesprächskreis

Die Verirrung scheint ernster

“Der soziale Liberalismus hat Zukunft“, diese These, die ihr Autor für “überraschend“ hält, stammt nicht etwa von einem Funktionär der Liberalen Demokraten, sondern von Ulrich Lang, dem Landesvorsitzenden der Süd-West-SPD, vorgebracht im Vorwärts (1) zur Rechtfertigung der gemeinsamen Überraschung alter und neuer SPD-Funktionäre für die Öffentlichkeit zu Beginn des Sommerlochs: der Gründung des “Sozial Liberalen Gesprächskreises“, einer Runde, deren Zukunft vor allem mit der gegenwärtigen Vergangenheit einiger prominenter Gründer begründet wird, und deren Zielrichtung dem voreingenommenen Beobachter noch unklar bleibt.

Der Sozial-Liberale Gesprächskreis soll, so heißt es etwa, “denjenigen Sozialliberalen eine Heimat oder auch nur ein Forum ... bieten, die nun ziellos in der politischen Landschaft treiben“ (2). Da gleichzeitig beschlossen wurde, den Gesprächskreis nur als Bundesrunde zu etablieren, nicht also etwa in jedem Landesverband oder gar Unterbezirk, muß es sich um eine ausgesucht kleine Menge liberalen Treibguts handeln, dessen Heimat der Gesprächskreis wird. Aber wir wollen einfach nicht glauben, daß es nur darum gehen soll, ein Forum für diejenigen zu bieten, die im Bundestag auf der SPD-Hinterbank Platz genommen haben. Die Verirrung scheint ernster.

Ulrich Lang, dessen gründliche Vorbereitung seines Artikels auch an der Stelle deutlich wird, wo er die FDP-Klamotte übernimmt, die besagt, Friedrich Naumann, der Autor von “Mitteleuropa“ und vom “Blauen Buch von Vaterland und Freiheit“ sei ein Sozialliberaler gewesen, ordnet die Orientierung auf liberale Image ein in eine Gesellschaftsanalyse, die tatsächlich auch den Kieler Thesen, weniger dem Godesberger Programm entstammen könnte: “Für die politische Bewußtseinsbildung bleibt festzuhalten, daß die Menschen heute pluralen Bezügen und also einer Mehrfachbindung unterliegen. Auf dem Hintergrund dieser Veränderung im Bewußtsein der Bevölkerung müssen die achtziger Jahre, auch die gesellschaftspolitischen Bedingungen zur Mehrheitsbildung gesehen werden“ (3), oder einfacher: Wo die Menschen von ihren Bezügen abhängig sind, bedingen diese das gesellschaftliche Bewußtsein.

Um im Interesse der alten Bindungen diese Bewußtseinsstrukturen auch in den



Friedrich Naumann: unkritisch übernommener Ahnherr der Sozialliberalen?

achtziger Jahren aufrechtzuerhalten, selbst wenn die Bezüge nicht mehr stimmen, nennt man die Gesellschaft pluralistisch und auch wir Sozialdemokraten glauben daran. Und wenn die Arbeiterpartei schon versagt hat bei der Schaffung eines Massenbewußtseins, das ihr eine stabile Mehrheit sichern helfe, dann wollen wir unser Bewußtsein doch auch lieber gleich dem herrschenden anpassen. Das könnte uns dann mal wieder zur Mehrheit helfen und niemand muß Angst um seine Bezüge haben.

Es ist nicht neu, daß das, was Volksparteientwicklung der SPD heißt, eine Rechtsentwicklung der Partei in Hinblick auf möglicherweise anteilig zu gewinnende Wählergruppen bedeutet. Daß die SPD ihr Interesse auf die von beiden Volksparteien und der FDP als wahlentscheidend angesehenen lohnabhängigen Mittelschichten verlagerte, machte sie gerade für deren bewußtesten Teil, das fortschrittliche Kleinbürgertum, in der jüngsten Geschichte häufig unwählbar. Denn nicht das Bündnis von fortschrittlichem Bürgertum und Arbeiterschaft schien mehr sozialdemokratisches Interesse zu sein, sondern die Übernahme möglichst vieler kleinbürgerlichen Programmenteile, die, weit entfernt davon, alle fortschrittlich zu sein, scheinbar widerspruchlos auf ein Mehr an Gleich-

Anmerkungen:

(1) U. Lang, *Die anderen haben jetzt die Freiheit, unter den Brücken zu schlafen*, Vorwärts Nr. 32, 4.8.83, S. 21

(2) K. Vogelsang, *Eine Chance für die SPD*, Vorwärts Nr. 31, 28.7.83, S. 4

(3) Lang, a.a.O.

heit und Solidarität gestellt wurden.

Die jüngsten Versuche, mit dem Absterben der FDP deren Reste für sich selbst zu gewinnen, scheinen in die gleiche Richtung zu deuten und machen dabei die Gewinnchancen nicht einmal sicherer. Wenn etwa Johannes Rau auf dem Landesparteitag der Nordrhein-Westfalen-SPD erklärt, "... kämpfen wir um die Mitte. ... um den Aufsteigern und Aufgestiegenen zu sagen, es ist diese ... von Sozialdemokraten bestimmte Gesellschaft, die solche Strukturen geschaffen haben, die Euch das gebracht haben, was Ihr habt. Niemand will Euch das wegnehmen. ... Darum müssen wir über Mittelstand reden. Wir müssen eine Offensive der neuen Bündnisse machen ..., nicht der Koalitionen", dann ist das noch für niemanden aus der alten FDP-Klientel ein Grund, SPD zu wählen oder sich ihr gar anzuschließen. Der Mittelstand wird nun einmal keinem Sozi glauben, daß er ihm nichts wegnehmen wolle, jedenfalls nicht, bevor der Rest der Bevölkerung nicht mehr glaubt, daß der Sozi Sozialdemokrat ist. Und die Linksliberalen, denen die SPD mitteilt, sie seien zwar kein Bündnispartner, es gebe für sie aber einen Gesprächskreis mit Naumann'schen Themen, dürften so kaum gewonnen werden.

Dabei ist es gerade für Linksliberale nicht unwichtig, wie die Sozialdemokratie sich, und welche Attraktivität für Unterstützung unterschiedlichen Ausmaßes sie entwickelt, insbesondere angesichts des Fehlens einer fortschrittlich-liberalen parlamentarischen Kraft, sei dies nun abschließendes Ergebnis einer historischen Entwicklung oder vorübergehende Zeiterscheinung. Denn die SPD muß sich dann um die Themen kümmern, die die wo auch immer organisierten Linksliberalen, die sich einen Diskussionskreis schon selber schaffen werden, parlamentarisch nicht ausfechten können

Wenn Innenminister wie Herbert Schnoor eine sozialdemokratische Selbstverständlichkeit wären und nicht der Heroldsche Sonnenstaat eine sozialdemokratische Erfindung, wenn SPD-Regierungen immer dann, wenn Kirche und CDU ihre Bildungs- und Kulturpolitik für Teufelswerk erklären, standhaft blieben, und nicht, wie etwa in Nordrhein-Westfalen und Bremen gleich selbst pro-familia-Beratungsstellen den Garaus machten, wenn es für die Sozialdemokraten nicht selbstverständlich wäre, als Regierungspartei Notstands- und Anti-Terror-Gesetzen zuzustimmen und als Oppositionspartei so zu tun, als hätten sie damit nichts zu schaffen, dann wäre ihre Attraktivität für uns keine Frage. Es wird die Aufgabe fortschrittlicher Liberaler innerhalb wie außerhalb der SPD sein, solche Entwicklungen zu fördern und langfristigen Bündnisorientierungen kurzschlüssigen Gesprächskreisen vorzuziehen. V. Perthes

Die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung soll aufgelöst werden

Ein Entpolitisierungsversuch

"Und ist erst mal die Klappe zu, dann hat die liebe Seele Ruh." Nach diesem Motto scheint der Wissenschaftsrat bei seiner Empfehlung vorgegangen zu sein, die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung (DGFK) aufzulösen. Die DGFK war 1970 auf Anregung und unter Beteiligung des damaligen Bundespräsidenten Gustav Heinemann gegründet worden. Sie hatte erheblichen Anteil daran, daß sich in den vergangenen 13 Jahren aus dem zarten Pflänzchen der Friedens- und Konfliktforschung ein junger, erste Früchte tragender Baum entwickeln konnte. Ein Baumsterben nun auch hier — oder soll sogar die Axt angelegt werden?



Gustav Heinemann: Auf seine Anregung wurde die DGFK 1970 gegründet.

Um es vorweg zu sagen: Die Empfehlung bedeutet nicht das Ende der Friedensforschung in der Bundesrepublik. Sie ist jedoch als ein Versuch anzusehen, diese notwendigerweise politische Wissenschaft unter dem Vorwand, ihre "gedeihliche Entwicklung" zu fördern, von politischen Auseinandersetzungen fernzuhalten, sie also in einen Elfenbeinturm einzusperren. Ob dieser Versuch allerdings gelingt, hängt nicht so sehr davon ab, ob die DGFK ihr Türschild am Theaterplatz in Bad Godesberg abschrauben muß oder nicht, als vielmehr von der Bereitschaft der Wissenschaftler und der in zwischen ja stärker an Fragen des Friedens und der Sicherheit interessierten Öffentlichkeit, sich auf dieses Abschottungsansinnen einzulassen.

Man kann die Empfehlung des Wissenschaftsrates nur mit Blick auf die kurze Geschichte der DGFK verstehen. Gegründet wurde die Gesellschaft in der Anfangsphase der sozialliberalen Koalition 1970 im Morgenlicht jener Aufbruchstimmung, mit der auch die Entspannungspolitik damals betrieben wurde. Wer an diese positive Erwartungen richtete, empfand meist auch die staatliche Förderung

der Friedensforschung als eine sinnvolle Maßnahme. Und umgekehrt war es nicht überraschend, daß die Gegner dieser Politik ebenfalls die öffentliche Förderung der Friedens- und Konfliktforschung für falsch oder sogar für gefährlich hielten. Dennoch gelang mit der Gründung der DGFK eine Art "historischer Kompromiß" oder ein Wunder an Ausgewogenheit, das nur noch von den Rundfunkräten übertroffen wird. Gründungsmitglieder waren die Bundesrepublik Deutschland, alle Bundesländer, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft, der Bundesverband der Deutschen Industrie, die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Deutsche Bischofskonferenz und der Zentralrat der Juden in Deutschland. Weitere Mitglieder waren nicht vorgesehen. Entsprechend ausgewogen, nur noch um fünf von den Bundestagsparteien vorgeschlagene Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und um 16 Wissenschaftler bereichert, die allesamt vom Bundespräsidenten berufen werden müssen, ist auch das Kuratorium der Gesellschaft zusammengesetzt. Seine Haupt-

aufgabe ist es, die Schwerpunkte für die Forschungsförderung sowie der Verbreitung des Friedensgedankens für die Gesellschaft festzulegen.

1976 genügte der Ministerpräsidentenkonferenz der Anteil der Länder an der Mitwirkung in der DGFK nicht mehr. Sie beauftragte Hamburg und Bayern, Vorschläge zu ihrer Verbesserung zu erarbeiten. Es kam zu einer Änderung der Bestimmungen über die Förderungskommission. Doch noch ehe diese Gültigkeit erlangen konnte, trat im März 1979 der Freistaat Bayern aus der DGFK aus. Ohne abzuwarten, wie sich die bevorstehenden Änderungen in der Praxis auswirken würden, begründete Franz-Josef Strauß seinen Schritt damit, daß die Ministerpräsidenten betont hätten, in der Förderungspolitik der DGFK sei der politische Pluralismus zu gewährleisten. "Aufgrund der jüngsten Entwicklungen in der Gesellschaft zeichnet sich deutlich ab, daß die DGFK den Forderungen der Ministerpräsidenten nicht nachkommen wird." Erst zwei Jahre später versuchte die bayerische Staatsregierung mit einem mehr als fadenscheinigen Gutachten, das sie bei dem Heidelberger Politologen Arndt in Auftrag gegeben hatte, ihre Auffassung von der Einseitigkeit der Forschungsförderung zu rechtfertigen.

Doch schon kurz nach Bayern trat auch Niedersachsen aus, und zum Zeitpunkt des Arndt-Gutachtens folgten dann kurz hintereinander die Länder Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Rheinland-Pfalz. Das Saarland hatte die DGFK schon zum Beginn des Jahres 1976 aus finanziellen Erwägungen verlassen. So kam es, daß als einziges von der Union regiertes Land Berlin nicht dem bayerischen Vorbild folgte. Ob für sein Verbleiben in der DGFK das Bestreben, keine Bindung zwischen Berlin und dem Bund mutwillig zu zerstören, maßgeblich war oder die Tatsache, daß ein Bruder des Regierenden Bürgermeisters immerhin ein weithin angesehener Friedensforscher ist, oder der Umstand, daß der Wissenschaftssenator Kewenig selbst einige Jahre dem Kuratorium der DGFK angehört hatte und nur wider besseres Wissen auf die bayerische Linie hätte einschwenken können, sei dahingestellt. Doch ob mit oder ohne Berlin, der Auszug der Unionsländer veranlaßte BDA und BDI, mit der Begründung, der Gründungskonsens der Gesellschaft sei als ausgehöhlt zu betrachten, nun ebenfalls zum Ende 1982 auszutreten.

Zu dieser Zeit machte sich das damals noch von der SPD geführte Ministerium für Forschung und Technologie Gedanken darüber, wie die DGFK durch die Gründung eines zentralen Forschungsinstitutes gerettet werden könnte. Es bat am 3. Mai 1982 den Wissenschaftsrat um eine Empfehlung "zu den Vorstellungen der Bun-

desregierung zur weiteren Förderung der Friedens- und Konfliktforschung". Diese Bitte sei – so heißt es in der Vorbemerkung zu der Stellungnahme, die der Wissenschaftsrat dann am 6. Mai 1983 verabschiedet hat – "im Grundsatz" nach dem Regierungswechsel am 1. Oktober 1982 "aufrechterhalten worden". Allerdings nicht in der Tendenz, denn der Vorschlag zur Errichtung dieses Institutes wurde von der neuen Regierung nicht übernommen. Vielmehr kann davon ausgegangen werden, daß sich die Unionsparteien – im Gegensatz zur FDP, die der Friedensforschung stets sehr positiv gegenüberstand, nun aber als Gefangene ihres Wendemanövers sehr hilflos war – eine Bestätigung der Arndt-Kritik durch den Wissenschaftsrat erhofften.

Diesen Gefallen konnte der Wissenschaftsrat den Unionsparteien jedoch nicht tun. Im Gegenteil. Die bisherige



Franz-Josef Strauß betrieb als erster die Zerschlagung der Gesellschaft

Arbeit der DGFK wird ausdrücklich gutgeheißen, aber der Vorschlag des zentralen Instituts gleichzeitig verworfen. Die Begründung hierfür leuchtet allerdings nur teilweise ein. Angesichts der Haushaltslage und der Neigung, nicht nur bei den Sozialausgaben, sondern auch bei den Sozialwissenschaften zuerst zu streichen, trifft sicher zu: "Würden diese Mittel für ein solches Forschungsinstitut aufgewandt, so hätte dies mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit zur Folge, daß die Mittel für Forschungsvorhaben der übrigen auf dem Gebiet der Friedens- und

Konfliktforschung tätigen Wissenschaftler gekürzt würden." Es ist auch der Auffassung des Wissenschaftsrates zuzustimmen, daß "gerade dies ... unter allen Umständen verhindert werden (soll). In der heutigen Lage muß es vielmehr in erster Linie darum gehen, die in der Bundesrepublik Deutschland an vielen Stellen vorhandenen Forschungsinitiativen nach Kräften zu fördern." Dies sei auch notwendig, um die Vielfalt der Ansätze und Methoden zu erhalten.

Aber steht es nicht in einem gewissen Widerspruch zur Anerkennung dieser Vielfalt, wenn gleich im nächsten Satz Zweifel angemeldet werden, ob es hierzulande überhaupt "eine genügend große Zahl erfahrener und qualifizierter Friedensforscher gibt, die sich für eine auf Dauer angelegte Tätigkeit als Mitarbeiter eines solchen Forschungsinstitutes gewinnen ließen"? Als Mitarbeiter wohlge-merkt, nicht als Direktoren! Es ehrt alle diejenigen, die als von Projektbewilligungen Abhängige alle zwei Jahre oder öfter um ihre Existenz kämpfen müssen, wenn von ihnen vermutet wird, sie würden in Zukunft lieber regelmäßig Anträge an die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) richten, als auf Dauer bei einem DGFK-Institut beschäftigt zu sein.

Dies nämlich ist der eine Teil der Empfehlungen des Wissenschaftsrates: Die angeschlagene DFGK soll aufgelöst und ihre Aufgabe der Forschungsförderung auf die DFG übertragen werden. Die bisherige institutionelle Selbständigkeit habe sowohl Vor- wie Nachteile, heißt es. Vorteil sei gewesen, daß sich die DGFK in hohem Maße auf die besondere Lage und die spezifischen Bedürfnisse der Friedens- und Konfliktforschung einzustellen vermochte. Aber, "wo ein verhältnismäßig kleiner und fester Kreis von Wissenschaftlern durch besondere Gremien nach eigenen Regeln mit zweckgebundenen Mitteln der Forschungsförderung ausgestattet wird, gerät ein Forschungsfeld leicht zu einer Art 'wissenschaftlicher Insel' ". Das klingt plausibel, wenn es so wäre. Doch hat die DGFK mehr als 60 % ihrer Fördermittel an Hochschulen vergeben, wo es in der Regel Nachwuchswissenschaftler waren, die ein Forschungsprojekt gefördert bekamen und nur in Glücksfällen danach noch ein zweites. Darüberhinaus ist die Friedensforschung wie kaum eine andere interdisziplinär angelegt und schließlich auch durch ihren Bezug zur aktuellen Politik (wobei die DGFK als eine wichtige Drehscheibe fungiert) keineswegs in einer isolierten Lage.

Das Bemühen des Wissenschaftsrates, die Friedensforschung "aus der Isolierung der Gründungsphase" hinauszuführen, schlägt allerdings in sein Gegenteil um, wenn es weiter heißt: "Dieser Schritt brächte einen zweiten wichtigen Vorteil

mit sich. Solange die Friedens- und Konfliktforschung institutionell selbständig gefördert wird, wird diese Förderung besonders leicht in die politischen Auseinandersetzungen hineingezogen, die um bestimmte Fragestellungen und Thesen der Friedens- und Konfliktforschung immer wieder ausbrechen." Oh wie schrecklich! Würde ihre Förderung jedoch "in stärkerem Maße in die Hand der allgemein für die Forschungsförderung zuständigen Organisation gegeben, so käme ihr der Schutz zugute, der aus der anerkannten Autonomie dieser Organisation resultiert." Was ist anderes damit gemeint, als daß diese Wissenschaft in den Elfenbeinturm einer esoterischen Folgenlosigkeit eingeschlossen werden soll?

Konsequent heißt es weiter: "Eine Neuordnung würde auch die Möglichkeit eröffnen, die Verknüpfung von Forschungsförderung und Verbreitung des Friedensgedankens aufzulösen, wie sie seit 1970 bei der DGFK gegeben ist." Dabei war es gerade diese Verknüpfung, die als ein wissenschaftspolitischer Fortschritt bei der Konstituierung der DGFK angesehen, und die auch von kaum einem der Friedensforscher als Fessel empfunden wurde. Der Wissenschaftsrat meint, beide Aufgaben müßten in ganz unterschiedlicher Weise wahrgenommen werden. Die Forschungsförderung sollte primär eine Sache der Selbstverwaltung der Wissenschaft sein und bleiben. "Geht es hingegen um die Verbreitung des Friedensgedankens" – und hier kommen die Autoren auf den Kern der Sache – "die mit öffentlichen Mitteln betrieben wird, so haben politische Instanzen das Recht und die Pflicht, an den Entscheidungen über die dann zu verfolgenden Wege und Ziele mitzuwirken. Für diese Entscheidung kann die Autonomie nicht in Anspruch genommen werden, die den Wissenschaftsorganisationen für die ihnen übertragene Aufgabe der Forschungsförderung zuerkannt worden ist."

Aus dieser Sichtweise kommt der Wissenschaftsrat zu der Empfehlung, vom Baum der Förderungsgesellschaft den grünen Ast der Verbreitung des Friedensgedankens abzuhacken, und "diese Aufgaben, deren Bedeutung künftig eher noch zunehmen wird, den dafür ausgewiesenen Einrichtungen für die allgemeine und die politische Bildung auf Bundes- und Länderebene" zu übertragen. Dies bedeutet aber nicht mehr nur eine "Mitsprache" der politischen Instanzen, sondern ein Verbreitungsmonopol der Bundes- und Landeszentralen für Politische Bildung. Welche Konsequenzen dies hat, zeigen die jahrelangen Auseinandersetzungen zwischen den A- und den B-Ländern um die Friedenserziehung im Schulunterricht, und nicht zuletzt das Vorpreschen des ba-

den-württembergischen Oberschulmeisters Mayer-Vorfelder, der den Schülern die Gewissensentscheidung dadurch erleichtern möchte, daß er den Vertretern der Bundeswehr alle Schultore öffnet, den Kriegsdienstverweigerern jedoch landesweit Hausverbot erteilt.

Der Wissenschaftsrat vertritt die Auffassung, es komme für die gedeihliche Entwicklung der Friedens- und Konfliktforschung wesentlich darauf an, "ihre Förderung aus öffentlichen Mitteln auf dem Fundament eines Konsenses der politisch verantwortlichen Instanzen zu organisieren". Er hat wohl recht, wenn er vermutet, "die Aussichten dafür, daß dies im Rahmen der DGFK gelingen könne,

(sein) .. wenn man die Schärfe der darüber in der Vergangenheit geführten Auseinandersetzungen bedenkt, als gering anzusehen." Doch so wenig sich der Streit um den richtigen Weg zum Frieden in den Gremien der DGFK endgültig entscheiden läßt, ist er durch ihre Liquidierung zu lösen. Und die Wissenschaftler können sich dabei nicht hinter ihre Schreibtische verkriechen. Vielmehr hat die Öffentlichkeit, wenn sie schon die Wissenschaft mit Steuergeldern alimentiert, auch einen Anspruch darauf, ihre Forschungsergebnisse zur Kenntnis zu nehmen. Auch wenn es ihr danach eiskalt den Rücken hinunterläuft.

Berthold Meyer



Polizeieinsatz mit Tränengasgranaten: Welche Waffen braucht die Polizei?

Gummiwuchtgeschosse: Distanzwaffe für den Bürgerkrieg

von
Volker Perthes

Brian Stewart starb mit dreizehn Jahren, Dominic Maron, 14, erlitt Gehirnschäden, Patrick Callaghan, 21, verlor ein Auge, Sean Tumelly, 26, erlitt Gehirnschäden und ist seitdem linksseitig gelähmt. Vier wahllos herausgegriffene Opfer des nordirischen Bürgerkriegs, die ihren Tod oder ihre bleibenden Verletzungen jedoch alle den gleichen Waffen verdanken: Gummi- und Plastikgeschossen der britischen Armee und der nordirischen Polizei.

Es vergeht keine Woche, ohne daß die "Distanzwaffen" der Ordnungskräfte nicht schwerwiegende Verletzungen verursachen würden, kaum ein Monat, in dem nicht ein Kind durch den Einsatz von "rubber-" und ihre Nachfolger "pla-

stic-bullets" in der irischen Nordprovinz stirbt.

Die Alltäglichkeit ihres Einsatzes, vor allem gegen Kinder und Jugendliche, ist den bundesdeutschen Medien keinen Platz wert, würde doch die Erwähnung regelmäßig verstümmelter und mit Schädelbrüchen zu Tode kommender Kinder allzu viele Fragen aufwerfen. Etwa die nach dem Sinn und Zweck des Erwerbs von Gummiwuchtgeschossen für die deutsche Polizei.

Was der Bundes- und einige Länderinnenminister der Polizei verordnen wollen, wegen des Drucks der Öffentlichkeit jedoch noch nicht anzuordnen wagen, unterscheidet sich, das sei zugegeben, von den Waffen der britischen Kolonialtruppe

äußerlich durchaus. Im Gegensatz zu den etwa 17 cm hohen, phallusähnlichen rubberbulletts macht das deutsche Gummiwuchtgeschöß, vierstrahlig, mit dem Durchmesser und der Höhe eines Fünfmärkstücks sich beinahe schwächling. Doch nicht die Länge ist entscheidend, sondern Wirkung und Anwendung.

Daß die deutschen Gummiwuchtgeschosse ehr harmlos seien, wird von deutschen Innenministern aus Bonn, Bayern oder Baden-Württemberg genauso behauptet, wie die britische Nordirland-Administration die Wirkung eines rubberbulletts mit einem kräftigen Faustschlag vergleicht. Zum Beweis der guten Verträglichkeit ließ sich ein baden-württembergischer Polizist sich schon fernsehwirksam den Oberschenkel beschießen, an den sachgemäß verursachten blauen Flecken hatte er keinen bleibenden Schaden.

Nur hat auch kein Kritiker behauptet, daß die Gefährlichkeit der Geschosse eine besondere in Bezug auf Oberschenkel sei; Kinderköpfe und Augäpfel von Erwachsenen haben nun einmal eine andere Konstitution als Polizistenschenkel. Niemand behauptet die Unmöglichkeit verletzungslosen Umganges mit Gummigeschossen, bei Einhaltung eines bestimmten Mindestabstandes, der bei Gummiwuchtgeschossen bei etwa 20 Metern liegen dürfte, und beim Beschuß besonders widerstandsfähiger Körperteile. Aber unredlich ist es zu behaupten, die Situationen, in denen Gummigeschosse gefahrlos sich anwenden lassen, fände man dort, wo sie angeblich benötigt werden, in der Hektik und im Durcheinander von gewalttätig eskalierenden Demonstrationen oder bei Straßenschlachten randalierender Fußballfans.

Denn nicht für den Schießplatz, sondern für die Straße sind die neuen Polizeiwaffen geplant. Die "Lücke zwischen Schlagstock und Schußwaffe" sei zu schließen, meint das Innenministerium — flexible response als Polizeistrategie, Gummiwuchtgeschosse als taktische Gefechtsfeldwaffe? Die Idee der Waffenlücke erinnert nicht nur beängstigend an (Bürger-)Kriegsstrategien, sie ist auch falsch. Die Erfahrung beweist, daß die "Distanzwaffe" Gummigeschöß vom Soldaten oder Polizisten nicht als Ersatz für die Pistole oder das Gewehr verstanden und benutzt wird, sondern als Ersatz des Schlagstocks. Das Gummiwuchtgeschöß ist, und nur das ist richtig am verharmlosenden Begriff der "Distanzwaffe", der Schlagstock für größere Distanzen, ungehemmter und unkontrollierter einzusetzen und dafür härter im Schlag. Es ist die Eskalation des Schlagstockes, die es nicht mehr notwendig macht, dem Gewalttäter höchstens auf Armeslänge entfernt zu sein, es erspart das Anfassen und Angesprochenwerden.



Vorwärts

Zimmermanns Kulturpolitik:

„Zensur mit dem Geldhahn“ von Helga Schuchardt

Im Artikel 5 des Grundgesetzes ist das Recht der freien Meinungsäußerung verbrieft. Da heißt es u.a. schlicht: "Eine Zensur findet nicht statt" und "Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei". Besser kann der freiheitssichernde Charakter des Grundgesetzes wohl kaum beschrieben werden.

Gerne wird heute behauptet, die Liberalen hätten sich selbst überflüssig gemacht. Schließlich hätten wir ja heute die liberale Staatsform, für die Liberale so lange gekämpft hätten. Also sei doch ihr Ziel erreicht.

Aber nun ist die Schere zwischen dem Anspruch unseres Grundgesetzes an uns und der Wirklichkeit ja offenkundig, jedenfalls für Liberale.

Ich gewinne zunehmend den Eindruck, daß sich am Staatsverständnis zwischen Konservativen und Liberalen ausmacht. Für den Konservativen beschreibt das Grundgesetz die Grenzen der Freiheit seiner Bürger und räumt den staatlichen Organen das Recht ein, seine Bürger auf diese Grenze hinzuweisen. Für den Liberalen ist das Grundgesetz der Auftrag, die Freiräume seiner Bürger zu sichern und auszubauen.

Aber sind wir Liberale diesem Auftrag schon hinreichend gerecht geworden? Ich meine, nein. Bedenken wir, daß die Demokratie in Deutschland nie aus uns selbst heraus entstanden ist. Zweimal mußten wir Kriege verlieren, um durch die Siegermächte (jedenfalls den westli-

chen) Demokratie verordnete zu bekommen.

Das erstmal ist es den Deutschen ja auch gründlich gelungen, sie wieder zu verspielen. Meine Befürchtung gilt nach wie vor, daß unsere Demokratie auch heute nicht so gefestigt ist, daß sie wirklich fähig wäre, Krisen demokratisch zu bewältigen.

Ich erinnere mich sehr wohl noch daran, wie sehr wir auf dem Wege waren, unsere Demokratie während der schlimmsten Phase des Terrorismus zu Tode zu schützen. Wäre nach dem Schleyer-Attentat der Terrorismus nicht besiegt gewesen, hätte ich für unsere Demokratie keinen Pfifferling mehr gegeben.

Und ein gewisser Abbau ist ja dann auch durch eine Reihe von Gesetzesverschärfungen erfolgt. Und wenn ich mir überlege, daß auch ich so manchem zugestimmt habe, nach dem Motto, noch Schlimmeres zu verhüten, kann ich keine Zufriedenheit empfinden.

Ich glaube, daß danach die parlamentarisch organisierten Liberalen ihre Aufgabe nicht erfüllt haben. Vielleicht hat sich da wieder einmal die geschichtliche Erfahrung bestätigt, daß Liberale ihre Fähigkeit zum Kompromiß manchmal so weit treiben, daß sie selbst ihre Ziele gefährden. Aber wer kennt da genau die Grenze. Jedenfalls müssen wir an solchen Erfahrungen lernen.

Ich will ein Thema kritisch beleuch-

Tele-Vision 1993 von Gert Börnmann

Die Bestrebungen von jetzt gegründeten Bürger-Bewegungen, den Rundfunk wieder zu dem zu machen, was er einmal in den achtziger Jahren und davor war, sind ebenso ehrenwert wie hilflos. Zwar ist niemand so recht zufrieden mit den ewigen HUKA-Einerlei aus Quiz, Show und Werbung – aber woher sollte das Geld kommen, das erforderlich wäre, um die alten Qualitätsstandards wieder zu erreichen?

Anzeichen für einen Verfall des unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks gab es schon sehr früh und in großer Zahl: Man denke an die Allmacht der Politiker, die ganz allein über die Gebühren entschieden und dabei skrupellos ihre Macht ausspielten, Man denke an die Unverfrorenheit, mit der Partei-Gänger in Spitzenpositionen der Rundfunkanstalten gebracht wurden, wodurch die Ordnung auf den Kopf gestellt wurde: Jetzt kontrollierten nicht mehr Journalisten die Politiker, sondern die Redakteure wurden von den Parteifunktionären überwacht und gerüffelt. Auch der letzte Vorsitzende der LD-Vorgängerpartei, Genscher, konnte sich nicht zuletzt deshalb so lange noch über Wasser halten, weil er im ZDF-Verwaltungsrat saß.

Eine jetzt erschienene Dokumentation des nicht-staatlichen "Hessischen Instituts für Konfliktforschung" zeichnet exemplarisch den Niedergang des Hessischen Rundfunks nach, der früher ein sogenanntes "Vollprogramm" ausstrahlte und jetzt bekanntermaßen nur noch Nachrichten sowie Schul- und Bildungsprogramme sendet. Kaum zu glauben, daß der hr einmal so populäre Sendungen wie "Einer wird gewinnen" oder den "Blauen Bock" im Programm hatte, ganz zu schweigen von den täglichen kritischen Magazinsendungen in Radio und Fernsehen.

Als Wendepunkt wird der Wahlsieg der CDU im Herbst 1983 festgehalten. Männer wie der Kabel-Goldgräber Schwarz-Schilling und der damalige Fraktionsvorsitzende Gottfried Milde hatten die "Machtergreifung" perspektivisch vorbereitet, wobei es in bezug auf Milde pervers genannt werden muß, daß er die meisten Informationen, die er gegen den hr propagandistisch verwendete, nur dadurch bekommen konnte, daß er im Rundfunkrat des Senders saß.

Nach dem Wahlsieg ging es Schlag auf Schlag: Änderung des Gesetzes über den Hessischen Rundfunk (1984 wurde

erstmalig ein Intendant direkt vom Landtag gewählt), Entlassung bzw. Versetzung der letzten linken und liberalen Programm-Mitarbeiter ... Parallel dazu wurde der hr finanziell ausgehungert. Fortan wurden alle populären Sendungen nur noch von der 1985 gegründeten HUKA (Hessische Unions-Kabelanstalt) ausgestrahlt. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang war die Entscheidung des DFB, Bundesliga-Spiele nur noch von der HUKA direkt übertragen zu lassen. Erwähnenswert sind schließlich die regelmäßigen Treffen des CDU-Freundeskreises (dem sich bald kein leitender Redakteur mehr entziehen konnte) mit Ministerpräsident Wallmann im Gästehaus der Staatskanzlei, bei denen unter anderem regelmäßig die Kommentatorenliste ausgehandelt wurde.

Die weitere Entwicklung ist bekannt. Auf den parteilosen Intendanten Wolfgang Lehr folgte Wolf Feller, der spätere ARD-Vorsitzende, danach der CDU-Politiker Dieter Weirich, der ja gleichzeitig auch HUKA-Chef ist. Mit dieser personellen Verquickung war der früher einmal auch politisch bedeutsame Hessische Rundfunk so gut wie tot, der 1983 begonnene Prozeß des Niedergangs beendet.



Achternbusch-Film "Das Gespenst": letzte Förderrate gestrichen

ten, daß wohl heute deutlicher zutage tritt als zuvor: die Zensur.

Wie gesagt Zensur findet nicht statt, behauptet schlichtweg unser Grundgesetz. Aber dies ist leichter geschrieben als befolgt. Oder man könnte auch sagen, da wurde zunächst mal die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Es gibt vielfache Formen von Zensur,

direkte oder indirekte, bewußte oder unbewußte.

Ich will einige eklatante Beispiele nennen, die uns alle bedrücken müssen. Das wohl augenscheinlichste ist die erste kulturelle Aktivität des Bundesinnenministers. In sein Ressort fällt die Filmförderung und da muß es nun mit der liberalen Förderpraxis zu Ende sein. Er strich kur-

zerhand die letzte Förderrate des Films "Das Gespenst" von Achternbusch und desavouierte damit die Entscheidung einer unabhängigen Jury, weil das religiöse Empfinden damit gestört würde. Und überhaupt müsse man nun die Richtlinien ganz neu formulieren und auf das Geschmacksempfinden der Mehrheit Rücksicht nehmen.

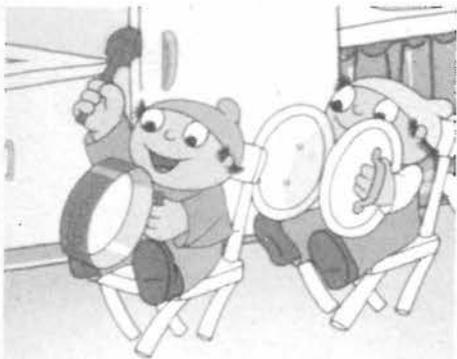
Kurzum, hier findet Zensur mit dem Geldhahn statt und als Vehikel dient das religiöse oder sittliche Empfinden.

Man kann also sagen, daß der Umfang, den Zensur annehmen darf, allein vom Grad der Toleranz abhängt. Die engen Toleranzgrenzen, die dieser neue illiberale Innenminister setzt, sind so eng, daß Kunst und Kultur daran erstickt können. Das Problem liegt aber darin, daß das Grundgesetz nicht definiert, welches Ausmaß an Toleranz eine freie Gesellschaft haben muß.

Was da auf uns loskam mit der Wende, war schon daran abzusehen, daß der Vorsitzende der zweitgrößten der Koalitionsparteien, Franz-Josef Strauß, in Reden deutlich machte, daß er die Freiheit der Kunst anerkenne, aber was Kunst sei und was nicht, das bitteschön müsse natürlich die Politik entscheiden.

Ein anderer Bereich, der in seiner

Zensurwirkung nicht unterschätzt werden darf, ist der Hinweis auf die Treue zur Verfassung. Ich erinnere mich noch sehr genau an die Debatten in der Hamburger Bürgerschaft oder auch im Bundestag, wo die Unionspolitiker Äußerungen von Lehrern oder Jungdemokraten zum Anlaß



Mainzelmännchen: "Format vorgegeben" nahmen, diesen verfassungsfeindliche Tendenzen zu unterstellen.

Das Ausmaß auch gerade der Selbstzensur also der Schere im eigenen Kopf, ist größer, als wir alle uns vorstellen können. Vieles geschieht dabei ganz unbewußt. Ich kann mich an Situationen erinnern, in denen ich meine eigene Sprache daraufhin überprüft habe, ob sie angreifbar sein könnte oder nicht.

Unterschätzen wir auch nicht, wie erfolgreich bis heute das Bündnisgerede mit Kommunisten ist. Oder denken wir an die Zeit des Terrorismus, wo gerade im Bereich der Kunst das Gerede über das Sympathisantentum zu Zensurauswirkungen geführt hat.

Oder wie sieht es denn mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aus. Mit dem Begriff der Ausgewogenheit (was immer das ist) wird massiv in die Bericht erstattung eingegriffen, und nennen wir das Kind beim Namen, Zensur geübt. Mißliebige Minderheitenmeinungen kommen seltener zu Wort. Was nützt uns die Meinungsfreiheit, wenn die Möglichkeit ihrer Verbreitung auf harte Grenzen stößt.

Schließlich darf man wohl auch nicht den Hinweis auf die vielfältigen Abhängigkeiten in unserer Gesellschaft vergessen. Wes Brot ich eß, des Lied ich sing. Dies wirft zwar ein schlechtes Licht auf die Zivilcourage in unserer Gesellschaft, aber in einer liberalen Gesellschaft ist es eben die Aufgabe, Abhängigkeiten zu bekämpfen und jedermann unabhängig zu machen.

Lassen Sie mich noch einen Bereich ansprechen, nämlich den der neuen Medien. Massenmedien können in verheerender Weise unsere Sehweisen beeinflussen und bestimmen. Ich will anknüpfen an die täglich fernsehenden Kinder. Zusätzlich zu dem Realitätsverlust erleiden sie nämlich außerdem – und das macht die Angelegenheit so schwerwiegend – eine Verarmung in den Sehgewohnheiten, die sich

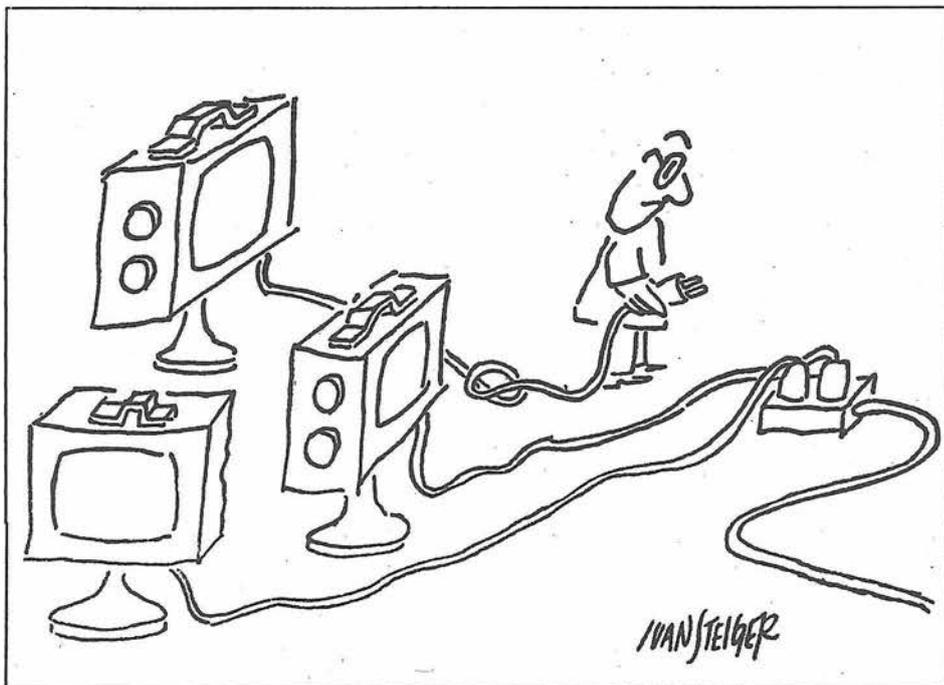
natürlich im Alter fortsetzen. Fast ist man geneigt zu behaupten, jeder Film, der nicht den Geschmacksvorgaben von Hollywood folgt, hätte es schwer, weil seine Sehweise dem Zuschauer fremd ist. Im Kern ist diese Behauptung aber wahr und bestätigt sich von Tag zu Tag, wenn man sich Erfolge und Nichterfolge von Filmen ansieht.

Es gibt noch eine zweite, stark unsere Sehweise normende Kraft. Sie geht vom Fernsehen selber aus. Zum einen sind es die technischen Bedingungen, die

Medienwerkzeuge so beherrschen, daß wir es gar nicht merken, wie sehr wir beeinflußt werden? Ich will mich nicht an Spekulationen über dunkle Machenschaften beteiligen. Für mich genügt allein die Möglichkeit, daß es sie geben könnte und wir alle unbemerkt ihr Opfer sein könnten.

Andere Sehweisen tun also schon um unserer Demokratie, um unserer geistigen Atmosphäre willen not.

Die Fernsehsendungen aller Stationen sind in den USA z.B. weitgehend uniform



Frankfurter Allgemeine Zeitung

eine eigene Fernsehästhetik haben entwickeln lassen. Das Format ist vorgegeben. Wer will oben und unten dauernd schwarze Balken – oder umgekehrt: abgeschnittene Körper – sehen? Aus dem Format ergeben sich ungewollt in unserem Kopf Raster des Sehens und der Aufnahme des Gesehenen. Zum anderen sind es die Licht- und Farbkontraste. Lebt insbesondere der Schwarzweiß-Kinofilm meist von seinen starken Kontrasten zwischen Licht und Schatten, muß das Fernsehen diese Kontraste meiden, weil die elektronische Kamera sie nicht verkräftet.

Weshalb sind andere Sehweisen so wichtig? In einer bestimmten Sehweise kann auch so etwas wie Zensur liegen. Die Filmemacher sprechen von der "Schere im Kopf". Es ist eine Art Selbstzensur.

Wir können allerdings nicht ausschließen, daß diese – für die meisten völlig unbewußte – Selbstzensur das Ergebnis einer Art "Gehirnwäsche" ist, die die audiovisuellen Medien – und meist von den Menschen auch dort ungewollt – mit uns veranstalten.

Wenn wir nun aber doch von einigen gewollt beeinflußt werden. Wenn sie diese

– auch in ihren Unterbrechungen durch Werbeansagen. Man nimmt einen Gedankengang, eine Handlung, ein Bild immer nur für sechs Minuten auf, dann kommt die nächste Werbeunterbrechung. Kontrollieren Sie einmal eine "Dallas"-Sendung mit der Stoppuhr. Nach immer sechs Minuten kommt ein Höhepunkt, damit die Zuschauer ja nicht während einer Unterbrechung abschalten. Selbst wir scheinen den Rhythmus solcher Sendungen inzwischen für unabänderlich zu halten, obwohl bei uns auf diese Weise keine Werbung eingeblendet wird.

Natürlich konnte das Thema Zensur nur beispielhaft angesprochen werden. Liberale waren es, die für die geistigen Grundlagen unseres Grundgesetzes kämpften. Die heutige Generation von Liberalen hat Sorge zu tragen, daß zwischen Anspruch und Wirklichkeit der Graben flacher wird.

Werfen wir ein waches Auge auf direkte oder indirekte, bewußte oder unbewußte Zensur und lassen wir sie nicht zu. Kämpfen wir gegen die Schere im eigenen Kopf. Nur so kann geistige Freiheit aus dem einzelnen Menschen heraus Wirklichkeit werden.

Für Standhaftigkeit im Konflikt

Der 10. Todestag von Karl-Hermann Flach brachte Streit um sein politisches Erbe. Die Freien und die Liberalen Demokraten würdigten Flach als Persönlichkeit, die ihnen heute nahestände. Die liberalen drucksachen überreichten der Stern-Redaktion die Karl-Hermann-Flach-Medaille für ihre Verdienste um die innere Pressefreiheit, die sie sich nach der Peinlichkeit der "Hitler-Tagebücher" im Chefredakteurskonflikt erworben hatten.

Für einige politische Beobachter war die Szene zu verworren: Die Frankfurter Rundschau berichtete, daß die Liberalen Demokraten die Medaille an die Stern-Redaktion verliehen hätten. dpa meldete, daß die liberalen drucksachen eine Zeitschrift seien, die von Linksliberalen herausgegeben würde, die größtenteils "aus der SPD ausgetreten" seien. Am 25. August, dem zehnten Todestag Karl-Hermann Flachs wurde, nachdem die FDP ihren Karl-Hermann-Flach-Preis an Franz Alt überreicht hatte, die Situation offensichtlich so unübersichtlich, daß nachmittags die Medien die Berichterstattung weitgehend einstellten.

Am Vorabend hatte Helga Schuchardt für Redaktion und Herausgeberbeirat der liberalen drucksachen die Karl-Hermann-Flach-Medaille an Winfried Maaß von der Stern-Redaktion überreicht. Die Hamburger Kultursenatorin verdeutlichte die Aktualität der Ideen Karl-Hermann Flachs und zitierte aus dessen Streitschrift "Noch eine Chance für die Liberalen":

"Die mangelnde soziale Komponente des Liberalismus hat Friedrich Naumann

bereits vor dem 1. Weltkrieg treffend geißelt. Merkwürdigerweise blieben auch die, die Naumann später verehrten, und sich auf ihn beriefen, ziemlich unfähig, den Liberalismus aus seiner besitzbürgerlichen Erstarrung zu befreien und ihm so seine Zukunft zu sichern. Der ständige Schwund der organisierten liberalen Kräfte, der latente Stimmenrückgang der liberalen Parteien, hat seine tiefere Ursache in dieser besitzbürgerlichen Erstarrung des Liberalismus. Der Umschlag in den Konservatismus wurde solange geduldet, bis der Versuch der Befreiung des Liberalismus und seiner Neuorientierung auf die gesellschaftlichen Notwendigkeiten des 20. und 21. Jahrhunderts durch jüngere Kräfte nur noch unter lebensgefährlichen Umständen für die liberalen Parteien möglich erscheint."

In seiner Laudatio ging Professor Theo Schiller zunächst noch einmal auf das Debakel mit den gefälschten Hitler-Tagebüchern ein: "... das frivole Spiel mit angeblichem Hitler-Originalton hatte für das historisch-politische Bewußtsein in der Bundesrepublik (und darüberhinaus) sehr ernste Dimensionen. Denn die Ankündigung des Herrn Koch, der Inhalt der "Tagebücher" würde zu einer Revision des Geschichtsbildes über das Dritte Reich führen, hatte ja eine dramatische Implikation: sie förderte in gravierender Weise die Wiederbefestigung der psychologischen Autoritätsstellung der Person Adolf Hitlers. Sie leistete damit einem Rückfall in die Personalisierung der nationalsozialistischen Diktatur Vorschub, die so nachhaltig sei es in der Heroisierung, sei es der Dämonisierung der Person Hitlers gewirkt hatte und nur mühsam durch die Erschließung struktureller Faktoren für die Entstehung und die Herrschaftsmechanismen des Nationalsozialismus relativiert und zurechtgerückt werden konnte. Nicht nur der leichtfertige Umgang mit der Frage von Echtheit oder Fälschung von Texten war daher kritikwürdig, sondern vor allem die Spekulation auf die Ausbeutbarkeit eines mindestens latent weithin vorhandenen Personalisierungsmotivs, das als solches eine systematische Verharmlosung faschistischer Diktaturen impliziert. Die-



Karl-Hermann Flachs Ideen sind unverändert aktuell

ses Problem ist mit der Aufdeckung der Fälschung nicht erledigt. Es verdient unsere wache und wachsende Aufmerksamkeit weit über die Stern-Vorgänge hinaus, nicht zuletzt angesichts aktueller Tendenzen in der rechtsradikalen Gewaltszene."

Theo Schiller erinnerte dann am "Fall der inneren Pressefreiheit" an das Verzagene der sozial-liberalen Koalition. "In den 60er Jahren machten einige liberale Reformer wie Flach und auf anderem Gebiet die liberalen Alternativprofessoren zur Strafrechtsreform wohlüberlegte Vorschläge mit geringer Breitenwirkung. Erst die studentische Protestbewegung machte die Streitgegenstände praktisch und löste den politischen Regelungsbedarf endgültig aus. So war ja auch neben den Themen Notstandsverfassung, Vietnam-Krieg und Hochschulreform das Problem der Pressestrukturen, in einem umfassenderen Sinne als nur innere Pressefreiheit diskutiert, eines der Konfliktfelder zum Teil heftiger Demonstrationen. Die Parteien der späteren sozial-liberalen Koalition versprachen gegenüber dem außerparlamentarischen Protest eine praktikabel-evolutionäre, rational-umsichtige Lösung der Probleme, sozusagen einen "befriedeten Fortschritt". Als sie ihre Chance bekommen hatten, lösten sie dieses Versprechen da und dort auch ein, aber in vielen Bereichen begann bald ein von allerlei taktischem Grinsen begleitetes Verschieben, Finassieren und Vergessen. Ein Beispiel



Johannes Gross: von der Stern-Redaktion als Chefredakteur verhindert

für den wachsenden Akündigungszyklus war das Presserecht, als nach ersten Referentenentwürfen bereits um 1974/75 dem Druck der Verleger vielleicht sogar nicht ungern nachgegeben wurde. Das Thema war tot, eine liberale Reform hatte ihre kurze Scheinblüte hinter sich. Nur dort, wo die Impulse von den Betroffenen selbst aktiv aufgenommen worden waren, kam es zu Vorstößen und zum Teil (wie beim Stern) sogar zu Erfolgen in puncto Redaktionsstatute."

"Innere Pressefreiheit erschien uns ein Gewohnheitsrecht"

Sternredakteur Winfried Maaß erwiderte in einer sehr selbstkritischen Rede: "Und wir wissen sehr wohl, daß diese Freiheit nicht nur von Mächten außerhalb der Redaktionen bedroht ist, sondern auch durch uns selbst – wenn wir es den Gegnern zu leicht machen."

"Innere Pressefreiheit erschien uns im Stern der sechziger Jahre ein Gewohnheitsrecht, über das nicht lange geredet zu werden brauchte, das sich weiterentwickelte ..."

Er erinnerte an den erfolgreichen Kampf der Redakteure gegen den 1969 geplanten Verkauf der dem "Drucker Richard Gruner" gehörenden Anteile an den Bauer-Verlag. "Ebenfalls noch 1969 wurde zwischen der Stern-Redaktion und ihren Verlegern ein Vertrag über ein erstes Sternstatut zur Sicherung der redaktionellen Unabhängigkeit des Stern abgeschlossen. Dieses Statut machte Pressegeschichte. Es war das fortschrittlichste Redak-

tionsstatut, das es bis dahin in Deutschland gegeben hatte."

"Ende der siebziger Jahre kam es dann auch zu einer ersten großen Krise um die redaktionelle Unabhängigkeit des Stern. Ein Artikel über westdeutsche Großverdiener, die ihre Gewinne statt für neue Arbeitsplätze im Lande lieber profitträchtiger im Ausland investieren, erregte den Unwillen der Konzernspitze. Manfred Bisinger, als stellvertretender Chefredakteur für diesen Artikel verantwortlich und ihn verteidigend, wurde von Nannen gefeuert. Die Redaktion sah ihr Statut verletzt. Am Ende wurde das Statut von Nannen (in seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied) gekündigt. Die Redaktion resignierte. Statt für ein neues Statut zu kämpfen, arbeitete sie ungeschützt weiter."

Auf die Hitler-Tagebücher eingehend, kritisierte Maaß: "Es gab keine Diskussionen, keinen Versuch, den politischen Wert des "großen Fundes", wenn er denn echt gewesen wäre, zu werten. Prüfungen fanden nicht statt. Schlampereien nahmen ihren Lauf. Eine Chefredaktion waltete nicht ihres Amtes."

Eine Konsequenz dieses Vorgangs sind die nun anlaufenden Verhandlungen über ein neues Statut für alle Redaktionen des Verlages Gruner + Jahr. Winfried Maaß gab sich optimistisch: "So gesehen, endet die schwerste Krise in der 35-jährigen Stern-Geschichte nicht ohne Hoffnung: Ein neues Statut – und auch eine neue Sensibilität – tragen vielleicht dazu bei, die innere Pressefreiheit zu stärken – im Stern und auch anderswo."

Flach-Worte

Karl-Hermann Flach schrieb 1958 in einem Beitrag für die Zeitschrift "liberal" über die "Liberale Alternative zum Adenauer Staat" u.a.:

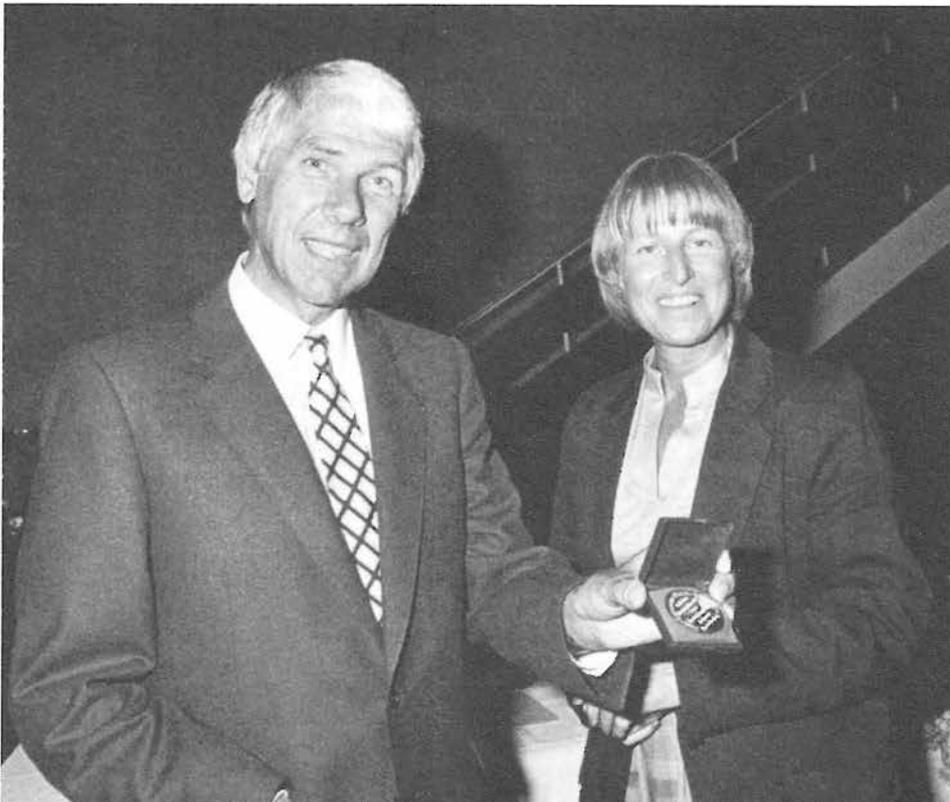
"Zwei Dinge sind eines liberalen Politikers *unwürdig* und daher auf lange Sicht auch *erfolglos*:

- die primäre Orientierung seiner politischen Entscheidung an einer öffentlichen Meinung, die von denen manipuliert wird, die die Machtmittel dazu in der Hand haben und die Gegner des politischen Liberalismus sind;
- die primäre Orientierung seiner politischen Entscheidung an der Frage, ob er sich mit ihr auch genügend von der einen oder anderen politischen Kraft absetzt."

"So gibt es das *Märchen von der freien Wirtschaft*. Es glauben wirklich viele Leute daran. Sie sind ernsthaft davon überzeugt, wir hätten eine freie Wirtschaft, genauso ernsthaft, wie viele ordentliche und rechtschaffende Menschen sich eine *Ideologie* zurechtlegen, wenn sie ein *Interesse* vertreten. Wurde unsere Wirtschaft wirklich *allein* aufgebaut, indem wir den freien Leistungswettbewerb des Unternehmertums in Gang gesetzt haben? Wo es zunächst mal um die Initiazündung ging, nämlich um die Aufbringung des notwendigen Startkapitals für die Investitionen der Grundstoffindustrien, da hatten wir das ERP-Vermögen, das von staatlichen Bürokratien nach den Grundsätzen einer staatlichen *Investitionslenkung* verwaltet wurde und auch heute noch verwaltet wird. Wo diese Mittel nicht ausreichten, da wurde ein Investitionshilfegesetz geschaffen. Der *Staat* nahm einigen Wirtschaftszweigen Geld weg, um den anderen, die er für wichtiger hielt, dafür Kredite geben zu können."

"Auf lange Sicht gibt es nur die Alternative *Atomwelterkrieg* oder *Disengagement*, wie dieses auch immer aussehen mag. Wer den Atomkrieg nicht will und die Spaltung unseres Volkes überwinden möchte, der kann nur geduldig den *entspannenden Ausgleich in Mitteleuropa* anstreben."

"Auf allen Ebenen unserer Partei vollzieht sich die politische Arbeit so, daß man mal zusammenkommt, dann tatsächlich auch einen Beschluß faßt, daß man dann wieder auseinandergeht. Der Beschluß bleibt. Er wird nur selten ausgeführt."



Winfried Maaß und Helga Schuchardt nach der Verleihung der Flach-Medaille

Konsequenz des Umweltatlases:

Global denken vor Ort handeln!

An Reportagen über einzelne Umweltprobleme in der Bundesrepublik besteht kein Mangel: Saurer Regen und Waldsterben, Dünnsäureverklappung in der Nordsee, Ausrottung von Tier- und Pflanzenarten usw.

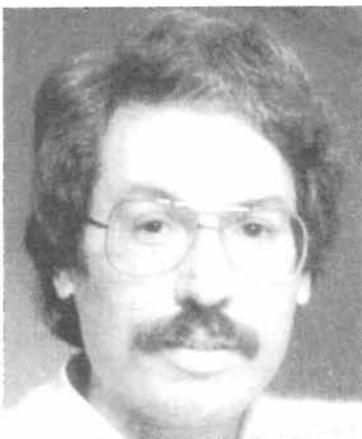
Eine vorläufige Bilanz aller dieser einzelnen Gefährdungen und Schädigungen der natürlichen Umwelt wurde nun vorgelegt von

Egmont R. Koch/Fritz Vahrenholt
Die Lage der Nation
Umwelt-Atlas der Bundesrepublik
Hamburg 1983

Um es vorweg zu sagen: Hier wurde eine Umwelt-Bilanz erstellt, die auch der sozialliberalen Bundesregierung zur Zierde gereicht hätte.

Bilder, Grafiken und Übersichtskarten dieses Geo-Buches sind von bestechender Qualität; ein Glossarium (Öko-Alphabet) rundet die gelungene Konzeption ab. Insofern ist es nicht erstaunlich, daß sich dieses Werk seit Wochen auf Platz 4 der Spiegel-Bestsellerliste hält.

Erstmals werden hier die verfügbaren Daten (soweit sie von Politikern und Verwaltungen nicht – wie im Falle der Lebensmittel-Untersuchungen – zurückgehalten wurden) auf Bundes-, Lan-



Fritz Vahrenholt

des- und Kreisebene zusammengestellt und zwar für die Umweltbereiche Luft, Lärm, Wasser, Boden, Abfall, Naturschutz, Nahrung und mit einer Bewertung versehen. Der umweltbewußte Bürger hat somit die Möglichkeit, den Zustand "seines" Landkreises oder "seiner" Stadt mit anderen zu vergleichen und auf

Anhieb Schwachstellen zu erkennen. Selbstverständlich darf nicht übersehen werden, daß auch trotz eines relativ guten Ergebnisses auf Landkreisebene immer noch gravierende örtliche Umweltprobleme bestehen können, die aber statistisch untergehen.

Mit diesem Umwelt-Atlas für die Bundesrepublik wird eine wichtige Verbindung hergestellt zwischen umfassenden, allgemeinen Untersuchungen (Global 2000, The World Environment 1972 - 1982 der Vereinten Nationen) und der



praktischen Lösung einzelner Probleme, denn heute müssen wir beides leisten: global denken und vor Ort handeln.

Im Rahmen dieser kurzen Rezension ist es unmöglich, die Vielfalt der Informationen auch nur ansatzweise angemessen darzustellen, ohne hoffnungslos hinter das Niveau dieser Untersuchung zurückzufallen. Ich beschränke mich auf einige Anmerkungen, was mir im Anschluß an dieses sehr empfehlenswerte Buch dringlich erscheint:

1) Wir müssen stärker von der Betrachtung einzelner natürlicher Bereiche (Luft,



Egmont R. Koch

Wasser, etc.) und einzelner schädlicher Quellen zur möglichst präzisen Analyse der Wechselwirkungen kommen, wie am Beispiel des sauren Regens leicht einsichtig wird. Das heißt aber auch, vom engen Umweltschutz zur umfassenden Ökologie-Politik überzugehen.

2) Umwelt des Menschen, das ist auch sein Arbeitsplatz, an dem er einen großen Teil seines Lebens verbringt. Gesundheitsgefährdungen am Arbeitsplatz z.B. durch chemische Stoffe, sind stärker zu beachten. Die scheinbar objektiven Schadstoffgrenzwerte (sog. MAK-Werte = Maximale Arbeitsplatzkonzentration) ignorieren mit ihrer Betrachtung nur der Einzelstoffe die vielfältigen chemischen Kombinationswirkungen (siehe 1)); kurzfristige, gesundheitsschädliche Spitzenbelastungen gehen bei den Durchschnittswerten ohnehin unter.

3) Der deutlich gestärkte Einfluß ökologischer Argumente bereits im Planungsstadium wirtschaftlicher Maßnahmen ist ebenso erforderlich wie eine entschiedener Überwachung des Vollzugs bestehender Gesetze. Es dürfte nur wenige rechtliche Bereiche geben, bei denen der Vollzug derart katastrophal ist, wie gerade beim Umweltschutz.

Vor allem: Außer bei der Friedenspolitik ist gerade in der Ökologie-Politik die Zeit eine besonders knappe Ressource. Wir müssen handeln und zwar jetzt. Egmont Koch, der sich am Kölner Kongreß der Liberalen aktiv beteiligte und heute an führender Stelle der Wählerinitiative für die Liberalen Demokraten politisch tätig ist, hat hier mit Fritz Vahrenholt Grundlagen geschaffen zur Erarbeitung einer umfassenden ökologischen Politik, die die Verzögerungs- und Verdrängungspolitik der industriehörigen Bundesregierung, wie auch den punktuellen Aktionismus der Grünen weit hinter sich läßt.

Werner Lutz

Spektrum der Wissenschaft, die deutsche Ausgabe des monatlich erscheinenden Wissenschaftsmagazins Scientific American, hat mit dem hier vorgestellten Band

**Rüstung und Abrüstung:
die Argumente der Wissenschaft,
Heidelberg 1983,**

eine verlegerische Glanzleistung erbracht – klänge die Formulierung nicht so abgegriffen, man müßte sagen: ein Muß für jeden, der in der aktuellen Friedensdiskussion mithalten will!

14 in den letzten Jahren veröffentlichte Artikel aus der Feder kritischer Wissenschaftler und Politiker sind in diesem Band zusammengestellt, 5 davon erscheinen zum ersten Mal in deutscher Sprache.

In seiner Einführung begründet Prof. Ulrich Albert anschaulich, warum es so wichtig ist, sich über die gegenwärtig zur

Naturwissenschaftler führen die Rüstung ad absurdum

präzisionsgesteuerter, konventioneller Munition Rüstungsaufwendungen und atomares Potential verringert werden könnten und zugleich der Charakter der Bewaffnung defensiver, die tatsächliche militärische Sicherheit erhöhen würde. Auch das von General Rogers am 12. Juli des Jahres wieder vorgetragene Argument, die "Nachrüstung" sei als Abschreckung der – so Rogers – im konventionellen Bereich überlegenen Sowjetunion vor einem Einmarsch in Westeuropa notwendig, wird hinfällig, wenn man die Anschaffung der leichten Defensivwaffen anstelle teurer und zudem noch verwundbarer Angriffswaffen (Panzer, Bomber etc.) in Betracht zieht.

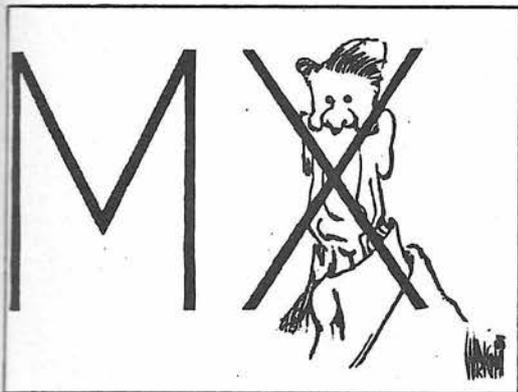
Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Vorteile einer solchen neuen Strategie der jetzigen US-Administration überhaupt erstrebenswert erscheinen. Zweifel tauchen auf, liest man, wie unhaltbar die

Entstehen der amerikanischen Freeze-Bewegung. Randall Forsberg, die den Aufruf dieser Bewegung entwarf, ist Autorin des Artikels "Stopp der Atomrüstung – das Für und Wider".

Die Thematik des Bandes wird abgerundet durch Artikel über Laserwaffen und die bedauerlicherweise wieder aktuell gewordenen chemischen Waffen und die Neutronenbombe.

Die Qualität der Ausführungen ergibt sich in erster Linie aus der Sachkenntnis der Autoren, namhafter Wissenschaftler und zahlreicher ehemaliger Mitarbeiter des Pentagon. Zahlreiche Abbildungen und Graphiken erleichtern den Zugang zu der auf den ersten Blick so komplizierten Materie. Der Text zeichnet sich durch gute Verständlichkeit aus, wozu auch die tadellose Übersetzung beiträgt.

Der Preis von 32,- DM ist zwar durchaus gerechtfertigt, doch fördert er nicht

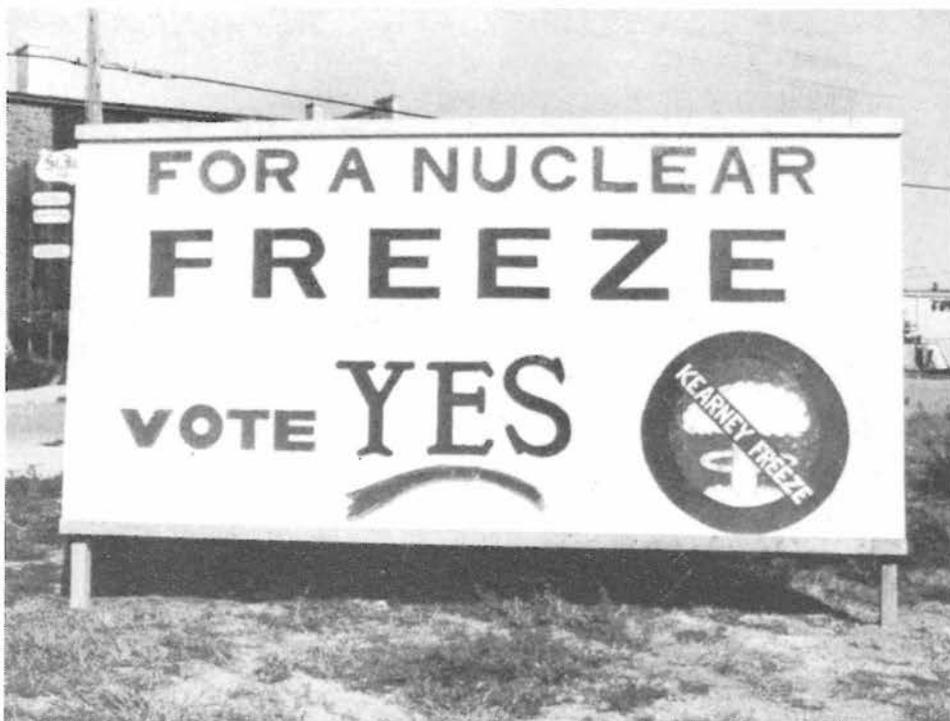


Miami News

Debatte stehenden Waffensysteme eingehend zu informieren. Ganz nebenbei führt er die wirtschaftlichen Argumente für die Rüstung ad absurdum.

Jeweils ein Artikel ist der Pershing II und den Cruise Missiles gewidmet. Der erst kürzlich veröffentlichte Artikel "Kollektiver Selbstmord? Atomkrieg in Deutschland" hat trotz des politischen Sprengstoffs, den er birgt, in der bundesdeutschen Friedensbewegung noch nicht die Aufmerksamkeit erlangt, die ihm zustünde. Hier wird den Apologeten des "begrenzten" Atomkrieges, "chirurgischer Schläge" und einer "kontrollierten Eskalation" eine deutliche Abfuhr erteilt. Das beschriebene Szenario ist ein "War Game"-Drehbuch, Ort der Handlung sind die beiden deutschen Staaten. Da ist es nur folgerichtig, wenn der nächste Artikel in Anlehnung an den Plan der Palme-Kommission für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa plädiert.

Ein bereits 1978 veröffentlichter Artikel zeigt Möglichkeiten auf, wie mittels



Die Freeze-Bewegung entstand als Antwort auf das Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen

Gründe waren, die Präsident Reagan daran hinderten, SALT II und ein Abkommen über das Verbot von unterirdischen Atomtests zu ratifizieren.

Das Scheitern der Rüstungskontrollverhandlungen war auch ein Anlaß für das

gerade eine weite Verbreitung. Wer es sich leisten kann – und das sei mein Vorschlag zum Schluß – kaufe ein Exemplar zusätzlich und stifte dieses der örtlichen Stadtbücherei!

Detlev Hartmeyer

Filmkritik

„Das Leben des Brian“

Das falsche Kindlein gepriesen



Jeder Filmkritiker, der etwas auf sich hält, hat im Verlauf seiner Karriere mindestens einen hochintellektuellen Aufsatz über die Frage verfaßt, was eigentlich einen Kultfilm ausmacht. Die Ergebnisse sind meist mehr oder weniger dürftig, in einem Punkt aber besteht Übereinstimmung: Ein Kultfilm hat eine verschworene Fangemeinde, die weder Kosten noch Mühen scheut, diesen Film bei jeder Gelegenheit zu sehen.

Wenn dies das Kriterium ist, so handelt es sich bei dem Streifen „Das Leben des Brian“ zweifellos um einen Kultfilm. Bei seinem Start 1979/80 nur von mäßigem Erfolg begleitet, hat sich dieser Film mittlerweile zum Renner in den Spätvorstellungen der diversen Programmkinos gemausert.

Aber das „Leben des Brian“ hat nicht nur Freunde. In verschiedenen Ländern sollte seine Aufführung gerichtlich unterbunden werden, in den USA blockierten aufgebrachte Menschenmengen mehrfach die Kinos, die „Brian“ zeigen wollten, und auch mir ist es schon passiert, daß ich nach der Vorstellung ein Flugblatt in die Hand gedrückt bekam, in dem mir erklärt wurde, daß das, was ich gerade gesehen hatte, eine Gotteslästerung war.

Aber was hatte ich denn gesehen? Beispielsweise die Anfangssequenz: Am tiefblauen Sternenhimmeln leuchtet ein Stern, der alle anderen überstrahlt und dem drei orientalisch gewandete Kamelreiter folgen. Majestätische Musik begleitet die drei bis zu ihrem Halt vor dem Stall, aus dem warmes Licht dringt. Allerdings befindet sich in dem Stall kein trautes hochheiliges Paar, an der Krippe mit dem Kindlein schläft nur eine ältere Frau in Lumpen, der einfach nicht einleuchtet, was daran weise sei, aus dem Morgenland einem Stern zu folgen, um dann nächstens in einem Kuhstall herumzuschleichen.

Die Auflösung dieser Szene ist verblüffend einfach: Die drei hatten das falsche Kindlein (Brian) gepriesen, der richtige Stall ist nebenan, und dort sieht es dann wieder so aus, wie man sich das seit seiner Schulzeit vorzustellen hat, Maria und Josef, die Krippe, der Esel, kurz: stille Nacht, heilige Nacht.

Diejenigen, die hier mit dem Kinderglauben der Weihnacht aufräumen, kommen aus England. Es ist das Team von Monty Python. Vielleicht erinnert sich der ein oder andere noch an die Zeit Anfang der siebziger Jahre, als die britische Fernsehserie „Monty Python's Flying Cir-

cus“ auch über bundesdeutsche Mattscheiben flimmerte. Dieses Sammelsurium von Szenen, Sketchen und Trickfilmen stellte damals den deutschen Humor vor eine schwere Belastungsprobe, schließlich war zu dieser Zeit „Dinner for One“ (auch ein Kultfilm) das Äußerste, was unsere Fernsehgewaltigen an englischem Humor zu bringen wagten. Monty Python hatten kurz zuvor die Goldene Rose von Montreux für diese Serie gewonnen und leiteten eine Blütezeit des skurrilen, exzentrischen Humors in Europa ein.

Die Fernsehserie lief nach einiger Zeit aus, das Team blieb zusammen und machte sich daran, abendfüllende Filme zu drehen. Resultat dieser Bemühungen waren Streifen wie „Jabberwocky“, „Die Ritter der Kokosnuß“, „Time Bandits“ und eben auch „Das Leben des Brian“.

Konsequent nahmen Monty Python in ihren Filmen historische Epochen und alles, was ihnen gerade unterkam, auf den Arm. Und so kam denn auch der Vorwurf der Gotteslästerung zustande. „Brian“ spielt nämlich bis auf die Anfangsszene im Jahre 33 nach Christus in Judäa und da sind biblische Bezüge nicht zu vermeiden.

Dabei ist „Das Leben des Brian“ beileibe keine Verulkung des Neuen Testaments. In diesem Zusammenhang weisen Monty Python übrigens auf ein Problem hin, das in der Bibel völlig unerwähnt bleibt: Wie hat es Jesus geschafft, vor großen Menschenmengen zu predigen, zu einer Zeit, als es noch keine Lautsprecher gab? Die ganz hinten standen, dürften doch so gut wie nichts mehr verstanden haben.

Und genau diese kleinen Nebensachen

sind es, die in dem Film die Hauptrolle spielen. Was passiert, wenn ein leprakranker Bettler durch ein Wunder geheilt wird, und niemand diesem nun gesunden jungen Mann mehr ein Almosen gibt? Was ist, wenn Pontius Pilatus mit einem fürchterlichen Sprachfehler geschlagen ist („zu Poden mit dem Chelm“) und eine öffentliche Ansprache hält?

Nein, „Brian“ ist kein gotteslästerlicher Film, er lästert über Menschen. Menschen, die verbiestert sind und wider aller Vernunft Religionen, Ersatzreligionen und politischen Ideologien nachhängen, sind es, die den geballten Spott der Monty Python Truppe abkriegen.

Politische Sektierer werden vorgeführt, wie etwa die VVJ, die „Volksfront von Judäa“, eine kleine, terroristische Vereinigung, deren Hauptbeschäftigung neben dem Versuch, Pilatus' Frau zu entführen, um dann Forderungen zu stellen, darin besteht, einen Fünfjahresplan zur Erringung der Weltherrschaft zu diskutieren. Ihr Kampf um wahre Gleichberechtigung führt über die Ersetzung der Anrede „Brüder“ durch das geschlechtsneutrale „Geschwister“ bis zu Resolutionen, in denen neben den Männern und Frauen Judäas auch die Hermaphroditen erwähnt werden. Hier wurde ganz einfach die man/frau-Diskussion konsequent zu Ende gedacht.

Law-and-Order-Fetischisten kriegen ihr Fett ab aus dem Munde eines alten Gefangenen, der stolz erzählt, welch guten Menschen die Folter aus ihm gemacht hat und wie sehr er die Strafe verdient.

Dazwischen dann eine kleine „Star Wars“-Parodie mit einer Verfolgungsjagd im Weltall. Mit quietschenden Reifen jagt das UFO mit den seltsamen Wesen, in das Brian zufällig geriet, von einem anderen Raumschiff verfolgt, um Meteroiten-schwärme, um dann doch getroffen, wieder auf die Erde zurückzufallen. Aber auch das „gemeine Volk“ schneidet nicht sonderlich gut ab. In seiner wilden Sehnsucht nach dem Erlöser folgt es Brian, dem Messias wider Willen, durch dick und

dünn und läßt sich in seiner Verehrung nicht beirren.

Oder auch die Szene, in der Otto, der Chef des "fliegenden Suizidkommandos", auf der Suche nach dem neuen Führer Brian die rassische Überlegenheit der Juden erklärt und ein Reich errichten will, das mindestens tausend Jahre hält. Natürlich muß man vorher die Samariter in kleine Camps stecken.

Diese Filmsequenz wird man übrigens in der deutschen Version des "Brian" verborglich suchen, sie existiert nur in der englischen Fassung. Wie schön, daß es eine Freiwillige Selbstkontrolle gibt, die genau weiß, was man in Deutschland darf und was nicht!

"Brian" ist ein Rundumschlag, ein Film, der gegen verbohrt Ignoranten die tödlichste Waffe einsetzt, die es gibt: Er gibt sie der Lächerlichkeit preis. Das erklärt die Reaktionen aus Kirchenkreisen.

Dabei ist einer der besten Gags des Films, der auch eingefleischte Cineasten begeistert, die Verteilung der Rollen. Das Monty Python Team besteht aus sechs Leuten, die zusammen an die sechzig verschiedene Rollen spielen! Mit den unterschiedlichsten Bärten und Kopfbedeckungen ausgestattet, ist die Wandlung der Darsteller so perfekt, daß eigentlich nur der Blick ins Drehbuch bei der Zuordnung der dargestellten Personen zu den Schauspielern hilft. Michael Palin beispielsweise, der Darsteller mit dem vielleicht wandelbarsten Gesicht, spielt etwa ein Dutzend Rollen, von einem der drei Weisen ganz zu Anfang über den Ex-Leptra-Kranken bis zu Pontius Pilatus.

Der Kampf um die beste Nebenrolle endet übrigens unentschieden. Hervorragend Spike Milligan, ein in England sehr bekannter Komiker, bei seinem Versuch, die Brian verfolgende Menge zu besänftigen, mindestens ebenso gut George Harrison (doch, doch, der Beatle, übrigens auch Ko-Produzent) als Mr. Papadopoulos, "der Mann, der uns Sonntag den Berg überläßt".

Es endet schließlich, wie es enden muß: am Kreuz. Brian wird wegen seiner terroristischen Aktivitäten mit der VVJ von den Römern verurteilt und zusammen mit 139 weiteren ("eine besondere Feierlichkeit, das Passahfest") ans Kreuz geschlagen. Retten will ihn keiner seiner Verehrer, er wird also elend verschmachten. Keine Hoffnung, Verzweiflung will um sich greifen, da gibt einer, der schräg hinter Brian gekreuzigt wird, ihm den Rat, wenn im Leben alles schiefgeht, doch lieber fröhlich zu pfeifen. Und die ganze Kreuzigungsgruppe stimmt ein und singt zum Abschied das Lied, das vielleicht am besten den tieferen Sinn des Films verdeutlicht: "Always look on the bright side of life..." *Harald Jansen*

„Die ganzen Macker und Chauvies und Softies hängen mir zum Halse raus.“

Ina Deter, Rocksängerin aus Köln im Gespräch mit Roland Appel

liberale drucksachen: Ina, Du hast jahrelang mit und für Frauen gesungen, Deine letzte Platte hat den Titel "Neue Männer braucht das Land" — an wen wendet sich das eigentlich?

Ina Deter: Eigentlich ist das ein Lied für die sogenannten normalen Männer gewesen. Inzwischen hat diese Zeile eine Zweideutigkeit bekommen, weil die politische Lage sich verändert hat. Wenn mich keiner kennt und einfach nur auf dem Plakat dieses "Neue Männer braucht das Land" sieht, kann man das natürlich wunderbar aus dem Zusammenhang herausnehmen.

Ursprünglich habe ich das Lied gemacht für all die Männer, die für mich, für mein persönliches Empfinden immer noch kein Gefühl zeigen können. Und das ist das Allerwichtigste, was ich vom sogenannten "neuen Mann" erwarte.

liberale drucksachen: Heißt das, sich Gefühle erlauben und die auch in sein politisches oder sonstiges Handeln miteinbringen?

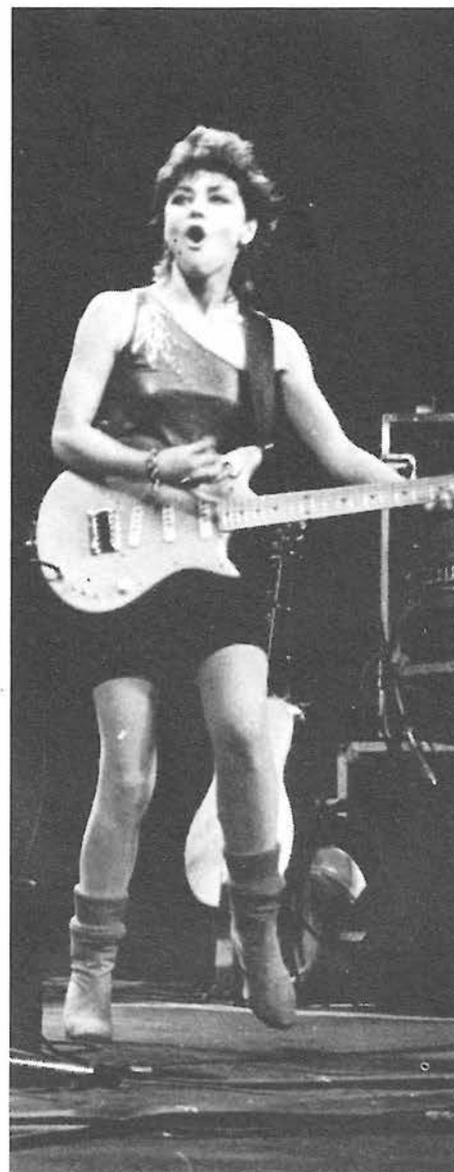
Ina Deter: Ja, nur. Diese ganzen Macker und Chauvies und Softies, die hängen mir wirklich zum Hals raus. Wobei ich sagen muß, wenn ich jemanden treffe, der ganz klar eine Meinung formuliert, die mir nicht gefällt, dann drehe ich mich um und rede nicht mehr mit ihm, aber ich weiß zumindest, woran ich bin. Ganz schlimm finde ich die sogenannten Softies, die immer vorgeben, was zu sein, das sie längst noch nicht sind. Mit denen rede ich und rede, und nach 'ner Stunde stelle ich fest: Der Typ kann wunderbar labern, aber er hat überhaupt nicht begriffen. Ich meine mit "Gefühle rüberbringen" jedes Gefühl, ob Schmerz oder Trauer oder Freude oder so was ... einfach nur Gefühle und nicht diese verdammte Thekencoolheit.

liberale drucksachen: Das sind in Deinen Texten die "sogenannten Progressiven", die "sanften Macker" oder die "sensiblen Alternativen"?

Ina Deter: Ja, die Progressiven, die sich den Luxus erlauben, sonntags nicht mehr progressiv zu sein.

liberale drucksachen: Was Du singst, wendet sich meiner Meinung nach nicht gegen die Männer an sich. Trotzdem habe ich auf Konzerten von Dir erlebt, daß Männer aggressiv werden, sich betroffen fühlen und wenn sie eine Schwäche entdecken, Dich deswegen anmachen.

Ina Deter: Wenn sich jemand betroffen fühlt, dann fühlt er sich ertappt, kann sich



Ina Deter: "einfach nur Gefühle"

plötzlich wiedererkennen. Das war damals bei mir ähnlich in der Frauenbewegung. Das hat bei mir etwas ausgelöst, und ich hätte gar nicht weitergemacht, wenn ich nicht irgendwann das Gefühl gehabt hätte, ich bin eine von denen und mir geht es genauso ... schlecht.

Woher kommt das? Wenn ich da oben stehe und über jemanden singe, der sich wiedererkennt, sind die Aggressionen bei denen da, die es nicht wahrhaben wollen, die mich nach wie vor angreifen und sagen: "Du langweilst mich mit Deinem Gelaber" ... Das sind die, die ich ertappt habe, die es sich aber noch nicht selber eingestehen wollen. Und vor allen

Dingen nicht mir gegenüber in diesem Moment. Ob es vielleicht nachher anders kommt, sie anfangen, intensiver nachzudenken, was daran zu ändern ... – ich weiß es nicht.

Es gibt aber auch viele Männer, die ihre Betroffenheit anders zeigen, die eben dann dastehen und mich nicht anfeinden, sondern rausgehen, mit ihrer Freundin oder allein und einfach darüber nachdenken. Und es gibt Solidarität von den Männern, die es ganz toll finden, daß da 'ne Frau ihren Mund aufmacht, ihre Meinung vertritt und sich nicht mehr von den sich auf die Schenkel schlagenden Männern an der Seite beirren läßt.

liberale drucksachen: Es gibt Frauen, die Macker sind, männliche Verhaltensweisen verinnerlicht haben – ich denke da an die Kategorie Maggie Thatcher. Was hältst Du von so jemandem?

Ina Deter: Was ich von der halte? Die ist für mich genauso schlimm wie Reagan oder alle anderen Macker, nur weil sie eine Frau ist, kann ich das nicht gutheißen, die sind für mich genauso schlimm. Gut, sie ist nun mal eine Frau, aber ebenso bin ich jetzt kritischer bei Frauen, die versuchen, sagen wir mal, was Gutes zu machen, aber das ist so am ... Rande. Da werde ich nicht sagen, nur weil's eine Frau gemacht hat, finde ich es gut. Das war früher mal so. Ich denke jetzt an Frauenfilme, -literatur oder -musik – nicht alles, was von Frauen kommt, ist von vornherein gut.

liberale drucksachen: Du bewegst Dich ja im Musikgeschäft auch in einer Männergesellschaft, mußt Dich durchsetzen – heißt das auch, auf bestimmte Dinge zu verzichten, weil man die Situation nicht gut findet?

Ina Deter: Nein, nicht mehr verzichten, da durchgehen und sich das weiterhin reinton – ob das nun Redakteure beim Rundfunk sind oder beim Fernsehen, wo ich einen genauen Sensor dafür habe, ob die auf mich stehen, auf den Titel an sich, die Zeile "Neue Männer braucht das Land". Ich merke das und sage dann

"jetzt erst recht". Früher hätte ich mich dann zurückgezogen, wäre wieder klein geworden und still und ruhig, hätte mir das gefallen lassen. Inzwischen stehe ich da einfach drüber. Ich habe schon zu oft erfahren, als "Emanze" behandelt, abgetan zu werden ... und wenn man daraus was lernen kann und selber feststellt, daß man was gelernt hat, dann ist das toll. **liberale drucksachen:** Machst Du Deine Lieder nur aus persönlicher Motivation, oder willst Du damit politische Inhalte transportieren?

Ina Deter: In erster Linie mache ich diese Lieder für mich und wenn in zweiter Linie sich jemand damit identifizieren kann, dann ist das ein Zusatzeffekt. Aber ich gehe nicht hin und sage: Ich muß jetzt für die Leute was schreiben. Das könnte ich nicht. Ich schreibe immer nur, was ich erlebe, was ich fühle, was ich lebe. Das waren vor vier, fünf Jahren eben solche Themen; ich habe drei Platten gemacht nur über Frauenproblematik, weil ich da ganz tief drin war, und das hat sich jetzt, finde ich, Gott sei Dank erweitert um Lieder wie "40 Jahre danach", "wenn schon'n Cowboy Präsident werden kann" – das ist eben alles, was mich bewegt. **Und:** Vor vier Jahren brauchte ich eben eine ganze Ballade über das, was ich aussagen wollte, und heute ist es mir geglückt, das in einer Zeile zu machen, das ist die Entwicklung.

liberale drucksachen: Du singst vom Anspruch, zusammenzuleben und frei zu sein. Kann mann/frau das verwirklichen?

Ina Deter: Ja, ich glaube, das geht. Wenn ich meinen würde, es würde nicht mehr gehen, dann würde ich nicht so ein Lied machen. Es kommt wirklich darauf an, ob Du mal an irgendjemanden gerätst, der wie Du diese Auffassung hat, und dann auch noch so weit ist, Dich zu akzeptieren ... das beziehe ich jetzt wirklich nur auf meine Situation. Es gibt wenige Männer, die damit umgehen können, mit dem, was ich mache, was von morgens bis abends mein Leben ist, auch nachts und Samstag und Sonntag werden nicht ausge-

schlossen. Das ist immer präsent und dafür tue ich eben alles. Da muß ich eben halt mal weg ... – und mit diesem Ding zusammenzuleben, stelle ich mir für Männer schwierig vor, weil sie es noch nie gemacht haben oder noch nicht gelernt haben in dem Sinne, wie es umgekehrt Frauen immer mußten. Die haben sich immer nach dem Mann gerichtet und ich fordere das jetzt einfach mal umgekehrt. Sonst ist für mich Partnerschaft überhaupt nicht denkbar. Zwei Leute müssen ihre Sprache machen können, ohne daß dieser Spruch kommt: "Du liebst mich nicht mehr, weil ... sonst würdest Du doch jetzt hierbleiben ... und Du kannst es doch auch noch morgen machen".

Ich habe erlebt, immer, wenn ich etwas machen wollte und in dem Moment auch durchsetzte, daß das immer gleich mißverstanden worden ist als eine Art Liebesentzug und so etwas geht mit mir nicht. Ich glaube aber, daß zusammenleben und freisein geht ... es muß gehen ... weil: Wofür wäre sonst die Frauenbewegung gut gewesen?

liberale drucksachen: Vieles, wovon Du singst, von Emanzipation, das klingt mir sehr nach bürgerlichen Kreisen. Da geht es in einem Text darum, "den Tag wieder sinnvoll zu machen", "sich ganz selber zu gehören"... Ich stelle mir jetzt mal die Arbeiterin am Band vor, die das hört, die steht doch vor 'ner anderen Situation?

Ina Deter: Das weiß ich. Ich war Grafikerin und natürlich hatte ich auch in meinem Beruf, in dem ich 12 Jahre gearbeitet habe, Privilegien, denn trotz 12 - 14 Stunden Arbeit (wir hatten zu drei Leuten eine Agentur) konnte ich mir die Zeit einteilen. Ob wir um 10 oder 12 angefangen haben, wir mußten halt unsere Arbeit schaffen. Das Lied ist entstanden, als ich damit aufgehört und mich für die Musik entschieden habe, überhaupt nicht mehr begreifen konnte, daß so'n Tag auch anders ist, als ich ihn immer 14 Stunden erlebt habe ... und das war dieses Gefühl, was ich da erfahren habe. Ich hatte dann

Unserem Eis wird's nie zu heiß.



Heiße Tage kühl genießen – der besondere Eis Spaß auf zwei Laufebenen. Gleich, wie heiß es draußen auch sein mag, unser Eis-Treff – Bochum, Steinring 43 – garantiert Ihnen wohltemperiertes Vergnügen, unser „Skety“ bietet Snacks und Drinks für Ihre innere Fitness. Auch unsere anderen Freizeiteinrichtungen freuen sich auf Ihren Besuch! Wir informieren Sie gern. Ihre Freizeit Gesellschaft Ruhr Bochum mbH. Steinring 43 – 4630 Bochum 1 – T: 02 34 / 3 73 06



zwar weniger Geld, aber ich hatte auch viel mehr vom Tag, vom Leben und von mir, was ich dann begriffen habe. Dieses Gefühl kann vielleicht einen Anstoß geben für jemanden, über seine berufliche Situation nachzudenken. Wenn das ein Anstoß ist, dann liegt es immer noch an jedem, etwas für sich zu ändern, auszuweichen, wie es ja gerade viele Frauen gemacht haben, die in Frauenbüchlein oder -verlagen z.B. heute arbeiten, sich wiederfinden. Aber das ist schwierig, ein Risiko, und ich kann nicht einer Arbeiterin sagen: Mach Deinen Tag anders, verbring ihn sinnvoller — das ist mir auch klar.

hinterher, daß ich es gewagt habe, vor versammelter Mannschaft, u.a. Klaus von Dohnany, ein Lied über Astrid Proll zu singen und haben mich hinter der Bühne ziemlich fertiggemacht. Und ich weiß, daß ich von der SPD Rheinland-Pfalz — das war in Mainz — nie mehr engagiert werde. Ist mir auch egal, ist mir wirklich egal. Entweder sie sind sich im Klaren darüber, daß ich eine Meinung vertrete und nicht für die SPD, sondern für die, die vor mir da sitzen. Wenn sie damit nicht klar kommen, dann ist das ihr Ding und dann brauchen sie mich nicht mehr einzuladen, so einfach ist das für mich!

liberale drucksachen: Du bist neulich in



Ina Deter: "Denen hab' ich's wirklich gezeigt."

liberale drucksachen: Welche politischen Ziele siehst Du für vordringlich an?

Ina Deter: Sich gegen die Stationierung der Raketen zu wehren, selbstverständlich. Und der einzige Widerstand ist, auf die Straße zu gehen, nach wie vor, und das haben Gott sei Dank ganz viele begriffen. Daß das Erfolg hat oder haben kann, das hat einmal der § 218 gezeigt, als wir damals auf die Straße gegangen sind, und jetzt die Volkszählung, der drohende Boykott hat ja auch was bewirkt.

liberale drucksachen: Du hast am 10.6.82 mit BAP auf der Bühne gestanden, beim Ostermarsch in Köln gesungen, sagst du Konzerten Deine politische Meinung, daß Du die Grünen und Petra Kelly unterstützt ... Welchen Stellenwert hat das für Dich, und zum zweiten, Du hast bei den Grünen gesungen, beim Festival der Jugend, bei den Jungdemokraten — wo sind die Grenzen, wo würdest Du auch für viel Geld nicht singen?

Ina Deter: Bei der CDU. Wir haben einmal für die SPD gespielt, da waren alle, die mich engagiert haben, furchtbar sauer

der ZDF-Hitparade aufgetreten. Teile der Frauenbewegung hätten da sicher nicht mitgemacht, vielleicht Berührungsängste, würden zu diesem Obermacker, — wie heißt er ... Heck ... danke — da würden sie nicht hingehen. Wie siehst Du das?

Ina Deter: Ich sehe genau mit diesem Titel eine unglaublich große Chance, in die Wohnzimmer zu kommen mit der Zeile "Neue Männer ...", worüber wahrscheinlich ganz viele geschockt waren, die noch nie was von mir gehört haben. Daß das Lied sich dort auch noch vorne plazieren konnte, hat mich besonders gefreut. Wenn Her Dieter Thomas Heck sich darüber ärgert, daß ich mich nun mit dem Lied plaziert habe, so ist die Kalkulation aufgegangen, denn all die Macker und Chauvies, genau er, einer der größten, hätten das niemals für möglich gehalten. Das heißt also, die Leute, die vorm Bildschirm sitzen, haben inzwischen auch Rex Gildo und andere Schnullis und Schnurzis abgesetzt und sind auf einmal aufmerksam geworden für solche Zeilen. Die Zeit hat mich praktisch eingeholt.

Das dann bundesweit zu verbreiten, die Chance habe ich wahrgenommen. Ich würde es sicher nicht mit jedem Lied machen, ein anderer Titel hätte nicht diese Wirkung gehabt und das auszuprobieren, wie weit man mit so einem Titel landen kann, fand ich schon ganz toll. Denen hab' ich's wirklich gezeigt.

Und Otto Normalverbraucher würde ja nie in ein Konzert von mir kommen, er kriegt es eben serviert in der Glotze, er kann halt nur noch abstellen. Aber es ist erstmal dagewesen und kann ein Anstoß sein, und eine Reaktion — egal welche — ist immer gut. Der kann jetzt furchtbar schimpfen und seine Else kann sagen "Ja, find ich auch" und er kann sagen "Du spinnst wohl" oder "die Alte hat wohl 'ne Macke" — aber sie reden vielleicht drüber.

liberale drucksachen: Vieles bleibt ja derzeit "Neue Deutsche Äußerlichkeit". Die "New Wave"-Masche, von Otto so schön charakterisiert mit "sie sagen, was sie denken ... und sie denken nur an sich." Glaubst Du, daß es unter denen, die jetzt "neue Männer" sein wollen, viele gibt, die es machen, weil es "in" ist und weil man dann eben bei bestimmten Frauen wieder anzukommen glaubt?

Ina Deter: Ja, das kann der Fall sein. Viele junge Männer gehen davon aus, daß sie sowieso ein neuer Mann sind. Wie kann ich dann kommen und das anzweifeln? Und dann habe ich gerade bei denen, die ich kenne, festgestellt, daß sie's längst nicht sind, sich das aber einbilden und gerne sein würden. Da entsteht dann oft Aggression: "Uns kannst du nicht meinen, neue Frauen braucht das Land auch" — aber allein, daß sie darüber reden und einen Anstoß bekommen, ist mehr, als man erwarten kann.

liberale drucksachen: Wirst Du Dich im Herbst an politischen Aktionen beteiligen, wenn es um die Raketen geht, wenn da Veranstaltungen stattfinden?

Ina Deter: Ja, klar, en masse! Zum Beispiel am 22. Oktober in Bonn.

liberale drucksachen: Was machst Du sonst in der nächsten Zeit? Was ist für Dich Ziel?

Ina Deter: Eine Tour, wo wir auf Festivals, vorwiegend im norddeutschen Raum, spielen. Neue Lieder gibt es noch nicht viele, erst im Herbst, weil wir "auf Tour" waren und keine Zeit zum Proben hatten und ich auch mal Urlaub brauchte.

Ja, und dann wünsche ich mir, daß die Stationierung nicht stattfindet, das ist das, was uns alle betrifft und mich natürlich genauso. Das ist das einzige, was auch für mich so ganz wichtig ist im Herbst, auch dafür zu singen und zu spüren, wieviele außer dir noch was dagegen tun.

liberale drucksachen: Schönen Dank für das Gespräch.

Der Vorsitzende des Frankfurter LZ beschreibt Probleme:

„Mit körperlichem Einsatz hinausbefördert“

Oh weh Frankfurt, Frankfurt = Krankfurt! Nee, dieser Meinung sind wir hier alle nicht, und schon gar nicht in Sachsenhausen. Die Textorstraße ist etwas abseits vom allgemeinen "Rummel-Viertel". Hier gab es früher nebeneinander drei gemütliche Apfelweinkelale: Germania, Kanonensteppel und Feuerrädchen, von den Insidern zusammen liebevoll die "Insel" genannt. Zwei davon gibt es noch (für einen Besuch sehr zu empfehlen), aus dem Feuerrädchen ist über Umwegen Ende 1980 das LZ geworden.

Nachdem nur etwa ein Jahr zuvor der Trägerverein gegründet wurde, konnte dank einiger großzügiger organisatorischer und finanzieller Hilfen alsbald der Betrieb aufgenommen werden. Ein kleines, aber sehr aktives Team übernahm die Arbeit. Der große Raum mit ca. 60 Plätzen und der schönen alten Theke war bald sehr be-

chen Streik, oder es hat eine Zeitlang schrecklich reingeregnet, was einige flehentliche Blicke zu den Wolken vor den Veranstaltungen zur Folge hatte.

Noch mehr Aufregungen gab es durch verschiedene andere Anlässe: So, als der Burkhard seiner Jazzer-Freunde angeschleppt hatte, die zwar ausgezeichnet spielten, aber so etwas ist für unsere Verhältnisse leider viel zu laut. Oder der Vorsitzende mußte mit einfachem körperlichen Einsatz ein EAP-Mitglied hinaus befördern (bei Anwesenheit des halben Magistrats der Stadt), der unbedingt eine Veranstaltung vor der Wahl kaputt reden wollte. Ein anderes Mal mußte die Polizei einer Feier vom Nachwuchs eines Vereinsmitgliedes unterbrechen, zu deren erfolgreichem Verlauf offensichtlich erheblicher Lärm, Feuer und das beschädigte

wenn sie mindestens die Diskussionsleitung übernehmen sollen, das Fernsehen sollte möglichst auch noch da sein.

Die Mitgliederzahl nahm zunächst kontinuierlich zu, bis zu einem Maximum von 110, mißtrauisch beäugt von den (na ja) eher konservativen Liberalen der Stadt, die sich hier, mit wenigen Ausnahmen, in größter Zurückhaltung üben. Sehr früh bekamen wir in Frankfurt die heraufziehende Auseinandersetzung zwischen den Liberalen zu spüren, trotz gebetsmühlenartiger Versicherungen und auch Ausführungen, daß wir ein neutrales Diskussions- und Gesprächsforum sind. Selbst die kluge Kopf-Presse war sich nicht zu schade, angebliche unangemessene Heiterkeit der einen Liberalen über die anderen Liberalen getreulich zu melden. Als dann auch noch die "sogenannte Liberale Vereinigung" im LZ tagte, gab es etliche Austrittserklärungen.

Die letzten Programmereignisse waren eine Veranstaltungsreihe zu der FNS-Ausstellung "Liberale im Widerstand". Es gab u.a. eine ausgezeichnete Stadtrundfahrt zu den Stätten der NS-Vergangenheit in Frankfurt, hervorragend betreut von zwei Gewerkschafts-Senioren. Die Beteiligung und öffentliche Resonanz war auch hier nicht sehr groß, nicht zuletzt, weil die örtlich betreuende Karl-Hermann-Flach-Stiftung weder der Presse Hinweise gab noch die Einladungen über einen großen Verteiler mitverschickte, wie es eigentlich abgesprochen war. Da war wohl wichtiger, daß die Stiftung einem unbekanntem Landesparteivorsitzenden eine Gelegenheit zu einem Auftritt verschaffte. Übrigens antwortet die KHF-Stiftung auch nicht mehr auf Briefe, vielleicht gibt es die schon gar nicht mehr?

Für das Liberale Zentrum gilt also doch Frankfurt = Krankfurt? Im Moment leider ja. Nur vorübergehend natürlich. Wir haben gerade was anderes zu tun.



LZ-Besucher: Trotz großer Konkurrenz gab es schon mehrmals ein "ausverkauftes Haus"

liebt, die Küche wurde aus einem Nachlaß eingerichtet und der Glasbau zumindest im Sommer auch als Sitzungsraum benutzt.

Gemäß der Zielsetzung, liberale Vorstellungen mit kulturellem Leben zu verzahnen, gab es Veranstaltungen wie Diskussionen, Vorträge, Liederabende, Ausstellungen usw. Besonderen Anklang fanden Spielabende und Feste. Einige technische Pannen sorgten immer wieder für entsprechende Aufregung: So war plötzlich der Strom abgedreht, weil die Rechnung nicht bezahlt war, oder der Ölofen trat bei gut besuchtem Haus in beharrli-

Auto des Hauswirts beitragen sollten.

Ein ernstes Problem, jedenfalls in Frankfurt, ist die thematische Gestaltung der Veranstaltungen. Wir stehen hier in einer erheblichen Konkurrenzsituation und haben davon auszugehen, daß gleiche oder ähnliche Veranstaltungen täglich in großer Zahl angeboten werden. Trotzdem können wir schon einige "ausverkaufte Häuser" aufweisen. Ein weiteres Problem ist die Beteiligung der Vereinsmitglieder. Viele aus unserem "erlauchten" Kreis in Frankfurt kommen sich so bedeutend vor, daß sie nur auf ganz persönliche Einladung reagieren, und dann auch nur,

**LIBERALES ZENTRUM
FRANKFURT**

Liberales Zentrum Frankfurt e.V.

Textorstr. 24 H

6000 Frankfurt-Sachsenhausen

Montag und Freitag ab 19.30 h geöffnet.

Liebe Leserinnen, Liebe Leser

die Zukunft der liberalen drucksachen ist – insbesondere in materieller Hinsicht – nach wie vor äußerst ungewiß. Die Zahl der Abonnenten steigt zu langsam, um auch nur mittelfristig die Finanzierung unserer Zeitschrift sicherzustellen.

Wie schon die letzte Ausgabe ist auch dieses Heft eine Doppel-Nummer. Anders als beim letzten Mal wollen wir Ihnen aber nicht noch einmal den doppelten Preis dafür berechnen. Wir werden stattdessen die Dauer der Abonnements um einen Monat verlängern.

Um die zukünftige Linie der liberalen drucksachen wird unmittelbar nach dem Wahltermin in Hessen und Bremen auf einer Sitzung von Herausgeberbeirat und Redaktion beraten. Stellungnahmen unserer Leserinnen hierzu sind dabei sicherlich eine große Hilfe. Sie müßten bis spätestens am 1. Oktober bei uns eingegangen sein. Redaktionsschluß der nächsten Ausgabe ist der 10. Oktober.

Nötiger noch als redaktionelle Beiträge brauchen wir neue Abonnenten. Als kleinen Anreiz verschenken wir für jeden zwischen dem 20. September und 10. Oktober geworbenen Abonnenten einen Sonderdruck mit den Reden von Helga Schuchardt, Theo Schiller und Winfried Maaß während der von den liberalen drucksachen verliehenen Karl-Hermann-Flach-Medaille an die Stern-Redaktion.

Dietmar Porten, Autor eines Beitrages über ein Seminar der Liberalen Demokraten in unserer letzten Ausgabe, hat sich beschwert: "Offensichtlich wurde durch ein Versehen der Redaktion versäumt, daß von mir gewählte Motto dem Bericht voranzustellen. Es lautet: 'Die Arbeit, die tüchtige, die intensive Arbeit, die einen ganz in Anspruch nimmt mit Hirn und Nerven, ist doch der größte Genuß des Lebens.' Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Weglassung mit voller Absicht geschah, beispielsweise weil der Satz von Rosa Luxemburg stammt. Eine solche Kleinkariertei würde ich nur bei Sozialdemokraten vermuten."

In der Tat hatte die Redaktion eine neue Einleitung für den Artikel formuliert, weil wir, wie auch manches andere Mal, den Eindruck hatten, daß ein Autor Dinge als selbstverständlich voraussetzt, die doch einer Erklärung bedürfen. Doch eines ist sicher: Wenn auch Kürzungen oder Ergänzungen vorkommen, eine politische Zensurabsicht wird es durch die Redaktion nicht geben. Von unseren Lesern erwarten wir schließlich, daß sie nicht nur Bestätigung ihrer eigenen Meinung verlangen, sondern auch kritische Positionen zu schätzen wissen.

In diesem Sinne
Ihre drucksachen-Macher

Ich unterstütze die liberalen drucksachen mit einem Abonnement

(Name)

(Adresse)

10,50 DM (1/4-Jahr) 21,- DM (1/2-Jahr) 42,- DM (1/1-Jahr)

habe ich auf das Postscheckkonto Volker Perthes, 23934-431, beim Postscheckamt Essen, BLZ 360 100 43, überwiesen

liegen als Scheck bei

Ich möchte Werbeexemplare der liberalen drucksachen a 1,50 DM haben

Ich möchte eine Anzeige schalten und die Preisliste haben

Ich möchte mich finanziell am Verlag beteiligen

(Name)

(Adresse)

(Unterschrift)



IMPRESSUM

Herausgeber:

liberale drucksachen-Verlagsgesellschaft mbH, Elbestr. 30, 4630 Bochum

Herausgeberbeirat:

William Borm, Hinrich Enderlein, Sibylle Engel, Friedrich Hölscher, Hanspeter Knirsch, Jürgen Koppelin, Wolfgang Lüder, Werner Lutz, Ingrid Matthäus-Maier, Christoph Strässer, Theo Schiller, Helga Schuchardt

Redaktion:

Martin Budich, Wolfgang Froese, Marianne Hochgeschurz (verantwortlich), Michael Kleff, Helmut W. Lindner, Reinhard Lütkemeyer, Dieter Noth, Heidrun Schmitt, Michael Staack

Redaktionsanschrift:

Elbestr. 30, 4630 Bochum

Tel.: (0234) 502197

Bonner Büro:

Reuterstr. 44, 5300 Bonn 1

Tel.: (0228) 210952

ständige Mitarbeiter:

Harald Jansen, Volker Perthes

Anzeigen und Vertrieb:

Heiko Melcher

Abo-Bedingungen:

Einzelheft 3,50 DM, Abonnement über 1/4-Jahr 10,50 DM, für 1/2-Jahr 21 DM, für ein Jahr 42 DM

In dem Preis ist die gesetzliche Mehrwertsteuer enthalten.

Druck und Titelsatz:

Druckerei Hartmann, Ahaus

Auflage: 6.000

Fotonachweis: Daus, dpa, Hill, Kleff, Melcher, Perthes, Schmitt

Es gilt Anzeigenpreisliste 2/83.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Einsenden an:

liberale drucksachen
Elbestr. 30
4630 Bochum

Nach der Wende

Ulrich Krüger, LD-Bundesvorsitzender, ist vom neugewählten Vorstand der Humanistischen Union zum Beiratsmitglied bestellt worden. Dem HU-Beirat gehörten vor der "Wende" noch sechs FDP-Mitglieder an. Nach der Wende ist davon nur noch Dr. Emmy Diemer-Nicolaus übriggeblieben. Alle übrigen haben die FDP verlassen. Die Liberalen Demokraten stellen jetzt mit Ulrich Klug, William Borm und Ulrich Krüger drei Vertreter im Beirat.

Sexistisch

Ingrid Matthäus-Maier, Mitherausgeberin der liberalen drucksachen, hat sich über die Juli-Ausgabe geäußert und der Redaktion ihren Protest mitgeteilt:

"Als ich die Anzeige in der letzten Ausgabe sah, in der eine "hochqualifizierte Sekretärin" gesucht wird und von der "neuen Mitarbeiterin" die Rede ist, hatte ich das Gefühl, der Leser soll entweder auf den Arm genommen oder provoziert werden. Denn ernsthaft könnt ihr doch wohl nicht haben durchgehen lassen, daß eine solche sexistische Anzeige in den "liberalen drucksachen" aufgegeben werden kann. Oder habt ihr vergessen, daß der sozial-liberale Teil der damaligen FDP-Fraktion 1980 vehement für die Einführung des Verbots geschlechtsspezifischer Stellen-

enausschreibung gefochten hat? Und das nur an dem massiven Widerstand des Grafen Lambsdorff und seiner Mitstreiter dies gescheitert ist? Und daß deswegen ein Verfahren der Europäischen Kommission gegen die Bundesrepublik Deutschland läuft? Und daß ich mich deswegen freue, daß die SPD-Bundestagsfraktion



schon vor der Sommerpause einen entsprechenden Gesetzentwurf eingebracht hat, wonach gesetzlich ein Verbot geschlechtsspezifischer Stellenausschreibung eingeführt werden soll? Da ich aber weiß, daß ihr alles wißt, und dies sicher auch zwischen allen Sozial-Liberalen unumstritten ist, sei es, daß sie bei den Li-

beralen Demokraten gelandet sind, im Frust oder bei der SPD gelandet sind, wäre es schön, wenn ihr in Zukunft solche Anzeigen auch für Männer ausschreiben könntet."

Die Anzeigenredaktion der liberalen drucksachen hat für die Zukunft mehr Wachsamkeit gelobt.

Unmut

Nur mit Mühe konnte die FDP-Generalin Irmgard Adam-Schwaetzer ihren Unmut zurückhalten. Hatte doch einer der Festredner bei der Verleihung des Flach-Preises an den CDU-Journalisten Franz Alt, begrüßt, daß zu dieser Feierstunde auch Liberale Demokraten eingeladen und auch gekommen seien. Es ginge schließlich nicht an, führte Frau Adam-Schwaetzer beim anschließenden Stehempfang aus, daß man Leute einlade, die die FDP bekämpfen. Zu diesem Zeitpunkt war wahrscheinlich bis ins Thomas-Dehler-Haus noch nicht durchgedrungen, daß ein FDP-Mitglied trotz einer SPD-Koalitionsaussage der Bremer FDP in der Mannschaft des CDU-Spitzenkandidaten Neumann mitmacht. Allerdings hat man auch nach Bekanntwerden dieser Tatsache nichts von Protesten der FDP-Führung gehört.

Guter Rat

Peter Menke-Glückert, neuer Präses des Verbandes Liberaler Akademiker, ließ sich von LD-Mitglied Theo Rütten Nachhilfe in Sachen Karl-Hermann Flach geben. Theo Rütten hat eine Dissertation über die Nachkriegsentwicklung der FDP geschrieben und schien daher für Menke-Glückert die geeignete Adresse für Hintergrundinformationen über das Leben und Wirken Flachs zu sein. Hintergrund der Anfrage: Menke-Glückert war einer der Redner bei der Verleihung des FDP-Karl-Hermann-Flach-Preises an den CDU-Journalisten Franz Alt.

Theo Rütten ließ sich nicht zweimal bitten und zeigte in seiner Antwort auf, daß Flach heute wohl eher auf der Seite der Friedensbewegung stehen würde als auf seiten der Bonner Rechtskoalition. Schließlich hatte Flach wegen des Umfalls der FDP bereits 1961, als die ehemals liberale Partei trotz einer anders lautenden Wahlaussage mit Adenauer koalierte, seine Arbeit als Bundesgeschäftsführer der FDP eingestellt und war zur Frankfurter Rundschau gegangen.

Hotel „Burgau“

Besitzer: Dietmar und Ilse Görner

St. Vither-Str. 16

5108 Monschau/Eifel

Telefon: 02472/2120

Zimmer mit Dusche, WC, TV

Terrasse und Liegewiese

Rodelbahn

städt. Schwimmbad und Sauna (3 Min.)

Parkplatz am Haus

Dieses Haus im Stil und mit dem Komfort unserer Zeit ist bestens geeignet für Ihren Urlaub sowie für Ihre Seminare und Tagungen im gemütlichen Rahmen.

Übernachtung mit Frühstück ab 30,- DM, Preise für Halbpension, längere Urlaubsaufenthalte, Seminare und Tagungen auf Anfrage.

liberale drucksachen am Sonntag

Konsequent haben die Grünen in Bonn auf ihre Blut- und Busenaffäre reagiert. Parlamentarisch geläutert tagt die Fraktion nun unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Bonner Büro von DamS erfuhr dennoch Einzelheiten der ersten Sitzung nach der Sommerpause und brachte einen schrecklichen Verdacht zu Tage:



Grüner Schily

Skandal in Bonn

Otto Schily, ein grüner Katzenschlächter?

Wie aus Teilnehmerkreisen verlautete, berichtete zunächst Bundesgeschäftsführer Beckmann über den, wie er es nannte, "strategischen Durchbruch", der den Grünen mit der Wiesbadener Aktion gelungen sei. Alles sei sozusagen generalstabsmäßig abgelaufen: Die Fraktion habe sich mehrfach über die Aktion unterhalten und sei trotzdem zu einem einmütigen Ergebnis gelangt. Und was noch wichtiger sei: dies alles, ohne daß die Basis hiervon erfuhr, die ansonsten die Fraktionsarbeit so nachhaltig behindere.

Mit einer gekonnten Medienstrategie habe es schließlich die Fraktion geschafft, die eigene Basis im nachhinein auf den Generalstreik einzuschwören. Diese Strategie hätten bisher nur die etablierten Parteien beherrscht, nun sei dieses Monopol gebrochen.

In der anschließenden Diskussion soll es, wie Anwesende berichten, sehr turbulent zugegangen sein. In der Bundestagskantine hört man an mehreren alternativen Tischen, wie im Zusammenhang mit Otto Schily der Begriff Katzenschlächter fiel.

Offenkundig ist eine weitere Aktion geplant, bei der ein prominenter Grüner mit Hilfe von Katzenblut den Bundeskanzler gewaltfrei und symbolisch zu

Rotkohl verwandelt. Hiermit soll auf einen noch näher auszudiskutierenden Jammer hingewiesen werden.

Im zweiten Teil der Sitzung referierte der Sprecher der Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit (Grünenjargon: PG Axtion) über die Auswertung der letzten vorliegenden Sonntagsfrage. Hiermit wird wöchentlich das morgendliche Verhalten der BamS- und WamS-Leser ermittelt. Bei der referierten Untersuchung handelte es sich um den Sonntag, an dem es einer Basisinheit der Fraktion gelungen war, die Titelschlagzeile der BamS zu besetzen. Dieser "Mediendurchbruch" habe beachtlich alternative Konsequenzen gezeigt.

Normalerweise läßt sich der BamS-Leser seine Lektüre von Frau oder Kind an das Bett oder zum Lesesessel bringen, um dann die ersten zwei Drittel der Schrift zu überschlagen. Voll konzentriert bewältigt der BamS-Leser dann seinen Sportteil. Von seiner Familie erwartet er während seiner Sportstunde absolute Ruhe und Ungestörtheit.

An diesem Sonntag war alles anders. Mehr als siebzig Prozent der BamS-Leser stolperten über die Titelschlagzeile und grapschten nicht sofort zum Sportteil. In fast fünfzig Prozent der BamS-Haushalte kam es zu einer regelrechten Kom-

munikation über dieses Ereignis. Bei etlichen Ehepaaren sollen minutenlange Gespräche stattgefunden haben.

Wie die Erhebung nachweist, ist im Zusammenhang mit diesem Vorgang insgesamt eine erhebliche Veränderung der Sympathie-Werte der Grünen zu verzeichnen. Bei den nicht mehr ganz jungen, eher etwas wohlhabenden männlichen Wählern, einer Zielgruppe, die zuvor für eine ökologische Politik nur schwer zu gewinnen war, wurde der deutlichste Zuwachs an Sympathiepunkten beobachtet.

Die Fraktion wandte sich allerdings einmütig gegen eine Vorlage der Grünen-Zentrale, die einige Aktionsvorschläge enthielt, mit der dieser Trend stabilisiert werden sollte. Unter dem Beifall der Fraktion formulierte Petra Kelly: "Unsere Aktionen müssen spontan und unberechenbar bleiben. Sie müssen unseren eigenen Bedürfnissen entspringen". So endete die zunächst turbulente Sitzung in einer harmonischen Grundstimmung.

Nachtrag:

Wie mittlerweile deutlich geworden ist, ist im Zusammenhang mit den Äußerungen von Otto Schily ein kleines Mißverständnis entstanden. Korrekt hat er sich wie folgt geäußert: "Ich finde die Lösung mit den Katzen schlechter".

Die Liberalen melden sich zurück

Wählerinitiative LD '83



Egmont R. Koch, Bremen
Journalist
(„Seveso ist überall“)

"Wählerinitiative LD '83" unterstützen die Wahlbeteiligung der Liberalen Demokraten bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen und den Landtagswahlen in Hessen am 25. September dieses Jahres. Sie machen sich für den Versuch stark, liberale, fortschrittliche und soziale Politik wieder zu einem Faktor in allen Bereichen der Politik zu



Heidrun Schmitt,
Innenarchitektin

machen. Die vergangenen Wahlen in Bund und Ländern haben gezeigt, daß SPD und Grüne es allein nicht schaffen werden. In Hessen haben SPD und Grüne ihre rechnerische Mehrheit im Landtag politisch nicht umsetzen können, sie haben sich gegenseitig blockiert. Aber auch die Konservativen haben nach ihren vermeintlichen Wahlsieg vom 6. März die Wahlen in Bremen und Hessen noch nicht gewonnen. Wer ihnen das Feld nicht überlassen will, muß jetzt aktiv werden. Die Unterzeichner unterstützen daher das Ziel der Liberalen Demokraten, über die Wahlen in Bremen und Hessen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Wähler auch bei der Bundestagswahl 1987 die Chance hat, einer glaubwürdigen liberalen Partei seine Stimme geben zu können. Das Programm der Liberalen Demokraten ist gekennzeichnet durch das uneingeschränkte Eintreten für Frieden durch Abrüstung, für bürgerliche Freiheitsrechte, vorsorgende Umweltpolitik, soziale Sicherung auch in der Krise, Chancengleichheit in der Bildung, Gleichberechtigung von Mann und Frau und gegen die Diskriminierung von Minderheiten. Und ein Name wie William Borm als Ehrenvorsitzenden der Liberalen Demokraten steht als Garant für die Glaubwürdigkeit des liberalen Neuanfangs. Wählen Sie am 25. September die Liberalen Demokraten.



Prof. Ulrich Klug, Köln
Justizsenator a.D.

Es gibt wieder eine liberal-fortschrittliche Partei. Ende November 1982 sind in Bochum die Liberalen Demokraten gegründet worden - eine Reaktion auf die Tatsache, daß die FDP sich zuvor als liberale Partei selbst aufgegeben hatte. Die Unterzeichner des Aufrufs



Christoph Strässer, Münster, Rechtsanwalt
Erstunterzeichner „Krefelder Appell“

unterstützen die Wahlbeteiligung der Liberalen Demokraten bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen und den Landtagswahlen in Hessen am 25. September dieses Jahres. Sie machen sich für den Versuch stark, liberale, fortschrittliche und soziale Politik wieder zu einem Faktor in allen Bereichen der Politik zu machen. Die vergangenen Wahlen in Bund und Ländern haben gezeigt, daß SPD und Grüne es allein nicht schaffen werden. In Hessen haben SPD und Grüne ihre rechnerische Mehrheit im Landtag politisch nicht umsetzen können, sie haben sich gegenseitig blockiert. Aber auch die Konservativen haben nach ihren vermeintlichen Wahlsieg vom 6. März die Wahlen in Bremen und Hessen noch nicht gewonnen. Wer ihnen das Feld nicht überlassen will, muß jetzt aktiv werden. Die Unterzeichner unterstützen daher das Ziel der Liberalen Demokraten, über die Wahlen in Bremen und Hessen die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der Wähler auch bei der Bundestagswahl 1987 die Chance hat, einer glaubwürdigen liberalen Partei seine Stimme geben zu können. Das Programm der Liberalen Demokraten ist gekennzeichnet durch das uneingeschränkte Eintreten für Frieden durch Abrüstung, für bürgerliche Freiheitsrechte, vorsorgende Umweltpolitik, soziale Sicherung auch in der Krise, Chancengleichheit in der Bildung, Gleichberechtigung von Mann und Frau und gegen die Diskriminierung von Minderheiten. Und ein Name wie William Borm als Ehrenvorsitzenden der Liberalen Demokraten steht als Garant für die Glaubwürdigkeit des liberalen Neuanfangs. Wählen Sie am 25. September die Liberalen Demokraten.



Inge Sollwedel,
Frankfurt/Main
Landesfrauen-
beauftragte
Hessen

Zurücksenden an:
Wählerinitiative LD '83"
c/o Heidrun Schmitt
Meckenheimer Allee 117
5300 Bonn 1 Tel. 0228/210950

Sonderkonto
"Wählerinitiative LD '83"
Heidrun Schmitt
Kt.Nr. 19.000.926
Sparkasse Bonn
BLZ 38050000

Rückmeldecoupon

Ich unterstütze den Aufruf
"Wählerinitiative LD '83"

Name:.....

Anschrift:.....

.....

Beruf:.....

Unterschrift:.....